

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Rund um Europa ab Seite 8

Interview: **Die Seele Europas**

Politiker und Zeitzeuge Erhard Busek zur EU und ihren Nachbarn

8

Schwerpunkt: **Grund zu Klagen?**

Gefahren des Handels- und Investitionsabkommens TTIP

32

Aus AK und Gewerkschaften: **Durchwachsen**

AK und ÖGB haben sich das Regierungsprogramm genau angesehen

42



© ÜB-Verlag/Paul Sturm



© ÜB-Verlag/Paul Sturm



© ÜB-Verlag/Paul Sturm



© Carole Recklinger

Schwerpunkt:

- Volkvertretung für 500 Millionen** 12
Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das EU-Parlament deutlich aufgewertet.
- Keine Panikmache** 14
Seit Jahresbeginn steht der heimische Arbeitsmarkt auch für Jobsuchende aus Bulgarien und Rumänien offen.
- Zwischen jetzt und dort – zwischen hier und später** 16
Transnationale Lebens- und Arbeitsverhältnisse ukrainischer Haushaltsarbeiterinnen.
- Die traurige Saga von Oltchim** 18
Das größte Chemieunternehmen Rumäniens ist durchaus wettbewerbsfähig, doch heute insolvent. Wie kam es dazu?
- Dann klappt's auch mit dem Nachbarn** 20
Knapp 50 Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR) leben die europäische Integration.
- Ankunft in Europa?** 22
Für viele Länder, die seit 2004 der EU beigetreten sind, bedeutet die Mitgliedschaft die Rückkehr nach Europa.
- Bitte warten!** 26
Es wird langsam eng im Wartezimmer der EU, doch bis sich die Tür nach Brüssel öffnet, werden noch Jahre vergehen.
- Gedanken im Gedenkjahr** 28
Das Versprechen von Thessaloniki böte den Westbalkanstaaten die Chance zur friedlichen Integration.
- Voll-Gas für Europa?** 30
Die 2011 vor Zyperns Küste entdeckten Gasvorkommen sind bisher kaum von der EU wahrgenommen worden.
- Transatlantische Partnerschaft der Konzerne?** 32
Das Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) birgt Gefahren.
- Mehr Konzernrechte – weniger Demokratie?** 34
Wenn „zukünftige entgangene Gewinne“ eingeklagt werden, nennt man das Investitionsschutz.
- Von Lampedusa auf die Obstplantagen Kalabriens** 36
Sie kamen durch den Dienstboteneingang der Festung Europa: Das neue Gesicht der Sklaverei.

Interview:

Die soziale Frage ist die Herausforderung 8
Der überzeugte Europäer Erhard Busek über den Donauraum, Mitteleuropa, Österreich und die Europäische Union.

Aus AK und Gewerkschaften:

Faymann-Spindellegger, Forts. 42
Das neue Regierungsprogramm von AK und ÖGB unter die Lupe genommen: Gutes, weniger Gutes und einige schmerzliche Lücken.

Kurzgeschichte:

Omers Abschied 38
Krimiautorin Sabina Naber hat eine Kurzgeschichte zu unserem Schwerpunktthema geschrieben.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Standards:

Standpunkt: Fern von Europa	4
Veranstaltung: EU – Soziales Gegenmodell	5
Aus AK und Gewerkschaften	6/7
Historie: Späte Chance auf Gewerkschaft	11
Zahlen, Daten, Fakten	24
Wir sind Europa	40
Rück-Blog	44
Nicht zuletzt – von Amir Ghoreishi und Oliver Röpke	45
Man kann nicht alles wissen	46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.	

blog.arbeit-wirtschaft.at

www.twitter.com/arbeit.wirtschaft

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Grenzwertig

Redaktion intern

„Typisch österreichisch weiterwursteln“ – so sah der europaskeptische Schüler Erhard Busek die Rolle unseres Landes in der Zukunft. Heute ist Busek überzeugter Europäer und hat die Geschichte Österreichs und der EU mitgestaltet. Wir haben ihn über sein Europa und dessen Grenzen befragt. „Rund um EUropa“ ist unser Schwerpunktthema und reicht vom EU-Parlament, der weltweit einzigen gewählten supranationalen BürgerInnenvertretung (S. 12), über die „Neuen“, Bulgarien und Rumänien, (S. 14, S. 18.), und über die, die hier leben, z. B. als Pflegekräfte, und

nicht dazu gehören (S. 18). Auch ihnen hilft die Gewerkschaftsarbeit in Grenzregionen (S. 20). „Was bedeutet die Ankunft in Europa?“, fragen wir uns (S. 22) und wer sitzt da noch im Wartezimmer? (S. 26 ff) Was passiert sonst noch „rund um Europa“, fragen wir uns angesichts des TTIP (S. 32 ff.). Und dann werfen wir noch einen Blick auf jene, die an unseren Grenzen scheitern, die modernen Sklaven auf den Obstplantagen (S. 36). Krimiautorin Sabina Naber hat dazu eine berührende Kurzgeschichte für dieses Heft geschrieben (S. 38). Last but not least analysieren wir

das Regierungsprogramm aus Sicht der ArbeitnehmerInnenvertretungen (S. 42). Im „Rück-Blog“ lesen Sie eine Zusammenfassung der Top 5 aus unserem neuen ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at, der in diesen Tagen seinen ersten Geburtstag feiert.

Auch in Zukunft finden Sie uns auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: aw@oegb.at

*Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee*



Katharina Klee
Chefredakteurin

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Fern von Europa

Fern von Europa“ ist der Titel einer Schmähschrift von Carl Techet auf meine Tiroler Heimat. 1909 waren die „kurzen Geschichten aus finsternen Breiten“ ein Skandal, der Autor musste aus Tirol fliehen. In meiner Jugend war der kleine Band ein Kultbuch. Unter dem Pseudonym Sepp Schluiferer attestierte der Lehrer Teutz meinen Landsleuten tiefste dumpfe Provinzialität und Unverständnis für die große Welt: Europa. Ein Europa großer, mächtiger Kolonialreiche und Monarchien am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Es waren schwere Zeiten damals. Vorarlberger, Tiroler und Schweizer Kinder wurden seit Jahrhunderten als Saisonarbeitskräfte ins Schwabenland verschickt und auf Kindermärkten verkauft. Überall in Europa zogen Menschen der Arbeit nach. Schon damals zählten Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus zu den Problemen der Zeit. Mit der billigen Arbeitskraft jener, die man fern von Europa glaubte, ließen sich schon damals gute Geschäfte machen.

Europa nach zwei Weltkriegen

Zwei Weltkriege und so vieles mehr haben Europa verändert. Kein Eiserner Vorhang trennt uns mehr von den Nachbarn, den Balkanländern, den Donaustaaten. Länder wie Rumänien und Bulgarien sind uns näher gerückt seit sie EU-Mitglieder sind und

haben jetzt endlich vollen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt. Doch sie sind längst da. Nur nicht mehr unsichtbar. Z. B. jene SaisonarbeiterInnen, die ich oft auf den Feldern nahe meinem Elternhaus in der prallen Hitze schuftend gesehen habe. Ihre Heimat erscheint vielen „fern von Europa“. Jahrelang hatten sie schlecht bezahlt und unter miesen Arbeitsbedingungen auf den Tiroler Feldern Gemüse geerntet. Mit Hilfe der Arbeiterkammer und des ÖGB kamen sie letztendlich zu ihrem Recht. Jetzt sind sie angekommen in Europa, in dem es auch soziale Gerechtigkeit gibt. Und viele TellerwäscherInnen, Pflegekräfte, Reinigungsfrauen und -männer mit ihnen.

Und wieder werden andere die Billigjobs übernehmen. Diejenigen, denen es wirtschaftlich noch schlechter geht; die, die noch nicht dazugehören. Wie Serbien z. B., das Ende Jänner die Beitrittsverhandlungen aufgenommen hat oder wie die Türkei, die ebenfalls verhandelt. In anderen Ländern wie eben in Bosnien und der Ukraine treiben Arbeitslosigkeit, Korruption und Armut die Menschen auf die Straße. Direkt vor der Nase haben sie das reiche Europa, so nah und doch so fern.

Woanders macht man die Schotten dicht – die SchweizerInnen, mittendrin und doch nicht dabei – haben sich für eine Einführung von Zuwanderungsquoten entschieden. Reich und neutral im

Herzen Europas haben sie sich entschlossen, dieser Idee ein wenig ferner zu rücken. Schuld daran sind die von rechter Seite erfolgreich geschürten Ängste vor „Masseneinwanderung“ und Lohndumping.

Sozialer Frieden

Ängste, die auch uns nicht fremd sind und die immer wieder genutzt werden, um gegen jene mobil zu machen, die von weit her kommen, auf der Flucht vor Gewalt und Armut, auf der Suche nach Frieden und Hoffnung. Nach wie vor stranden Boote und Schiffe aus Nordafrika in Lampedusa und an den spanischen Küsten, wo jünger auf Flüchtlinge geschossen worden sein soll. Die, die diese Reise aus der Ferne überleben und Asyl bekommen, landen als schlechtestbezahlte Arbeitskräfte auf den Obst- und Gemüseplantagen in Spanien und Italien.

In unserem Interview sprach der europäische Zeitzeuge Erhard Busek vom erfolgreichen Friedensprojekt Europa, 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Er mahnte auch, dass dieser Frieden nicht selbstverständlich ist, sondern täglich neu gesichert werden muss. Damals wie heute ist sozialer Frieden – und damit Gerechtigkeit – eines der effizientesten Mittel der Friedenssicherung – mitten in, um und auch fern von Europa.

EU: Soziales Gegenmodell

Die Büros von AK und ÖGB in Brüssel sind wichtige Informationsdrehscheiben zwischen Brüssel und Österreich. Beim Neujahrsempfang gab es neben Infos auch rege Vernetzung.

„Bei der Europawahl im Mai können wir darüber entscheiden, welchen Weg die EU in Zukunft gehen soll“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar in Brüssel beim Neujahrsempfang der Büros von ÖGB und AK in Brüssel. „Wir brauchen dringend einen politischen Kurswechsel, weil wir an das Projekt Europa glauben. Viele Fehlentwicklungen hätten das Vertrauen der Menschen in die EU erschüttert“, so Foglar. „Wir brauchen ein soziales Gegenmodell, das sich auf eine wesentliche Kernforderung zuspitzen lässt: ein

soziales Fortschrittsprotokoll im EU-Primärrecht, das den sozialen Grundrechten Vorrang vor den Marktfreiheiten gibt. Im Vorfeld der EU-Wahlen im kommenden Mai werden wir diese Forderung des ÖGB und der gesamten Europäischen Gewerkschaftsbewegung deutlich vertreten. Wer das Europäische Parlament stärken möchte, muss zur Wahl gehen.“

Beim ÖGB-/AK-Neujahrsempfang kamen auch die österreichischen EU-Abgeordneten Othmar Karas und Evelyn Regner zu Wort. Beide Sprachen

sich für eine Richtungsänderung in der europäischen Politik aus. Othmar Karas war die stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Anliegen. Das Europäische Parlament werde dafür sorgen, dass es keine Entscheidungen gegen die Bürgerbefragungen geben werde. Evelyn Regner forderte eine stärkere soziale Gewichtung: „Wir brauchen ein soziales Europa und eine echte soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion.“

Mehr Info: www.oegb-eu.at



ÖGB-Präsident Foglar verlangte angesichts der hohen EU-Arbeitslosigkeit eine Stärkung der industriellen Basis der EU und ein Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung.



EU-Abgeordnete Evelyn Regner (SPÖ) sprach sich für die Stärkung der sozialen Gewichtung in der EU aus, die Wirtschafts- und Währungsunion brauche eine echte soziale Dimension.



EU-Abgeordneter Othmar Karas (ÖVP) will die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger stärken und deren Anliegen im Parlament vehement vertreten.



EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek (Grüne) war ebenfalls Gast beim ÖGB-/AK-Neujahrsempfang, nach dem offiziellen Teil wurde angeregt weiter diskutiert.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Elisabeth Beer, Christian Bellak, Ute Boeros, Astrid Fadler, Alexnader Franz, Amir Ghoreishi, Bettina Haidinger, Mario Holzner, Michael Huber, Harald Kolerus, Florian Kräftner, Michael Mazohl, Silviu Mihai, Sabina Naber, Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Carole Reckinger, Gilles Reckinger, Diana Reiners, Oliver Röpke, Georg Sever, Irene Steindl, Marcus Strohmeier, Paul Sturm, Nikolai Soukup, Josef Thoman, Josef Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Arbeiterkammer:

AK-Wahl: Auftakt im Westen

FCG gewinnt in Tirol und Vorarlberg, FSG in Salzburg

Das Wahljahr 2014 hat mit den Arbeiterkammerwahlen in den drei westlichen Bundesländern begonnen. Vom 27. Jänner bis zum 6. bzw. 7. Februar 2014 waren die ArbeitnehmerInnen in Vorarlberg und Salzburg aufgerufen ihre Vertretung zu wählen.

Vorarlberg: ÖAAB/FCG 51,76 Prozent

Überraschungen gab es keine. Bis Drucklegung lagen erst die vorläufigen Endergebnisse vor: In Vorarlberg konnte die ÖAAB/FCG-Liste mit AK-Präsident Hubert Hämmerle an der Spitze ihre absolute Mehrheit verteidigen und erreichte 51,76 Prozent (2009: 52,82) der Stimmen, die FSG blieb zweitstärkste Kraft mit 26,99 Prozent (2009: 29,16) Stimmenanteil. Auf Platz drei rückten die Freiheitlichen Gewerkschafter (FA) vor, die mit 8,31 Prozent (2009: 5,98) der Stimmen die migrantisch geprägte „Neue Bewegung für die Zukunft“ (NBZ) (5,47 Prozent; 2009: 6,08) überholen konnten. Die grün-nahe Liste „Gemeinsam“ schaffte einen Stimmenanteil von 6,53 Prozent (2009: 5,50). Der „Gewerkschaftliche Linksblock“ (GLB) verpasste abermals den Einzug in das Kammerparlament (0,94 Prozent, 2009: 0,47 Prozent). Bei 121.064 Wahlberechtigten lag die Wahlbeteiligung bei 35,53 Prozent. Sie nahm damit gegenüber 2009 (41,66 Prozent) um 6,13 Prozentpunkte ab.

Tirol: Liste Zangerl 63,95 Prozent

Bei der Tiroler AK-Wahl konnte die AAB-FCG-Liste von Präsident Erwin Zangerl ihre Position weiter ausbauen. Die ChristgewerkschafterInnen kamen auf 63,95 Prozent (2009: 63,02 Prozent) und haben mit 47 Mandaten eines mehr als bisher.

Die FSG erreichte 18,51 Prozent (minus 1,33 Prozentpunkte). Die Grünen gewannen ein Mandat von der Liste SOLI, die damit nicht mehr in der AK-Vollversammlung vertreten ist.

Sie legten um 1,24 Prozentpunkte auf 8,03 Prozent zu. Die Liste 4 (Freiheitliche Arbeitnehmer) hält bei 5,72 Prozent (minus 0,18 Prozentpunkte).

Die Liste Zangerl stellt neben dem AK-Präsidenten auch alle drei Vizepräsidenten und weitere vier Vorstandsmitglieder. Die FSG bleibt mit zwei Mitgliedern im Vorstand vertreten. Die Grünen stellen erstmals ein Vorstandsmitglied. Die Freiheitlichen hielten trotz Stimmenverlusten ihre vier Mandate. Nicht mehr vertreten ist die Liste SOLI-Tirol. Die übrigen drei Listen (GLB, KOMintern und LP) verfehlten den Einzug in die Kammervollversammlung. Die Wahlbeteiligung sank auf 41,3 Prozent. 2009 lag sie noch bei 52,95 Prozent.

Salzburg: FSG 70,74 Prozent

Bei der Salzburger AK-Wahl haben die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG) ihre Vormachtstellung weiter ausgebaut. Nach dem vorläufigen Endergebnis erreicht die FSG 70,74 Prozent der Stimmen (2009: 67,92 Prozent). Die Freiheitlichen ArbeitnehmerInnen kommen auf 11,22 Prozent und überholen ÖAAB-FCG. Die VP-GewerkschafterInnen mussten dagegen eine herbe Niederlage einstecken: Sie verloren rund fünf Prozentpunkte und kommen nur mehr auf 10,54 Prozent. Die grünen GewerkschafterInnen konnten um rund einen Prozentpunkt auf 6,65 Prozent zulegen, ihr Mandatsstand bleibt mit vier Sitzen im Arbeitnehmerparlament unverändert. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 36 Prozent und damit nur leicht unter jener von 2009.

Die nächsten Wahltermine sind: Kärnten 3. bis 12. März 2014, Wien 11. bis 24. März, Oberösterreich 18. bis 31. März, Steiermark 27. März bis 9. April, Burgenland 31. März bis 9. April und Niederösterreich wählt vom 6. bis zum 19. Mai.

Machen Sie Ihr Kreuzerl:

tinyurl.com/pq3v5ms

ÖGB:

Petition: Gegen Lohnsklaverei in Indien

Eine Kampagne der katholischen Frauenbewegung (kfb) gegen Ausbeutung in der Textilbranche.

In der indischen Textilbranche werden junge Frauen vor allem von Baumwollfirmen angeworben, um sich ihre eigene Mitgift zu erarbeiten – unter dem Namen „Sumangali“. Eine Sumangali ist eine glücklich verheiratete Frau, nur verheiratete Frauen sind gesellschaftlich anerkannt. Den Frauen wird viel Geld versprochen, die Realität sieht jedoch so aus: 12-Stunden-Schichten, kein Wochenende, kein Urlaub, ständige Überwachung, Gewalt und Demütigungen, unzureichender Arbeitsschutz und notdürftige medizinische Versorgung. Lebenslange Gesundheitsschäden sind die

Folge. Die meisten werden noch vor Ablauf der Verträge gekündigt und fallen um ihr Geld um.

Die unabhängige Organisation Vaan Muhil unterstützt die Sumangali-Frauen. Gemeinsam mit anderen NGOs und Gewerkschaften hat Vaan Muhil eine Unterschriftenkampagne zur Abschaffung des Sumangali-Systems gestartet. Ihr Ziel: Lohnsklaverei muss verboten werden. Die UnterstützerInnen lehnen die herrschenden Produktionsbedingungen in der indischen Textilbranche ab. Jene Frauen, die unsere Kleidung produzieren, haben ein Recht

auf ordentliche Arbeitsbedingungen und auf gerechte Löhne. Die katholische Frauenbewegung (kfb) hat eine Kampagne gegen diese Lohnsklaverei gestartet, der ÖGB, weltumspannend arbeiten, die Clean Clothes Kampagne, DKA, KABÖ und die Frauensolidarität unterstützen die Aktion. In einer Petition an den Arbeitsminister des südindischen Bundesstaates Tamil Nadu, K. T. Pachamal, fordern sie ein Verbot des Sumangali-Systems.

Mehr Informationen über die Aktion und die Petition gibt es unter: www.teilen.at

Forschungsfreie Zone? Zum Stellenwert der Wissenschaft in Österreich

Prof.ⁱⁿ Helga Nowotny im Gespräch mit Peter Huemer

„Wissenschaft hat einen enormen Vorteil, den die Gesellschaft heute dringend benötigt, nämlich den einer langfristigen Perspektive. Es ist diese Zuversicht [...], die enorm wertvoll ist [...] in einer Zeit, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse brüchig und kurzlebig geworden sind.“ (Spektrum 15. 8. 2012)

Helga Nowotny ist Professorin emerita für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich und Gründungsmitglied des European Research Council, des europäischen Forschungsrates. 2007 wurde sie zur Vizepräsidentin des ERC ernannt und war von 2010 bis 2013 dessen Präsidentin. Helga Nowotny erwarb ein Doktorat in Rechtswissenschaften der Universität Wien (Dr. iur.) und ein Ph.D. in Soziologie an der Columbia University, New York. Ihre derzeitige Gastinstitution ist der WWTF, der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds. Sie war und ist Vorsitzende und Mitglied wissenschaftlicher Beiräte von Forschungsinstitutionen und Beratungsgremien in verschiedenen Ländern Europas. Von 2005 bis 2011 war sie Vorsitzende des International Advisory Board der Universität Wien. Helga Nowotny ist unter anderem Mitglied der Academia Europaea und Auswärtiges Mitglied der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften sowie Trägerin verschiedenster Ehrungen, Ehrendoktorate und anderer Auszeichnungen. Im Herbst 2013 erhielt sie das Ehrendoktorat des Weizmann Institute in Rehovot, Israel.

Helga Nowotny hat über 300 Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Ihre letzten Bücher, die alle in Übersetzung vorliegen, sind: „Auf der Suche nach Exzellenz. Wie viel Evaluierung verträgt das Wissenschaftssystem?“, 2010, „Die gläsernen Gene. Die Erfindung des Individuums im molekularen Zeitalter“ (mit Giuseppe Testa), 2009, „Unersättliche Neugier, Innovation in einer fragilen Zukunft“, 2008, und „Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit“, 2004.

Mittwoch, 19. Februar 2014, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter.

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten

Telefon 01/501 65-28 82

stadtgesprach@akwien.at

Mehr Infos: www.wienerstadtgesprach.at/aktuell
www.facebook.com/wienerstadtgesprach

w i e n e r -
s t a
d
t g e s p r ä
c h

Die soziale Frage ist die Herausforderung

Erhard Busek über den Donauraum, Mitteleuropa, Österreich und die EU.

ZUR PERSON

Dr. Erhard Busek



Geb. am 25. März 1941 in Wien, verheiratet

1959–1963 Studium an der Universität Wien, Juridische Fakultät, Abschluss mit Doktorat, gleichzeitig Werkstudent

1966–1969 Vorsitzender des Österr. Bundesjugendringes

1964–1968 Parlamentssekretär im Nationalrat

1972–1976 Generalsekretär des Österr. Wirtschaftsbundes

1975–1976 Generalsekretär der ÖVP

1976–1978 Stadtrat in Wien

1976–1989 Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei

1978–1987 Landeshauptmann-Stellvertreter und Vizebürgermeister von Wien

1989–1994 Minister für Wissenschaft und Forschung

1994–1995 Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1991–1995 Vizekanzler der Republik Österreich und ÖVP-Bundesparteiobmann

Seit 1995 Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM)

Seit November 1996 Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative (SECI)

2000–2001 Regierungsbeauftragter der österreichischen Bundesregierung für EU-Erweiterungsfragen

Seit April 2000 Präsident des Europäischen Forums Alpbach

Seit 1. Jänner 2002 Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa

Arbeit&Wirtschaft: Dr. Erhard Busek, Sie sind seit fast 20 Jahren Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM). Sie sind überzeugter Europäer, Sie haben unsere Geschichte miterlebt und mitgeprägt.

Erhard Busek: An dieser Stelle muss ich ein Geständnis ablegen: In meiner Schulzeit war für unsere Lehrer diese Integration von Europa bereits eine Perspektive. Damals war ich unter den Skeptikern. Ich kann mich an eine interessante Diskussion mit meiner Deutschprofessorin erinnern, die phantastisch für Europa Stellung bezogen hat. Ich habe ihr damals erklärt: „Das wird nie funktionieren.“ Von ihr kam dann die Frage: „Na, wenn du so gescheit bist, was würdest du anders machen?“ Meine Antwort war: „Typisch österreichisch weiterwursteln.“ Ich erwähne das deswegen, weil ich heute wirklich ein überzeugter Europäer bin. Europa ist für uns ohne Alternative. Wenn die Europäer als Gesamtes im Rahmen des Global Village, des Welt dorfs, irgendeine Rolle spielen wollen, dann müssen sie das gemeinsam tun, denn wir sind nur mehr sieben Prozent der Weltbevölkerung. Noch geht es uns wirtschaftlich ganz gut, aber Sie können sich ausrechnen, wann uns China, Indien und andere überholen werden. Daher müssen wir unsere Rolle als Europäer definieren. Denn wir sind nicht mehr der Kontinent, auf dem Kolonialmächte zuhause sind. Es ist die offene Frage, ob wir die starke intellektuelle Rolle und die Position in der Forschung aufrechterhalten können – auf Seite der Innovation. Das verlangt gemeinsame Anstrengungen.

Seit 1. Jänner haben wir die Arbeitsmarktöffnung für Rumänien und Bulgarien. Hätten Sie sich diese Entwicklung wirklich damals vorstellen können?

Klare Antwort: Nein. Ich habe mich sehr engagiert, um auf der anderen Seite des eisernen Vorhanges Gruppen zu unterstüt-

zen, die in Richtung Demokratie wollten. Ich habe aber eigentlich nicht mehr damit gerechnet, dass all das zu meinen Lebzeiten Wirklichkeit wird. 1989 war nicht nur ein „Annus mirabilis“ – ein wunderbares Jahr –, sondern hat den Kontinent verändert. Vor allem auch die Position Österreichs. Wir sind aus einer Randlage vom östlichen Rand der westlichen Welt in die Mitte des Kontinents gewandert. Das allein bedeutet schon eine gewisse europäische Verantwortung. Im Wirtschaftsbereich ist diese Verantwortung meines Erachtens wahrgenommen worden. Bei der Politik bin ich etwas kritischer.

Woran mangelt es bei der Politik?

An Konzepten. Es wäre dringend notwendig, dass wir in der regionalen Kooperation innerhalb der EU stärker agieren. Dass wir z. B. nicht bei der Visegrád-Gruppe mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn sind, halte ich für einen großen Fehler. Wir sind hier gemeinsam zuhause. Ich hoffe, dass uns die Donauregionalinitiative **EUSDR** zusammenführt. Da sind wir zum Teil ganz gute Spieler, weniger politisch als in den Sachbereichen. Das geht von der Schifffahrt über Fragen der Wirtschaft, des Verkehrs, der Ökologie und vieles mehr. Aber das lässt sich politisch noch ausbauen.

Werden wir dieses Potenzial nutzen können, mit einem sehr jungen Außenminister Kurz?

Ich würde sagen, Sebastian Kurz hat Chancen, weil sich niemand von ihm etwas erwartet. Da kann er nur noch angenehm

Ich glaube, wir brauchen diese europäische Erzählung, damit wir wissen, wer wir sind, was wir beitragen. Das ist eine Aufgabe von Kunst und Kultur, aber auch Leistung von Wissenschaft, Forschung, von begabten Menschen, von Medien und jenen, die in der Lage sind, sich überhaupt über Europa zu artikulieren.



überraschen. In einem Telefonat hat er mir gegenüber betont, wie wichtig die Rolle Österreichs gegenüber dem Westbalkan und Donauraum ist. Das kann natürlich auch Marketing gewesen sein, das weiß ich nicht. Hoffentlich unternimmt er auch etwas. Allein die Feststellungen – und im Moment macht er ein bisschen viele Feststellungen – genügen nicht, sondern man muss dazu auch Konzepte haben.

Derzeit geistert anlässlich der Arbeitsmarktöffnung für Rumänen und Bulgaren der Begriff „Sozialtourismus“ durch die Medien. Ängste werden geschürt.

Das ist immer wieder der Fall. Das liegt daran, dass die Politik teilweise von der Artikulation von Befürchtungen lebt. Sie versucht, ihre Bedeutung dadurch zu unterstreichen, dass sie den Mitbürgerinnen und Mitbürgern Angst macht. Das ist eigentlich falsch. Sie müsste sagen, wie sie das Problem selber bewältigt. Mit der Wiedereinführung der Visapflicht etwa, wie die Frau Innenministerin sich hie und da vernehmen lässt, können wir in Wirklichkeit gar nichts lösen. Zum Argument, dass das der Bekämpfung der Kriminalität dienen würde, kann ich nur sagen: Jeder Kriminelle beschafft sich immer noch ein Visum. Die einschlägigen Gerichtsverfahren sind bekannt. Ich glaube, dass wir einiges dazu tun müssen, dass die wirtschaftliche und soziale Situation in diesen Ländern besser wird, so dass die Sehnsucht auszuwandern nicht mehr existiert. Diese entscheidende Frage ist verschärft worden durch die Situation in Südeuropa – also Griechenland, Italien, Portugal, Spanien. Und das, was in Lampedusa und bei den spanischen Enkla-

ren wie in Marokko passiert, sollte klar machen, dass wir dringend ein Konzept brauchen.

Wir haben im aktuellen Heft auch eine Geschichte über Lampedusa. Wie bekommt man das alles in Griff?

In Griff kriegt man das nur, indem wir uns in Afrika oder im Nahen Osten, wo die meisten dieser armen Menschen herkommen, engagieren. Die Chinesen tun das. Ich höre manchmal kritische Töne, dass sie sich wie Kolonialherren aufführen, kann das aber selbst nicht beurteilen, weil mir hier die Kenntnisse fehlen. Wir müssen uns in diesen Ländern engagieren, um zur Stabilität beizutragen. Die berühmten Militärinterventionen unserer französischen Freunde sind dabei nicht das Engagement, das ich meine.

Viele Menschen kommen ja nicht mit dem Ziel Europa, sondern sind auf der Flucht.

Ja, sind auf der Flucht, suchen Arbeit oder überhaupt ein menschenwürdiges Leben. Diese Verantwortung existiert. Wir können als Europäer nicht ständig predigen, dass wir für die Menschenrechte sind und die Menschenwürde und dann entsprechende Maßnahmen unterlassen. Ich sage gleich dazu, da geht es nicht um Finanzierung. Das wird dann immer gleich so ausgelegt. Mit den Mitteln für die Entwicklungshilfe, die natürlich aufgestellt gehören, ist es allein nicht getan. Man braucht hier Bildungsmaßnahmen, die richtigen Bahnen für Investitionen, Infrastruktur, Entwicklungen usw. Der Katalog ist hinreichend bekannt.

In dem Zusammenhang möchte ich auch dafür plädieren, dass die EU mehr Talent in der Krisenintervention entwickelt. Es ist so wichtig, Instrumente dafür zu haben. Ich habe ja die Krisenintervention der Europäer am Balkan erlebt – und ich muss sagen, die Erinnerungen sind gemischt: Einerseits gab es richtige Hilfe, andererseits musste ich feststellen, dass Regierungen Leute dorthin entsandt haben, die einfach irgendeine schöne Funktion haben wollten, gut bezahlt sein, aber von der Gegend, in die sie gegangen sind, nicht die leiseste Ahnung hatten. Das heißt, wer dorthin geht, muss auch entsprechend ausgebildet werden. Ich habe mit meinem Institut hier die Konsequenzen gezogen. Wir haben einen Balkan-Lehrgang, der von den Unternehmen, die dorthin gehen, gerne genutzt wird.

Wünschen Sie sich, dass dieser gesamte mitteleuropäische Donauraum, mit dem sich ihr Institut befasst, Teil der EU wird?

Selbstverständlich. Das hat ja auch die EU schon beschlossen und zwar 2003 im **Vertrag von Thessaloniki** – nur manchmal vergessen wir das. Natürlich müssen wir einiges dazu tun, dass Probleme gelöst werden. Bosnien-Herzegowina ist da z. B. ein schwarzer Fleck auf der Landkarte.

Die wollen ja auch nicht, oder?

Ach, die wollen, die wollen. Das wirkliche Problem stellen natürlich Blötheiten europäischer Regierungen dar, wie z. B. die Frage des Staatsnamens von Mazedonien. Griechenland blockiert daher alles. Aber auch die Kosovo-Frage, den fünf Mitgliedsstaaten

der EU noch immer nicht anerkannt haben. Aber nicht wegen dem Kosovo, sondern wegen ihrer eigenen internen Probleme. Etwa, dass Katalonien selbständig werden will oder was mit der ungarischen Minderheit in Slowenien und der Slowakei passiert.

Aber wie soll das weitergehen? Gleichzeitig muss man ja auch die Situation in Griechenland und Spanien bewältigen.

Eine berechnete Frage. Ich glaube, dass das Entsenden von Troikas allein nicht genügt. Hier muss man Assistenzen entwickeln, die im Bildungsbereich, auch in der Strukturentwicklung, liegen. Ich wiederhole: Nicht mit Geld, sondern in einer entsprechenden Ausbildung. Die Bildungsfrage halte ich überhaupt für die Schlüsselfrage in allen diesen Entwicklungen.

Vor allem auf die Jugend angewendet oder unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens?

Auf jeden Fall lebenslanges Lernen. Aber es ist empfehlenswert, mit der Jugend zu beginnen. Wir haben mit der dualen Berufsausbildung in Österreich ein sehr praktikables Modell. Ich erlebe immer wieder sehr großes Interesse daran, das zu übertragen.

Länder wie Rumänien und Bulgarien leiden unter einem so genannten Brain-drain, also darunter, dass viele gut ausgebildete, vor allem jüngere Menschen ihr Glück im Ausland suchen – z. B. aus dem Gesundheitswesen.

Nicht nur – auch aus der Wissenschaft. Ich bin Vorsitzender des Universitätsrates der Medizinuni Wien und wir profitieren bei den Oberärztinnen und -ärzten – also auch im akademischen Bereich, nicht nur beim Pflegepersonal – sehr stark von den jungen Menschen, die aus diesen Ländern kommen, bei uns die Ausbildung bekommen und dann hierbleiben. Das kann man ihnen nicht verübeln, aber wir entziehen diesen Ländern ein bisschen die Substanz. Dafür gibt es aber keine koordinierte Strategie.

Sie sprechen gerne von „Europa als Friedensprojekt mit ungeheurem Erfolg“. Vor 100 Jahren ist der 1. Weltkrieg ausgebrochen – kann so ein Krieg nicht mehr ausbrechen?

In der gegenwärtigen Situation kann man wohl sagen: Nein. Wir haben ja 1991 erlebt, dass es wie beim Zerfall von Jugoslawien natürlich wieder Krieg geben kann. Das muss man immer im Gedächtnis behalten. Der Frieden kommt nicht von allein, sondern gehört täglich gesichert.

Dazu bedarf es entsprechender Maßnahmen im Sozialbereich, im wirtschaftlichen Bereich. Die Migrationsfrage hat Sprengkraft. Ich weise immer darauf hin, verzeihen Sie den historischen Vergleich, dass der Zerfall des Imperium Romanum durch die Völkerwanderung geschehen ist. Die Völkerwanderung, die wir heute haben, ist mindestens damit vergleichbar. Ich kann aber auch ein Beispiel aus der näheren Geschichte wählen. Wien war um 1900 die zweitgrößte tschechische Stadt. Wien ist heute, 2014, die zweitgrößte serbische Stadt.

Große Unterschiede?

Eigentlich nein. Im Klima der Stadt hört man natürlich in der Straßenbahn, der U-Bahn, wo auch immer man hinkommt, alle möglichen Sprachen, aber bislang sind eigentlich nur minimale Konflikte entstanden. Das ist, glaube ich, eine sehr positive Entwicklung. Mag sein, dass wir durch die Vergangenheit und die Durchmischung im Donauraum es ein bisschen in den Genen haben, leichter damit umzugehen.

Sie glauben also, dass wir mit dem „Fremden“ besser umgehen können?

Ich glaube, dass wir geschickter sind, wenn ich an die Kopftuchfrage in Frankreich denke und die Art und Weise, wie sie bei uns gelöst wurde – indem sie eigentlich kein Problem darstellt – ist das ein sehr gutes Zeichen. Auch die Deutschen leisten sich sozusagen bewusste Konflikte vor allem mit der türkischen Minderheit, die allerdings erheblich größer ist als bei uns. Wir lösen die Dinge eher pragmatisch.

Soll die Türkei zu Europa?

Ich glaube, dass die Türkei derzeit in einem gigantischen Umbruch ist und man noch nicht voraussagen kann, was dabei herauskommt. Nur danach kann die europäische Frage entschieden werden. Ich möchte aber klarstellen: Im Moment sehe ich das nicht,

weil wir uns mit der Türkei als EU-Mitglied Grenzen zu den Kaukasusstaaten, zum Irak, Iran, zu Syrien einhandeln würden, die wir als Europäer gar nicht bewältigen können.

The Soul of Europe beschwören Sie immer wieder – existiert die europäische Seele?

Im Bereich der Kultur, ja. Wenn Sie die kulturellen Leistungen dieses Kontinents anschauen, sind das gemeinsame. Konzertprogramme, Theaterprogramme sind eine Mischung quer durch die Länder. „A Soul for Europe“ verlangt natürlich auch Übereinstimmung. Man spricht hier gerne vom „narrativen Europa“, das wir brauchen. Ich glaube, wir brauchen diese europäische Erzählung, damit wir wissen, wer wir sind, was wir beitragen. Das ist aber eine Aufgabe von Kunst und Kultur, aber auch der Leistung von Wissenschaft, Forschung, von begabten Menschen, von Medien und jenen, die in der Lage sind, sich überhaupt über Europa zu artikulieren.

Was für eine Rolle spielen denn die Gewerkschaften in diesem zusammenwachsenden Europa?

Nach wie vor eine große. Ich bin Anhänger der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft. Das Modell ist auf europäischer Ebene auch irgendwie übernommen worden, ist aber meines Erachtens in der Artikulation auf beiden Seiten – von ArbeitnehmerInnenvertretung und von der Wirtschaftsseite – nicht so entwickelt. Ich würde mir wünschen, dass sich der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** stärker ins Spiel bringt. Das ist meines Erachtens dringend notwendig. Die soziale Frage ist neben der Frage der Bildung die eigentliche Herausforderung für Europa.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Internet:

Institut für den Donauraum und Mitteleuropa:
www.idm.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Späte Chance auf Gewerkschaft

In Nordafrika verhinderten europäische Kolonialmächte lange Zeit Gewerkschaftsgründungen unter einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Europa und seine Nachbarn an der Südküste des Mittelmeers verbindet eine lange – manchmal kriegerische, manchmal friedliche – Geschichte. Aber in den vergangenen 200 Jahren war dieser große Kulturraum, der Europas Entwicklung entscheidend beeinflusst hatte, nur mehr eine Ansammlung von Kolonien europäischer Mächte. War es schon für die ArbeitnehmerInnen in den europäischen Staaten alles andere als leicht, sich Gewerkschaften zu erkämpfen, so hatten es die Einheimischen in den Kolonien noch viel schwerer, die bestehenden Koalitionsverbote zu unterlaufen. Selbst die eingewanderten EuropäerInnen mussten bei Gewerkschaftsgründungen mit Widerstand seitens der Kolonialbehörden rechnen. Trotzdem gelangen sie in Ägypten und Algerien schon vor 1900. In Ägypten waren einheimische Tabak-, Hafen- und Straßenarbeiter die Pioniere, in Algerien legten französische Buchdrucker den Grundstein zum Gewerkschaftsaufbau. Einheimische algerische Arbeiter und Angestellte konnten den Gewerkschaften nicht beitreten, erst nach 1900 und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich dies. In Marokko verbot die Kolonialverwaltung bis 1914 jede Gewerkschaftsgründung. Bei Kriegsbeginn erhielten dann die französischen ArbeiterInnen das Koalitionsrecht, die MarokkanerInnen mussten darauf bis 1937 warten. Ebenfalls zwischen den beiden Weltkriegen entstanden die ersten Gewerkschaften in Tunesien.

Unter den Bedingungen der Kolonialherrschaft konnte sich die Gewerkschaftsbewegung nur langsam weiterentwickeln, in Ägypten bestanden aber zum Beispiel 1919 immerhin 42 klei-



© Internationale Transportarbeiter-Föderation

Demonstration marokkanischer Eisenbahner beim Aktionstag der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) 2006. Die Transportarbeiter gehörten in den nordafrikanischen Kolonien zu den ersten Arbeitnehmergruppen, die es schafften, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen.

nere Organisationen. Organisiert waren hauptsächlich landwirtschaftliche ArbeiterInnen, ArbeiterInnen in der Textilindustrie und im Bergbau sowie TransportarbeiterInnen. Etwas bessere Rahmenbedingungen wurden geschaffen, als in England und Frankreich PolitikerInnen aus Arbeiterparteien an den Regierungen beteiligt wurden. Das französische Gesetz über die Gewerkschaftsfreiheit in den Kolonien von 1937 hatte allerdings vorerst noch keine praktische Bedeutung, da die Eroberung Frankreichs durch Hitler-Deutschland und das mit den Nazis zusammenarbeitende rechte Pétain-Regime seine Umsetzung verhinderten. Dazu kam es erst 1952. Im britischen Bereich förderte die Regierung zunächst die Beschäftigung organisierter englischer ArbeitnehmerInnen in den Kolonien. 1940 folgte dann das Gesetz, das

auch einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Gewerkschaftsfreiheit zusicherte. Die anderen wichtigen Kolonialmächte ließen dagegen weiter keine Gewerkschaften zu.

In den Unabhängigkeitskriegen Nordafrikas nach 1945 spielten die Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Das galt besonders für Tunesien, wo sich die Organisation auch nicht so stark von den folgenden neuen Diktaturen vereinnahmt ließ wie die Gewerkschaften in den benachbarten Staaten. 2011 erreichte in Tunesien ein Generalstreik das Ende der Diktatur.

Zusammengestellt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Volksvertretung für 500 Millionen

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das EU-Parlament, die weltweit einzige direkt gewählte supranationale BürgerInnenvertretung, deutlich aufgewertet.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Seit der Gründung 1952 wurden die Kompetenzen des Europäischen Parlaments schrittweise immer weiter ausgebaut. Durch den im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon sollten unter anderem die Entscheidungsfindungen und Beschlüsse der EU-Gremien transparenter und demokratischer werden.

Die drei wichtigsten Aufgabenbereiche des Europäischen Parlaments sind:

1. Erörterung und Verabschiedung von EU-Rechtsvorschriften: In Zusammenarbeit mit dem Rat der EU ist das Parlament jetzt in den meisten Politikbereichen für die Gesetzgebung verantwortlich. Nur bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) werden die wichtigsten Entscheidungen weiterhin im Rat getroffen. Allerdings ist die Zustimmung des Parlaments zu Erweiterungen der EU und zu den meisten internationalen Abkommen erforderlich. So hat das Parlament etwa eine Reihe von Finanzprotokollen mit Drittländern unter Hinweis auf die Menschenrechte abgelehnt.

2. Kontrolle anderer EU-Institutionen, insbesondere der Kommission, um eine demokratische Arbeitsweise zu gewährleisten: Wenn eine neue Kommission bestellt wird, muss das Parlament zustimmen. Der Kommissionspräsident wird von den Regierungen – auf Basis der Ergebnisse

von EU-Wahlen – vorgeschlagen und vom Parlament gewählt.

3. Erörterung und Verabschiedung des EU-Haushalts in Zusammenarbeit mit dem Rat: Schon vor 2009 hatte das EU-Parlament das Budgetrecht, allerdings mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik, die mehr als 40 Prozent des Etats ausmachten. Durch die Einbeziehung des Agrarsektors entscheidet das Parlament heute gemeinsam mit dem Rat über den Haushaltsplan der EU.

Trilog mit Rat und Kommission

Mehr als 2.000 Rechtsakte wurden im Jahr 2012 von Rat, Parlament und Kommission bearbeitet – die meisten im Rahmen des sogenannten ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens: Die EU-Kommission hat das alleinige Initiativrecht, nur sie kann dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Entwurf für einen Rechtsakt vorlegen. Danach folgen die Lesungen inklusive Abänderungen des Entwurfs im Parlament und im Rat. Stimmt der Rat den Änderungsvorschlägen des Parlaments nach der zweiten Lesung nicht zu, dann wird der Entwurf einem Vermittlungsausschuss mit Delegierten von Rat und Parlament übermittelt. Nach diesem Einigungsverfahren folgt die dritte Lesung. Wenn diese Abstimmung negativ ausfällt, aber auch wenn das Einigungsverfahren kein Ergebnis bringt, ist das Verfahren beendet. In der Praxis gibt es meist schon vor der offiziellen Vorlage informelle Treffen zwischen der Kommission, den zuständigen

ZAHLEN & FAKTEN

Nach den Wahlen im Mai wird sich das EU-Parlament aus 750 Parlamentarierinnen und Parlamentariern plus dem für 2,5 Jahre gewählten Parlamentspräsidenten (seit Jänner 2012 Martin Schulz) zusammensetzen. Es gibt rund 20 parlamentarische Ausschüsse zu den verschiedenen Themenbereichen. Die Zahl der Abgeordneten pro Mitgliedsstaat variiert je nach Bevölkerungszahl zwischen sechs und 96 Delegierten, Österreich wird nach den Wahlen 19 statt wie bisher 18 Abgeordnete stellen. Zur Gründung einer Fraktion sind mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten erforderlich.

Im April 2012 wurde als Instrument der politischen Teilhabe die **Europäische Bürgerinitiative** etabliert. Dafür müssen in zwölf Monaten eine Million gültige Unterstützungserklärungen in einem Viertel aller EU-Mitgliedsstaaten gesammelt werden, um die Kommission aufzufordern, für ein bestimmtes Anliegen einen neuen Rechtsakt auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen.

Ausschüssen des Parlaments und dem Rat (= Trilog), so dass die meisten Entscheidungen relativ bald fallen.

Die Kommission schlägt vor

Gesetzesinitiativen erfolgen also immer durch die Kommission, allerdings können das Parlament und der Rat die Kommission auffordern, einen bestimmten Vorschlag zu unterbreiten. Evelyn Regner,

Schon vor 2009 hatte das EU-Parlament das Budgetrecht, allerdings mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik, die mehr als 40 Prozent des Etats ausmachten. Durch die Einbeziehung des Agrarsektors entscheidet das Parlament heute gemeinsam mit dem Rat über den Haushaltsplan der EU.



seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten), nennt die Finanztransaktionssteuer als Beispiel für eine solche parlamentarische Initiative: „Insgesamt kann man sagen, dass das Parlament trotz einer konservativen Mehrheit immer eher auf der Seite der ArbeitnehmerInnen und des Mittelstands ist.“ Im Übrigen wurde mit der Kommission vereinbart, dass Initiativvorschläge mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit von der Kommission immer als Gesetzesvorlage eingebracht werden. „Im Grunde können wir eigentlich immer wesentlich mitgestalten“, so Regner, „denn die Kommissionsvorschläge können ja vom Parlament verändert werden. Manchmal gibt es mehr als 1.000 Abänderungsanträge pro Gesetzesvorlage.“

Gelbe Karte für die EU

Am Beginn jedes Legislativverfahrens werden die Texte auch den nationalen Parlamenten übermittelt, die ihr State-ment dazu abgeben können. Der jeweils zuständige parlamentarische Ausschuss prüft vor allem, ob das Vorhaben mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dieses geht davon aus, dass die EU nur dann tätig wird, wenn die Ziele der geplanten Maßnahme nicht ausreichend auf nationaler oder lokaler Ebene verwirklicht werden können. Einspruch erhebt ein Parlament, indem es innerhalb von acht Wochen eine begründete Stellungnahme beschließt (Subsidiaritätsrüge). Jeder Mitgliedsstaat hat in diesem Verfahren zwei Stimmen, in Österreich werden die

se auf Bundesrat und Nationalrat aufgeteilt. Sobald mehr als ein Drittel der Stimmen der nationalen Parlamente gegen einen Legislativvorschlag Einspruch erhebt, muss dieser erneut geprüft werden (Gelbe Karte). Es besteht für die EU aber keine Verpflichtung, den Vorschlag tatsächlich zu verändern. Erst wenn mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten negative Stellungnahmen abgibt (Orange Karte), muss die Kommission begründen, warum ihr Vorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht. Erstmals zeigten die nationalen Parlamente die Gelbe Karte 2012 bei der geplanten „Monti-II-Verordnung“, mit der die Kommission Streikrechte mit der Begründung der wirtschaftlichen Marktfreiheiten des Binnenmarktes einschränken wollte.

Evelyn Regner erinnert sich aber auch an den umgekehrten Fall: „Beim Thema Frauenquoten waren nationale Parlamente der Meinung, das wäre keine EU-Angelegenheit. Mit der Begründung, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen seit Jahrzehnten zwar theoretisch per Gesetz durchgesetzt, aber bis dato in der Realität nicht in allen Bereichen vollzogen wurde, verlief die Subsidiaritätsrüge ergebnislos.“

Internetplattform IPEX

Für eine bessere interparlamentarische Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten wurde 2006 die Internet-Plattform für Informationsaustausch in EU-Angelegenheiten (IPEX) eingerichtet. Hier können alle Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten, der Beitrittskandidatenlän-

der sowie das Europäische Parlament Informationen veröffentlichen. Auf diese Weise können auch die entsprechenden Mehrheiten für Subsidiaritätsrügen leichter und zeitgerecht gefunden werden.

In Richtung „Sozialunion“

Mit dem Lissabon-Vertrag hat sich einiges in der EU verändert, unter anderem hat sich die EU in Richtung „Sozialunion“ entwickelt und beschränkt sich längst nicht mehr auf die Kernbereiche Wirtschaft und Landwirtschaft.

Der Politikwissenschaftler und EU-Experte Andreas Maurer gibt allerdings zu bedenken, dass es auch mehr oder minder deutliche Versuche gebe, die Position des EU-Parlaments zu schwächen, etwa „wenn gefordert wird, dass nur die Euro-Länder bei Euro-Themen abstimmen dürfen, dann ist das eine deutliche Benachteiligung jener Länder, die in Kürze ihre Währung umstellen und mit diesen Beschlüssen dann leben müssen“.

Internet:

Europäisches Parlament –
Informationsbüro für Österreich:
www.europarl.at

Grundlegende und aktuelle Infos,
Dokumente, EPTV mit Live-Streams von
Ausschuss-Sitzungen und Plenartagungen:
www.europaparl.europa.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Keine Panikmache

Seit Jahresbeginn steht der heimische Arbeitsmarkt auch Jobsuchenden aus Bulgarien und Rumänien offen. Vor den Auswirkungen braucht man kaum Angst zu haben.

Harald Kolerus

Freier Journalist

Sozialtourismus“ – mit diesem Schlagwort haben in den vergangenen Monaten Boulevardmedien und sehr „heimatverbundene“ Parteien versucht, politisch zu punkten. Gewarnt wurde vor Scharen von Auswanderinnen und Auswanderern aus Osteuropa, die sich in Österreich und anderen wohlhabenden Staaten angeblich auf die „soziale Hängematte“ drängen wollen.

Von Schockwelle keine Rede

Ursache für die Aufregung: Seit 1. Jänner 2014 haben auch ArbeitnehmerInnen aus Rumänien und Bulgarien das Recht auf uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt der EU. Bekanntlich erfolgte die Arbeitsmarkttöffnung in homöopathischen Dosen: Bereits am 1. Mai 2011 sind die, von Österreich und Deutschland initiierten, siebenjährigen Übergangsbestimmungen für Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland und Litauen ausgelaufen. Seither dürfen Personen aus diesen EU-8 auch in Österreich und Deutschland ohne Einschränkungen arbeiten. Schon damals war die Angst vor einer Überflutung durch Billigarbeitskräfte groß – die tatsächlichen Auswirkungen blieben allerdings bescheiden. Laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO war ein Jahr nach der ersten Öffnungsrunde die Zahl der aus den EU-8-Ländern stammenden unselbstständig Beschäftigten um 21.736 Personen angestiegen. Insgesamt betrug die Nettozuwanderung (also

auch aus Nicht-EU-Ländern) 2011 rund 31.000 Personen, 2012 waren es knapp 44.000. Im Vergleich zu 2010 mit zirka 29.000 Personen sehen wir eine steigende Tendenz, von einer Schockwelle kann aber keine Rede sein.

Auch bei der aktuellen Öffnungsrunde sind Heulen und Zähneklappern fehl am Platz, wie eine Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und des IHS belegt. Die im Auftrag des Sozial- und des Wirtschaftsministeriums erstellte Analyse geht davon aus, dass 2014 eine Zuwanderung von 7.173 Personen aus Bulgarien und Rumänien (EU-2) zu erwarten ist. 2015 sollen es 12.518 Zuwanderinnen und Zuwanderer sein. Ohne Liberalisierung des Arbeitsmarktes wäre der Zuzug laut Modellrechnung der Studie etwas geringer ausgefallen: Somit werden 2014 und 2015 pro Jahr rund 5.500 Menschen aus Bulgarien und Rumänien mehr auf Arbeitssuche in Österreich gehen, als das ohne der Öffnung der Fall gewesen wäre.

Experten wie AMS-Vorstandsmitglied Herbert Buchinger glauben, dass die genannten Zahlen bereits den „oberen Rand des Spektrums“ darstellen: „Die Vergangenheit hat gezeigt, dass bei einer Arbeitsmarkttöffnung in etwa mit einer Verdoppelung des Arbeitskräftezuzugs aus dem Vorjahr zu rechnen ist. Da 2013 zirka 2.000 zusätzliche Arbeitssuchende aus Bulgarien und Rumänien nach Österreich gekommen sind, erwarte ich heuer etwa 4.000 Personen extra aus diesen Ländern.“

Das erscheint nicht gerade viel. Allerdings ist auch Österreich keine Insel

der Seeligen mehr und mit der höchsten Arbeitslosenzahl seit 1946 konfrontiert. Das aus der Öffnung entstehende Arbeitskräfteangebot aus Rumänien und Bulgarien hat darauf aber kaum dauerhaften Einfluss. Laut der Studie von wiiw und IHS wird dadurch nämlich nur eine Steigerung der Arbeitslosenquote um 0,03 Prozentpunkte 2014 und 2015 zu bemerken sein. Ab 2016 soll dieser Effekt auf rund 0,02 Prozentpunkte zurückgehen. Auch die Gefahr des Lohndumpings durch jobsuchende Bulgarinnen und Bulgaren sowie Rumäninnen und Rumänen ist laut der Studie praktisch zu vernachlässigen: Die Löhne werden um rund zwei Zehntel Prozentpunkte weniger steigen als ohne den Liberalisierungsschritt.

Positiver Effekt Legalisierung

Natürlich sind Wirtschaftsprognosen im Promillebereich schwierig, entscheidend ist aber die deutliche Grundtendenz, die Hermann Deutsch, Arbeitsrechtsexperte im BMASK, so zusammenfasst: „Die Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt werden marginal sein. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sehr viele Zuwanderungswillige aus Osteuropa, meistens handelt es sich dabei um Fachkräfte, bereits in Österreich arbeiten.“ Ein positiver Effekt sei, dass es jetzt zu einer zusätzlichen Legalisierung des bereits bestehenden Arbeitskräftepotenzials in Österreich kommen sollte. Sprich: Menschen, die bisher schwarzgearbeitet haben, könnten sich durch Wegfall der Restriktionen bei der Sozialversicherung anmelden und in geregelte Ar-

Schon damals war die Angst vor einer Überflutung durch Billigarbeitskräfte groß – die tatsächlichen Auswirkungen blieben allerdings bescheiden. Laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO war ein Jahr nach der ersten Öffnungsrunde die Zahl der aus den EU-8-Ländern stammenden unselbstständig Beschäftigten um 21.736 Personen angestiegen.



beitsverhältnisse eintreten. Das hat zum einen den erfreulichen volkswirtschaftlichen Effekt, dass mehr Steuern eingenommen werden können. Zum anderen verbessert sich die Situation für die betroffenen ArbeitnehmerInnen selbst. Denn in der Vergangenheit war immer wieder von ausbeuterischen Bedingungen für Menschen aus Osteuropa zu hören – in illegalen und regulären Arbeitsverhältnissen.

Lohndumping und Sozialbetrug

Für Aufsehen sorgte Ende vergangenen Jahres zum Beispiel ein Fall in Tirol. Rund 50 ErntehelferInnen aus Rumänien und Serbien schufteten mehr als 70 Stunden pro Woche, sechs Tage, angeblich bis zu 15 Stunden pro Tag. Dafür erhielten sie einen Monatslohn von nicht einmal 1.000 Euro; auf die Vergütung der Überstunden, Weihnachts- und Urlaubsgeld wurde dabei „vergessen“. Erst als die ErntearbeiterInnen kollektiv die Arbeit niederlegten, erhielten sie letztendlich die gesetzlich zuständige Entlohnung ausbezahlt. Kein Einzelfall. Auch im privaten Pflegebereich kommt es immer wieder zu Missständen. Man hört von Lohndumping und Knebelverträgen für die betroffenen Frauen, die zu einem Großteil aus Slowenien und Rumänien stammen. Die Caritas empfiehlt einen Tagsatz von rund 60 Euro für die Altenpflege, diverse Vermittlungsagenturen legen aber bereits Angebote ab zirka 30 Euro pro Tag vor. Die „Wiener Zeitung“ berichtete auch, dass manche Agenturen die Reisedokumente der Pflegerinnen einbehalten und horrende Vermittlungsgebühren von den

Frauen verlangen. Auch am Bausektor kommt es immer wieder zu Verstößen, bestätigt Rainer Grießl, Direktor der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK). Allerdings haben der Gesetzgeber und Arbeitnehmervertretungen reagiert: „Es wurden bereits sehr viele Schritte gegen Sozialbetrug gesetzt, ein entscheidender davon war der Beschluss des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes“, so Grießl.

Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSDB-G) ist am 1. Mai 2011, also zeitgleich mit der ersten Ost-Arbeitsmarktliberalisierung, in Kraft getreten. Ziel des LSDB-G ist es, gleiche Arbeitsmarkt- und Lohnbedingungen für in- und ausländische ArbeitnehmerInnen zu erreichen. Außerdem soll der faire Wettbewerb für die am Markt agierenden Betriebe sowie die korrekte Entrichtung von Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen sichergestellt werden. Grießl zur konkreten Umsetzung: „Das Gesetz ermöglicht es uns vor Ort, Kontrollen an Baustellen und in Lohnbüros durchzuführen. Stellen wir Unregelmäßigkeiten wie eine Unterentlohnung fest, wird Anzeige gegen die betreffende Firma erstattet.“

Arbeitsmarkt gut gerüstet

Die BUAK fungiert aber nicht nur als Kontrollorgan, sondern auch als Informationsstelle: „ArbeitnehmerInnen können bei uns nachfragen, ob sie auch tatsächlich angemeldet sind, wie sie offiziell beschäftigt sind, welcher Lohn ihnen laut Kollektivvertrag zusteht etc. Wir schicken den Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern auch quartalsweise entsprechende Informationen zu ihrem persönlichen Arbeitsverhältnis zu“, erklärt Grießl. Auch BMASK-Experte Deutsch sieht den heimischen Arbeitsmarkt mit Maßnahmen wie dem Sozialdumpinggesetz für die neue Liberalisierungsrunde gut gerüstet und spricht von einer „generell präventiven Wirkung der Kontrollen und möglichen Bestrafungen“.

Die Befürchtung, dass das heimische Sozialsystem von „Sozialtouristinnen und -touristen“ ausgenutzt werden könnte, teilt der Experte nicht. Denn um Mindestsicherung und andere Sozialleistungen beantragen zu können, müssen EU-BürgerInnen erst um eine Anmeldebescheinigung ansuchen. Diese erhält man wiederum nur unter bestimmten Bedingungen wie einem umfassenden Krankenversicherungsschutz und ausreichenden Mitteln zur Existenzsicherung. „Sozialtourismus“ ist also eine Mär, ebenso wie die angebliche Flut von Menschen aus Bulgarien und Rumänien, die den heimischen Arbeitsmarkt zu überschwemmen drohen.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.arbeitsmarktoeffnung.at
www.buak.at
www.bmask.gv.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
harald.kolerus@gmx.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zwischen jetzt und dort – zwischen hier und später

Transnationale Lebens- und Arbeitsverhältnisse ukrainischer Haushaltsarbeiterinnen.

Bettina Haidinger

*Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt,
Wien*

Wissen Sie, woher „Ihre“ Haushälterin, Putzfrau, Raumpflegerin, Babysitterin, „Perle“ oder schlicht bezeichnet Hausarbeiterin stammt? Wissen Sie, ob sie zu versorgende Kinder hat? Wissen Sie, wie sie ihre Arztrechnungen bezahlt? Oder welche Ausbildung sie hat? Wann haben Sie ihr zum letzten Mal eine Gehaltserhöhung angeboten? Entsprechend Ihren eigenen Biennalsprüngen?

Das sind Fragen an Haushalte, die es sich finanziell leisten können, das Konfliktfeld „Wer soll aufräumen?“ auszulagern. Das sind auch Fragen, die auf den ersten Blick moralisierend daherkommen, aber auf den zweiten Blick ein weites Feld struktureller Ungleichheiten und erstaunlicher Biografien zu Tage bringen. Vor dem Hintergrund dieses Beitrags¹, der der transnationalen Haushaltsorganisation ukrainischer Migrantinnen zwischen ihrem Herkunftskontext und diversen Wiener Haushalten auf den Grund geht, können Sie diese Fragen vielleicht unter einem veränderten Blickwinkel betrachten.

Die Haushalte der Haushälterinnen

Migrantinnen sind als bezahlte Hausarbeiterinnen wesentliche Akteurinnen in der Aufrechterhaltung von Haushalten an unterschiedlichen Orten. Einerseits tragen sie als Lohnarbeiterinnen zur sozialen Reproduktion europäischer Pri-

vathaushalte bei. Die Arbeitsverhältnisse in privaten Haushalten sind meistens informell, das heißt ohne sozialversicherungsrechtliche Ansprüche und mit eingeschränkten kollektiven Durchsetzungsmöglichkeiten.² In Zusammenhang steht diese Prekarität mit der Unsicherheit des aufenthalts- oder beschäftigungsrechtlichen Status der Migrantinnen, mit dem ungleichen Zugang zu sozialer Absicherung und sozialen Leistungen und mit der ungleichen Anerkennung von Qualifikationen.

Andererseits sind sie als „female breadwinners“ für die Finanzierung des Haushalts in ihrem Herkunftsland verantwortlich. Bezahlte Haushaltsarbeit als Einkommensquelle von Migrantinnen ist ein relevanter Faktor der Reproduktion ihrer eigenen Haushalte im Herkunftsland. Mit dem daraus verdienten Geld werden Ausbildungen, die Renovierung von Häusern, gesundheitliche Dienstleistungen oder eine Hausarbeiterin bezahlt, die sich um die unmittelbare Versorgung des Haushalts und der Kinder kümmert.

Strukturelle Ungleichheiten

Die Bedingungen ökonomischer, sozialer und biologischer Reproduktion zwischen denen, die die Haushaltsdienstleistungen anbieten und jenen, die sie nachfragen, sind äußerst ungleich.³ Seien es Arbeitsbedingungen, Arbeitsmarktsegregation, soziale oder politische Rechte, Migrantinnen und Migranten sind gegenüber Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mehrfach benachteiligt. Ein besonderes Paradox ist jenes der not-

BUCHTIPP

Bettina Haidinger:
Hausfrau für zwei Länder sein

Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts
Westfälisches Dampfboot,
2013, 289 Seiten, € 29,90
ISBN: 978-3-89691-931-1



Bestellung:

www.besserewelt.at

wendig grenzüberschreitenden Haushaltsorganisation von Migrantinnen: Während Migrantinnen zur Reproduktion der nachfolgenden Generation in jenen Ländern, wo sie als Hausarbeiterin oder als Krankenschwester tätig sind, beitragen, sind sie gleichzeitig formell-rechtlichen Beschränkungen unterworfen, ihre eigenen Familien zusammenzuführen.

Familie oder Arbeit

Verfügt eine Migrantin über eine Aufenthaltserlaubnis für sich selbst, bedeutet das nicht, dass ihre Kinder oder nächsten Verwandten mit einreisen oder nachreisen könnten. Entsprechend gibt es für sie meist nur die Wahl zwischen gemeinsamem Familienleben oder Arbeit im Ausland ohne Familienzusam-

¹ Bettina Haidinger (2013): Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts. Münster.

² Arbeitskreis Undokumentiert Arbeiten/AK Wien (2013): Arbeiten ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte. Wien. http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/ArbeitundRecht/Arbeiten_ohne_Papiere.pdf

³ Rhacel Salazar Parreñas (2005): Children of Global Migration. Stanford.



© UGB-Verlag/Paul Sturm

Wissen Sie, woher „Ihre“ Haushälterin, Putzfrau, Raumpflegerin, Babysitterin, „Perle“ oder schlicht bezeichnet Hausarbeiterin stammt? Wissen Sie, ob sie zu versorgende Kinder hat? Wissen Sie, wie sie ihre Arztrechnungen bezahlt? Oder welche Ausbildung sie hat? Wann haben Sie ihr zum letzten Mal eine Gehaltserhöhung angeboten? Entsprechend Ihren eigenen Biennalsprüngen?

menführung: Die grenzüberschreitende Organisation ihrer Haushalte und der Kinderversorgung bleibt damit alternatlos.

Transnationale Mutterschaft

Die Abwesenheit derjenigen, die bis dato die (unbezahlte) Reproduktionsarbeit im Herkunftsland geleistet hat, führt dazu, dass sich Haushalte personell neu zusammensetzen und auch „nicht familiäre“ Mitglieder, z. B. bezahlte Hausarbeiterinnen, Teil des Haushaltsarrangements werden bzw. andere Haushaltsmitglieder wie Großeltern, Kinder oder gar Männer die Reproduktionsarbeit übernehmen. Die einen Protagonistinnen dieser Arrangements sind jene Migrantinnen, die als „wirkmächtige Abwesende“ sowohl ökonomisch als auch sozial und emotional intervenieren, obwohl sie physisch nicht anwesend sind. Man nennt dieses Phänomen transnationale Mutterschaft.⁴

Es bedeutet die Organisation von Fürsorge, die praktische und ideologische Neuordnung von Mutterschaft vor dem Hintergrund der zeitlichen und räumlichen Trennung der Mütter von ihren Kindern und der Alternativlosigkeit dieses Arrangements angesichts der Migration der Mütter. Transnationale Mutterschaft impliziert auch eine stetige Reorganisation und Planung der Versorgung des Herkunftshaushaltes. Dieses Arrangement for-

miert auch neue oder zusätzliche Bedeutungen von Mutterschaft. Die neue Rollenzuschreibung an Mütter, vor allem für das materielle Wohlergehen der Kinder zuständig zu sein, steht in Kontrast zu ihren Ansprüchen, in vielfältiger Weise zu sorgen. Aufgrund ihrer Abwesenheit können andere Rollen nicht mehr erfüllt werden: Sie alleine ist nicht mehr die vertrauensvolle Freundin, die Entscheidungsträgerin der Familie, die tröstende und körperlich nahe Bezugsperson, die unmittelbare Autorität und „Schatzmeisterin“ der Familie. Auch wenn aufgrund der kontinuierlichen Kontakthaltung zwischen Müttern und ihren Kindern durch Briefe, Telefonate und Videos, die gegenseitig geschickt werden, wichtige Informationen ausgetauscht werden und versucht wird, eine Vertrauensbasis aufrechtzuerhalten, impliziert die räumliche Distanz zwischen den Familienmitgliedern doch auch eine emotionale Distanz. Olga beschreibt ihr temporäres Ankommen in der Ukraine nach einem längeren Aufenthalt in Österreich:

„Die Kinder sind mir immer weiter entfernt. Ich spüre, dass es keine so nahe Beziehung mehr zu den Kindern gibt. Als ich in die Ukraine gekommen bin, habe ich gesehen, dass meine Mutter meine Kinder besser kennt als ich. Meine Kinder erzählen ihr alle ihre Probleme. Sie gehen mit ihren Problemen zu meiner Mutter, auch wenn ich dort bin. Aber in den ersten Tagen haben sie sich sehr gefreut. Wir haben alle geweint.“ Frauen manövrieren zwischen dem Trennungsschmerz von

ihren Kindern und ihrer Familie und der Angst, Kontrolle und Einfluss über das Leben der Kinder zu verlieren und ihren eigenen Lebensweg hintanstellen zu müssen, der sich mittlerweile durch mehrere Orte schlängelt: Wien muss kein temporärer Aufenthaltsort bleiben; auch hier gibt es einen Alltag jenseits von Putzen und Kinderbetreuung, den man trotz der Entbehrungen nicht missen will und schätzen gelernt hat.

Verbindliche Gehaltserhöhung

Der öffentliche Diskurs über das Phänomen der Arbeitsmigration von Personen mit Betreuungspflichten verhandelt meist vollkommen unzureichend die zwiespältigen, schmerzhaften, aber auch befreienden Verarbeitungsstrategien der abwesenden und gleichzeitig großen Einfluss auf Ökonomie, Haushalt, Familie und Gesellschaft nehmenden Migrantinnen.

Die Betroffenheit über das Schicksal von transnationalen Familien ist meistens groß. Besser wäre eine verbindliche Gehaltserhöhung.

Internet:

Arbeitskreis Undokumentiert Arbeiten/
AK Wien (2013): Arbeiten ohne Papiere,
aber nicht ohne Rechte:
tinyurl.com/lvtyy9g

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
haidinger@forba.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁴ Pierrette Hondagneu-Sotelo und Ernestine Avila (1997): „I'm here, but I'm there": The Meanings of Latina Transnational Motherhood. In: Gender and Society 11/1997.

Die traurige Saga von Oltchim

Das größte Chemieunternehmen Rumäniens ist durchaus wettbewerbsfähig, doch heute insolvent. Wie kam es dazu?

Silviu Mihai

Osteuropa-Korrespondent

Bukarest/Ramnicu Valcea – es ist ein sonniger Herbstmittag am Fuß der Karpaten, ein kalter Wind weht über das alte Industriegelände. Die erste Schicht verlässt die Fabrik. „Wieder haben wir acht Stunden lang die Maschinen poliert und den Staub gewischt“, lacht Andrei, einer der Mitarbeiter, der seinen Nachnamen nicht preisgeben will. Ein paar Meter weiter warten einige Busse, groß und klein. Sie fahren ins Stadtzentrum und in die benachbarten Dörfer, wo ein Teil der Belegschaft wohnt. Ein Plakat in der Haltestelle informiert, dass die gleiche Firma auch regelmäßige Fahrten nach Italien bietet. Dort arbeiten seit Jahren fast eine Million Rumäninnen und Rumänen.

Seit 2012 Zahlungsschwierigkeiten

Oltchim, das größte Chemieunternehmen in Rumänien, ist seit einem Jahr insolvent. „Bald werden wir mit diesen Bussen nicht mehr ins Werk, sondern direkt nach Rom oder Berlin fahren“, meint Andrei sarkastisch. Der gelernte Chemieoperator ist 47 und wurde hier in Ramnicu Valcea geboren. „Die Stadt bot damals, kurz vor der Wende, gute Ausbildungschancen. Die Berufsschulen arbeiteten mit dem Unternehmen zusammen. Eine Einstellung bei Oltchim galt als sicher“, erinnert er sich

Heute gilt für die rund 100.000 EinwohnerInnen der Stadt nichts mehr als sicher. Mehr als 3.300 von ihnen arbeiteten bis vor Kurzem oder arbeiten noch

in der Chemiefabrik. Bereits seit 2012 steckt das staatliche Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten. Insgesamt 800 Mio. Euro betragen die angehäuften Schulden. Hinzu kommen 200 weitere Mio., die laut EU-Vorschriften bereits in Umweltschutzanlagen hätten investiert werden müssen.

Reizthema Oltchim

Oltchim ist ein Reizthema in Rumänien. Das 1966 gegründete Unternehmen gehörte jahrelang zu den besten und bekanntesten Arbeitgebern im Lande. Seine Produkte waren bis vor Kurzem zu 80 Prozent für den Export bestimmt. Vor allem auf dem europäischen Markt galten etwa das rohe PVC-Pulver, die Natronlauge oder das **Propylenglykol** von Oltchim als sehr begehrt. Westeuropäische Unternehmen fanden dann für diese Stoffe zahlreiche Anwendungen im industriellen oder Alltagsbereich.

Doch seit den 1990er-Jahren ging es langsam bergab. Der Staat konnte fällige Investitionen und Modernisierungen nicht mehr finanzieren. „Unsere Produkte verkauften sich gut, doch die Schulden wurden immer größer“, erinnert sich Oltchim-Gewerkschaftschef Corneliu Cernev. „Der Staat tolerierte jahrelang die schlechte Zahlungsmoral seiner eigenen Unternehmen, weil die Politik wusste, dass alles andere unrealistisch wäre“, erklärt auch der Bukarester Wirtschaftsexperte Cristian Orgonas. „Meistens handelte es sich bei den angehäuften Schulden um Fälligkeiten gegenüber anderen staatlichen Unternehmen oder den Steuer- und Sozialver-

sicherungskassen. So blutete die Wirtschaftssubstanz langsam aus.“

Das Paradoxe: Oltchim könnte durchaus rentabel werden, wenn jemand die entsprechenden Investitionssummen in die Hand nehmen würde. Für die linksliberale Regierung von Premier **Victor Ponta** ist der Fall mehr als brisant. Kurz vor den Parlamentswahlen im Dezember 2012 galt es, eine Insolvenz um jeden Preis zu vermeiden. Das linke Lager hatte die Sparmaßnahmen und Stellenkürzungen, die früher von ihren wirtschaftsliberalen Gegnern durchgesetzt wurden, heftig kritisiert; Entlassungen konnte es sich nicht leisten. Ein Antrag auf die Genehmigung von Staatshilfen scheiterte am „Nein“ der EU-Kommission, die darin eine Verletzung der europäischen Wettbewerbsregeln sah.

Höchstgebot: 45 Mio. Euro

Der IWF erhöhte den Druck auf die rumänische Regierung. Es folgte eine lange Privatisierungssaga. Interessiert zeigte sich vor allem der deutsche Chemiekonzern PCC, der bereits vor ein paar Jahren ein Minderheitspaket der Aktiengesellschaft Oltchim erworben hatte. Doch dann passierte eine Überraschung: Der Fernsehmoderator Dan Diaconescu brachte sich selbst als Käufer ins Spiel. Mit 45 Mio. Euro bot er viermal so viel wie die PCC in ihren Offerten.

Der 44-jährige Journalist mit grauen Haaren und Designerschuhen ist Inhaber des Trash-Senders OTV, dem die Sendelizenz aufgrund gravierender Verstöße gegen die Regeln der Berichter-



Am Geldautomaten vor dem Eingangstor prüfen die Mitarbeiter jeden Tag, ob die seit Monaten fälligen Löhne endlich ausgezahlt wurden.

stattung mittlerweile entzogen wurde. Als Meistbieter musste Diaconescu eingeladen werden, den Kaufvertrag zu unterschreiben. Das geschah nicht, seine Anwälte beriefen sich auf formale Fehler.

Diaconescus schlechte Telenovela

Ministerpräsident Ponta sprach von der „Fortsetzung einer schlechten Telenovela“. Er und Wirtschaftsminister Daniel Chitoiu bezweifelten öffentlich, dass Diaconescu die Summe aufbringen könne. Sie erklärten den Privatisierungsanlauf für gescheitert und riefen die Staatsanwaltschaft auf, ein Verfahren wegen Betrugs einzuleiten. Doch die Justiz blieb tatenlos, während Diaconescu vor laufender Kamera seine angebliche Zahlungsfähigkeit unter Beweis stellte: Er schleppte Säcke, angeblich voller Geld, zum Wirtschaftsministerium. Was tatsächlich darin war, ist unklar. Die öffentlichkeitswirksame Aktion fand abends nach Dienstschluss statt. Beim Ministerium war nur noch der Pförtner da.

Heute steht die Regierung, aber vor allem die Belegschaft vor einem Haufen Scherben. Die Insolvenz konnte nicht mehr vermieden werden. Beinahe die Hälfte der Beschäftigten verloren seitdem ihre Arbeitsplätze – eine Änderung des Arbeitsgesetzbuchs durch die frühere wirtschaftsliberale Regierung erlaubt, während des Insolvenzverfahrens Stellen abzubauen, um Unternehmen „gesund-zuschumpfen“.

Die übrigen MitarbeiterInnen haben Angst vor einer endgültigen Schließung. Doch auch eine Übernahme des Unter-

nehmens durch ausländische Investoren wie PCC ist nicht unbedingt gerne gesehen. „Viel zu oft haben nach der Privatisierung die neuen Eigentümer nur Bruchteile der Fabriken behalten und alles andere als Altmetall verkauft“, sagt Gewerkschaftschef Cernev. „Der Investor braucht nicht nur Geld, sondern auch einen nachhaltigen Plan, der auch umgesetzt wird. Wir hoffen, dass der Staat bald eine Lösung findet und wir die Arbeit wieder aufnehmen können.“

Zeit der Populisten

Mittlerweile wächst erneut der Druck vom IWF. Erst vor Kurzem verkündete der neue Wirtschaftsminister Andrei Gerea, dass sein Haus an einem neuen Restrukturierungsplan arbeitet. Cernev befürchtet noch mehr Entlassungen.

„Wir werden nicht mehr von Bukarest regiert, sondern von der EU, vom IWF und von dieser Angela Merkel. Die wollen nicht, dass wir unsere eigene Industrie haben, sondern nur alles möglichst billig kaufen“, empört sich Ion Burcea, der 24 Jahre als Arbeiter bei der Chemiefabrik Oltchim beschäftigt war. Inzwischen fährt er in Ramnicu Valcea Taxi. Der deutschen Kanzlerin nimmt Burcea, wie auch viele andere Rumäninnen und Rumänen, die Einmischung in die Bukarester Politik und die Unterstützung für die drastischen Sparprogramme übel.

Politische Analysten warnen vor einer Eskalation und vor der Gefahr populistischer Diskurse. In der Tat: Taxifahrer Burcea hat vergangenes Jahr die Volkspartei PPDD des Fernsehmodera-

tors Diaconescu gewählt – wie knapp 15 Prozent seiner Landsleute. Die Partei wurde so zur drittstärksten Kraft im Parlament. Diaconescu ist für viele Rumäninnen und Rumänen der ersehnte Gegenspieler zu den beiden großen politischen Lagern. Vor wenigen Wochen erklärte der Moderator, dass er sich an allen geplanten Privatisierungen beteiligen will. „Wir wollen alles kaufen, um die Unternehmen vor gierigen ausländischen Investoren zu retten“, beteuert der Moderator.

„Die spinnen doch alle“

Demnächst ist Diaconescu wieder zu Besuch bei Oltchim, um mit den Mitarbeitern vor laufenden Kameras zu sprechen.

In Ramnicu Valcea ist vielen klar, dass es ihm um politisches Kapital geht. Vor dem Eingangstor der Chemiefabrik stehen vier Geldautomaten. Die ArbeiterInnen prüfen hier jeden Tag nach ihrer Schicht, ob ihr Gehalt inzwischen eingetroffen ist. Ende Oktober waren die Julilöhne endlich auf den Konten. „Die spinnen doch alle“, schimpft ein älterer Arbeiter.

Internet:

Andere Reportagen des Autors:
www.silviumihai.de

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
silviumihai@gmail.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Dann klappt's auch mit dem Nachbarn

Knapp 50 Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR) leben europäische Integration.

Marcus Strohmeier

*Internationaler Sekretär des ÖGB,
Leiter des internationalen Referats*

Tonnen von Papier werden jedes Jahr von hochbezahlten Spezialistinnen und Spezialisten zum Thema Weiterentwicklung der europäischen Integration produziert. Und dann wird darüber in den europäischen Institutionen, aber auch in den Regierungsstellen europäischer Hauptstädte nachgedacht und diskutiert.

Dabei entsteht auch die eine oder andere gute und umsetzbare Idee. Wenn es aber um die tatsächliche Realisierung konkreter europäischer Zusammenarbeit geht, dann braucht es vor allem jene, die sie tagtäglich in die Tat umsetzen, jene, die Europa schon gelebt haben, lange bevor die EU 28 Mitgliedsstaaten hatte. Das sind in diesem Fall die vielen GewerkschafterInnen, die seit Jahrzehnten über die Grenze geschaut haben, jene Menschen, die stets offen auf die Kolleginnen und Kollegen im Nachbarland, in der Nachbarregion zugegangen sind. Dafür brauchten sie auch keine theoretischen Abhandlungen: Es war und ist diesen Kolleginnen und Kollegen klar, dass die Welt nicht an einer Grenzmarkierung endet, und selbst der lange existierende Eisener Vorhang stellte im nachbarschaftlichen Dialog kein unüberwindliches Hindernis dar. Ein schöner spätherbstlicher Tag im slowenischen Ort Slovenj Gradec, die Blätter sind schon fast alle von den Bäumen gefallen und die spärlichen Sonnenstrahlen erhellen das kleine Wirtshaus. So schäbig es von außen wirkt, so schön und wohligh ist es in der Gaststu-

Interregionale Gewerkschaftsräte mit österreichischer Beteiligung		
IGR-Name	Beteiligte Länder	Gründungsjahr
Friaul-Julisch Venetien/Kärnten	Österreich, Italien	1994
Interalp	Österreich, Deutschland	1995
Zentralalpen	Österreich, Italien, Schweiz	1996
Burgenland/Westungarn	Österreich, Ungarn	1999
Kärnten/Gorenjska-Koroska	Österreich, Slowenien	2002
Bodensee	Österreich, Deutschland, Schweiz, Liechtenstein	2002
Donau-Moldau	Österreich, Tschechien	2004
Südmähren/Niederösterreich	Österreich, Tschechien	2006
Steiermark/Podravje-Pomurje	Österreich, Slowenien	2009

be. Es ist das Stammlokal der Arbeiter-schaft und wie einst, hängt noch immer wachsam blickend ein Bild von Präsident Tito über der Schank.

Hier treffen sich die slowenischen Gewerkschaftsregionalsekretäre Loize und Romana mit ihren Kollegen vom ÖGB, Heinrich und Martin, sowie dem Triester Gewerkschaftssekretär Roberto. Die Begrüßung verläuft betont freundlich, man umarmt sich und küsst, man verwendet ein paar Brocken von der Sprache des jeweils anderen und beginnt die Sitzung mit einem Espresso.

Gemeinsame Ideen und Lösungen

„Unsere Bauarbeiter haben Probleme mit ihren Kärntner und steirischen Arbeitgebern“, beginnt Kollegin Romana, „vor allem glauben wir, dass euer Kollektivvertrag nicht respektiert wird. Auch müssen immer wieder Arbeitnehmer lange auf ihre Gehälter warten. Wir ersuchen euch um Beratung für unsere Leute.“ Sofort reagiert der Kärntner Kollege: „Wir haben schon von diesen

Problemen durch unsere Baugewerkschaft gehört. In vielen Fällen könnten wir helfen, es gibt aber leider oft ein Sprachproblem“, meint Martin, um gleich mit einem konkreten Vorschlag fortzufahren: „Würdet ihr mithelfen wenn wir eine kurze Information über Grundlagen des Arbeits- und Sozialrechts sowie einen Überblick über den Kollektivvertrag für slowenische Bauarbeiter in Österreich produzieren würden?“ Romanas Antwort kommt sofort und frei von Zweifel: „Natürlich!“ In den ständig wechselnden Verhandlungssprachen Deutsch und Englisch werden an diesem Nachmittag noch viele andere Ideen und konkrete Lösungen besprochen. So wollen sich auch die italienischen Kolleginnen und Kollegen an einer solchen Broschüre beteiligen. Auch in Triest und seinem Umland steigt seit Beginn der Wirtschaftskrise in Slowenien die Zahl der Arbeitsuchenden aus dem Nachbarland. Die italienische Regionalregierung erkennt die Wichtigkeit des Interregionalen Gewerkschaftsrates (IGR) zwischen der Region Friaul-Venetien und der slowenischen Seite und unterstützt die Aktivitäten mit

Es war und ist diesen Kolleginnen und Kollegen klar, dass die Welt nicht an einer Grenzmarkierung endet, und selbst der an vielen Orten lange existierende Eiserne Vorhang stellte im nachbarschaftlichen Dialog kein unüberwindliches Hindernis dar.



jährlich immerhin 40.000 Euro. „Davon“, meint der steirische Kollege, „können wir nur träumen.“

Interregionales Handeln

Beim erwähnten Treffen in Slowenien waren drei verschiedene Interregionale Gewerkschaftsräte dabei. Neben dem italienisch-slowenischen waren es noch die IGR Steiermark/Podravje-Pomurje und Kärnten/Gorenjska-Koroska. In ganz Europa gibt es knapp 50 dieser vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) anerkannten Gremien. Geografisch finden sich die IGR vom südlichsten Rat zwischen Sizilien und Malta bis hinauf an den Polarkreis, wo die finnischen, schwedischen und norwegischen GewerkschafterInnen kooperieren. Österreich ist mit seinen neun IGR „Europameister“. Jedes Bundesland mit Ausnahme Wiens hat eine permanente grenzüberschreitende Gewerkschaftskooperation.

Wie die Arbeit in den Gremien auszu-sehen hat, ist nicht genau geregelt. Manche IGR geben sich ambitionierte Jahresarbeitsprogramme, andere treffen sich einfach fallweise. Für alle IGR gilt allerdings, dass die persönlichen Kontakte ausschlaggebend sind. Wie immer haben die zwischenmenschlichen Beziehungen starken Einfluss auf die Intensität der Zusammenarbeit auch im gewerkschaftlichen Bereich. Beim Treffen in Slowenien konnte man spüren, wie gut sich die Personen kennen, und vor allem, mit welchem Enthusiasmus sie sich neuen Herausforderungen stellen.

Szenenwechsel: Blicken wir nach Norden. Die Zusammenarbeit zwischen den tschechischen Gewerkschaften Südmäh-

rens und jenen in Niederösterreich gab es schon lange vor der Öffnung der Grenzen. Auch der Kommunismus konnte den guten Beziehungen nichts anhaben. Darauf angesprochen meint Stanislava, die Landessekretärin der Tschechisch-Mährischen Konföderation der Gewerkschaften (ČMKOS): „Auf beiden Seiten sind es vor allem Weingebiete, die den Regionen einen Stempel aufgedrückt haben. Und es ist ja auch kein Geheimnis, dass der Wein einen sehr verbindenden Charakter hat.“

So einfach ist es natürlich nicht. Hinter den engen Kooperationen stecken viel Arbeit und zahlreiche EU-geförderte Projekte, die Niederösterreich und Südmähren in den letzten zehn bis zwölf Jahren einander noch näher gebracht haben. Da gab es große Kooperationsvorhaben unter bezeichnenden Namen wie „Gemeinsam erweitern“ (vor dem EU-Beitritt Tschechiens), „Grenzraum aktiv“ oder „Zukunftsraum Wien-Niederösterreich-Südmähren“. Dabei wurden unzählige Seminare, Konferenzen, Betriebsbesuche, Branchentreffen, Sprachkurse, Lehrlingswettbewerbe und nicht zuletzt eine sehr effektive Rechtsberatung in tschechischer Sprache durchgeführt. Gerade die rechtliche Hilfeleistung für tschechische ArbeitnehmerInnen in ihrer Muttersprache hatte sich bewährt. Nachdem keine Fördergelder mehr zur Verfügung standen, musste sie allerdings nach fünf Jahren eingestellt werden. In diesem Zeitraum konnte mindestens 6.000 Tschechinnen und Tschechen geholfen werden. Sei es, um ihre Rechtsansprüche in Österreich geltend zu machen oder sie einfach nur vor Arbeitsantritt in Österreich über die bestehende Rechtssituation zu informieren.

Hunderte Menschen konnten aus der Schwarzarbeit herausgeführt werden und ebenso viele falsche Kollektivvertrags-einstufungen wurden – nach Urgenz durch den ÖGB – korrigiert. Angesprochen auf die Frage, wie es ohne EU-Förderungen weitergehen soll, zeichnet der niederösterreichische Gewerkschaftssekretär Norbert ein dennoch optimistisches Bild: „Wir werden auf keinen Fall die Zusammenarbeit über die Grenze abbrechen. Zu viel steht für beide Seiten auf dem Spiel. Die Region ist schon längst zu einer gemeinsamen geworden, denn der Raum zwischen Brünn und Wien kennt heute keine Hindernisse mehr. Wir geben daher nicht auf und planen für 2015 wieder ein gemeinsames Projekt.“

Positive Stimmung

Die durchwegs positive Stimmung herrscht in den meisten IGR vor. Während man in Brüssel oft ratlos über Europas Zukunft diskutiert, pessimistisch vom Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten und nationaler Unterschiede philosophiert, sind die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in unseren Grenzregionen in ihrem Handeln ganz zielbewusst. Sie müssen „ihr“ Europa nicht erst suchen, es liegt nämlich vor ihrer Haustür. Für sie gibt es schon längst keine Grenzen mehr und nur ein, nämlich unser gemeinsames, Europa.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
marcus.strohmeier@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ankunft in Europa?

Für viele Länder, die seit 2004 der EU beigetreten sind, bedeutete die Mitgliedschaft die Rückkehr nach Europa. Mit auf dieser Reise waren falsche Hoffnungen.

Irene Steindl, Alexander Franz

Freie Redakteurin, Freier Redakteur

Als 2004 zehn mittel- und osteuropäische Länder der Europäischen Union beigetreten sind, wollten die meisten davon vor allem eines: als moderne, westeuropäische Demokratie mit Marktwirtschaft wahrgenommen werden“, erzählt Peter Havlik vom **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche** (wiiw). Im Mai 2014, zehn Jahre nach der großen Erweiterungsrunde, ist dies zum Teil gelungen. Vollständig erreicht ist das Ziel jedoch nicht. Der Weg dorthin ist von enttäuschten Erwartungen und falschen Hoffnungen geprägt. Gegangen werden muss er trotzdem, sind Expertinnen und Experten überzeugt.

Steiniger Weg durch die Krise

„Bis 2008 waren die Entwicklungen in den Ländern der großen Osterweiterung eigentlich sehr positiv“, erinnert sich Wirtschaftsexperte Havlik. Das Wirtschaftswachstum war hoch und auch die Arbeitslosigkeit ist in den Jahren davor gesunken. Die Finanzkrise 2008 bedeutete einen herben Rückschlag für alle Länder Europas, besonders aber für die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL). Die Krise hat die positiven Entwicklungen der Jahre zuvor in diesen Ländern stark überschattet. Viele ausländische Banken, die in den MOEL tätig sind, haben während der Krise ihr Geld zurückgezogen. Das hat sich unmittelbar auf die Finanzierung von In-

vestitionen und Projekten ausgewirkt und die Krise zusätzlich verschärft. Seit 2008 sind die jüngsten EU-Länder wirtschaftlich kaum an den europäischen Durchschnitt herangekommen. Auch in den kommenden Jahren sind laut dem Wirtschaftsinstitut wiiw keine großen Sprünge zu erwarten. Einzig das Wirtschaftswunder Polen hat während der Krise keine negativen Wachstumsraten verzeichnet.

Musterschüler Polen

„Dass Polen trotz europaweiter Wirtschaftskrise einen Aufschwung erlebt, ist nicht zuletzt der politisch klügeren Reaktion auf die Krise zu verdanken“, so Havlik. Als Polen 2004 der EU beigetreten ist, befürchteten viele Bauern, sich gegenüber der industrialisierten Landwirtschaft des Westens nicht behaupten zu können. Heute ist Polens Landwirtschaft beispielhaft für den Erfolg einer EU-Mitgliedschaft. Dank Strukturförderungen aus den EU-Fördertöpfen stehen hochmoderne Fabriken im Land, zahlreiche Jobs wurden geschaffen. Ähnlich positiv sind die Entwicklungen in Industrie und Gewerbe. Seit dem EU-Beitritt sind das Einkommen der Bauern und die Kaufkraft der Bevölkerung um rund 50 Prozent gestiegen.

Dass sich gerade das stark agrarisch geprägte Polen zum Musterschüler entwickeln würde, hätte vor der Erweiterungsrunde kaum jemand für möglich gehalten. Polen hat rasch gelernt, sich die neuen Strukturen der EU eigen zu machen. Es schöpft einen großen Teil der ihm zur Verfügung stehenden EU-

INFO & NEWS

In der fünften und bisher größten Erweiterungsrunde im Jahr 2004 sind die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der Europäischen Union beigetreten. 2007 kamen Bulgarien und Rumänien hinzu. Als jüngstes Mitgliedsland ist Kroatien seit 2013 bei der EU.

Fördergelder ab, während die meisten anderen mittel- und osteuropäischen Länder nur rund 50 Prozent der Fördertöpfe leeren. Rumänien und Bulgarien sogar nur 20 bis 30 Prozent.

Ausbau der Infrastrukturen

Ein beachtlicher Teil des Budgets für die MOEL bleibt unangetastet in Brüssel liegen. „Diese sogenannte Absorptionsfähigkeit ist ein echtes Problem. Man muss sich auskennen in diesem ganzen Förderdschungel, und da haben die neuen EU-Mitgliedsländer in der Regel sehr große Schwierigkeiten“, berichtet Havlik. Dennoch haben laut dem Wirtschaftsexperten alle EU-Mitgliedsstaaten sehr von den EU-Transferleistungen profitiert: „Wer durch die mittel- und osteuropäischen Länder fährt, kann mit freiem Auge sehen, was sich verändert hat.“ Es wurden Straßen renoviert, neue Verkehrswege erschlossen, Schulen und Kläranlagen gebaut, Eisenbahnen modernisiert und Umweltschutzmaßnahmen ergriffen. Allein nach Ungarn sind zwischen 2007 und 2013 mehr als 25 Mrd. Euro an EU-Fördergeldern



Dank Strukturförderungen aus den EU-Fördertöpfen stehen hochmoderne Fabriken im Land, zahlreiche Jobs wurden geschaffen. Ähnlich positiv sind die Entwicklungen in Industrie und Gewerbe. Seit dem EU-Beitritt sind das Einkommen der Bauern und die Kaufkraft der Bevölkerung um rund 50 Prozent gestiegen.

geflossen, vor allem in den Ausbau der Infrastruktur. Havlik ist überzeugt: „Ohne EU-Mitgliedschaft wären diese Investitionen ausgeblieben. Die Wirtschaft hat sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas dank Europäischer Union umstrukturiert und modernisiert. Heute werden viel mehr elektrotechnische Waren und Maschinen exportiert als noch vor zehn, 15 Jahren.“

Viel Hoffnung, viel Illusion

In Ländern wie Ungarn oder Slowenien hätten hingegen schwere Fehler in der eigenen Wirtschaftspolitik zur Verschärfung der Krise beigetragen. Die ungarische Bevölkerung hatte vor dem EU-Beitritt hohe Erwartungen an die EU-Mitgliedschaft, wie auch die anderen mittel- und osteuropäischen Länder. „Nach der Wende in den 1990er-Jahren war die EU so etwas wie ein ‚point of reference‘, ein Referenzpunkt, der vieles zum Guten wendet: besseres Einkommen, moderne Wirtschaft und mehr Lebensqualität“, erinnert sich Karoly György, Internationaler Sekretär des Dachverbands der Ungarischen Gewerkschaften MSZOSZ. Heute hingegen sind die Staatsschulden gestiegen, ausländische Unternehmen ziehen Gewinne ab und im Land grassiert Korruption. „Dass es nach zehn Jahren EU-Mitgliedschaft in Ungarn nicht rosiger ist, hat nichts mit der EU zu tun. Das liegt an der eigenen Politik“, ist György überzeugt. Die Beschäftigungspolitik in Ungarn sei zum Beispiel ein seit Langem bekanntes, strukturelles Problem. Dass die Bevölkerung unzufrieden ist, liegt

auf der Hand. Wie in anderen jüngeren EU-Ländern fehlt es an Kaufkraft und Inlandsnachfrage.

Bei einem durchschnittlichen Gehalt in Ungarn von 750 Euro und Preisen auf dem Niveau des EU-Durchschnitts kann von Anpassung an den westeuropäischen Lebensstandard keine Rede sein. Konsequenz dieser Entwicklungen: Viele Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sind von der EU-Integration enttäuscht. Sie haben sich mehr erwartet. Zu viel, wie Havlik meint. Die Hoffnung, in wenigen Jahren nach dem Beitritt so wie in Deutschland oder Schweden zu leben, sei von Beginn an eine Illusion gewesen. Seit der Krise ist der Aufholprozess der MOEL ins Stocken geraten. Bis Ungarn oder Tschechien auf dem Niveau von Österreich sind, dauere es laut Havlik mindestens zehn Jahre, wenn nicht länger.

Die Zukunft heißt Europa

Europa wächst in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situationen der EU-Mitgliedsländer unterscheiden sich so sehr wie ihr Nutzen von der EU-Mitgliedschaft. Ihre Gemeinsamkeit besteht zu einem großen Teil in einer hoffnungsreichen Europa-Euphorie vor dem EU-Beitritt. Dass bei der „Rückkehr nach Europa“ auch der eigene Rucksack selbst getragen werden muss und immer wieder unerwartete Hürden am Weg auftauchen, missfällt vielen Ländern. Dennoch warnen Experten wie Havlik oder György vor Rückschritten. Den Weg

nach Europa weiterzugehen, daran führe nichts vorbei. Gerade in Zeiten, in denen extremistische und rechtspopulistische Parteien in verschiedenen europäischen Ländern verstärkt auftreten, braucht es laut Havlik die Europäische Union, um diese Bewegungen im Zaum zu halten. Denn die EU ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft.

Ein Demokratieprojekt

„Für die mittel- und osteuropäischen Länder ist die Europäische Union vor allem ein Demokratieprojekt“, betont der ungarische Gewerkschafter Karoly György. Es gäbe zwar ein Leben außerhalb von Europa. Dieses wäre aber ein Leben geprägt von Isolation, Verarmung und noch höherer Arbeitslosigkeit, ist György überzeugt. Trotz vieler Probleme im eigenen Land steht er der Europäischen Union positiv gegenüber: „Unsere Zukunft ist in der Europäischen Gemeinschaft, nicht nur wirtschaftlich, auch sozial, kulturell und demokratiepolitisch. Ungarn kommt nun zurück, wo es eigentlich schon immer war. Hier ist unser Platz.“

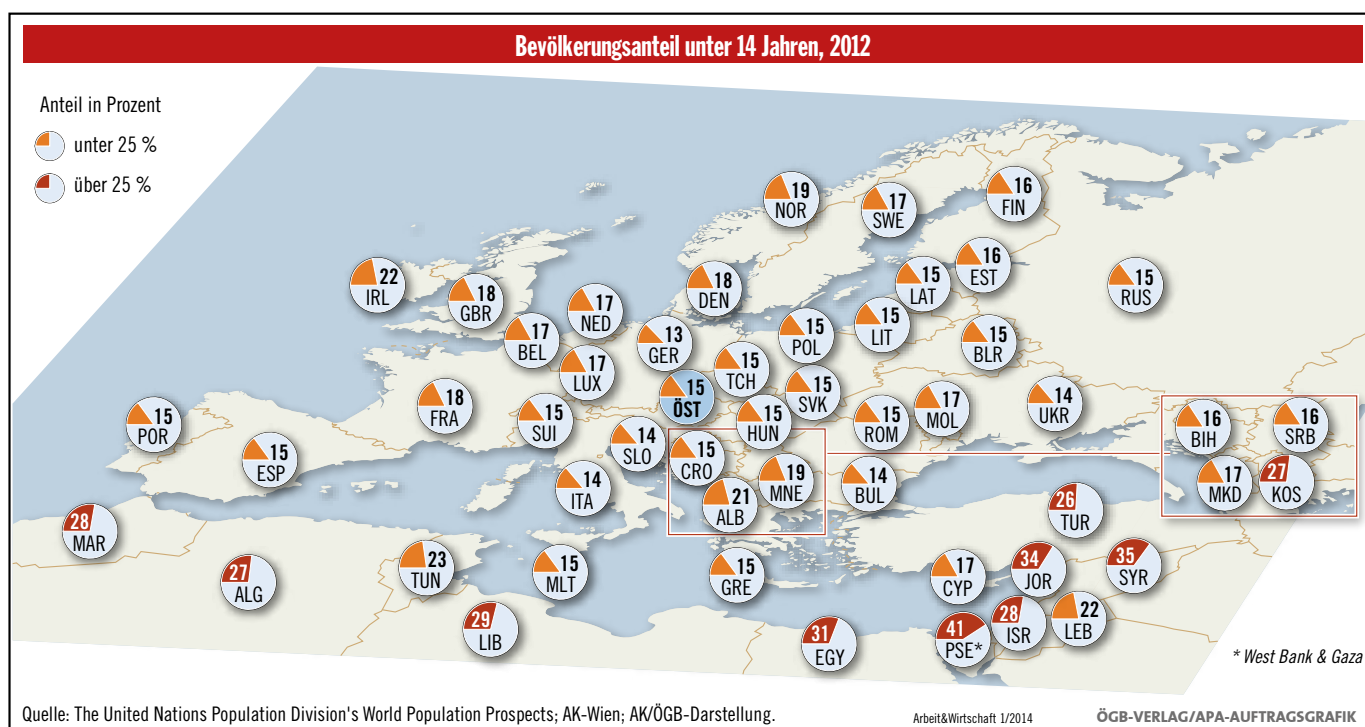
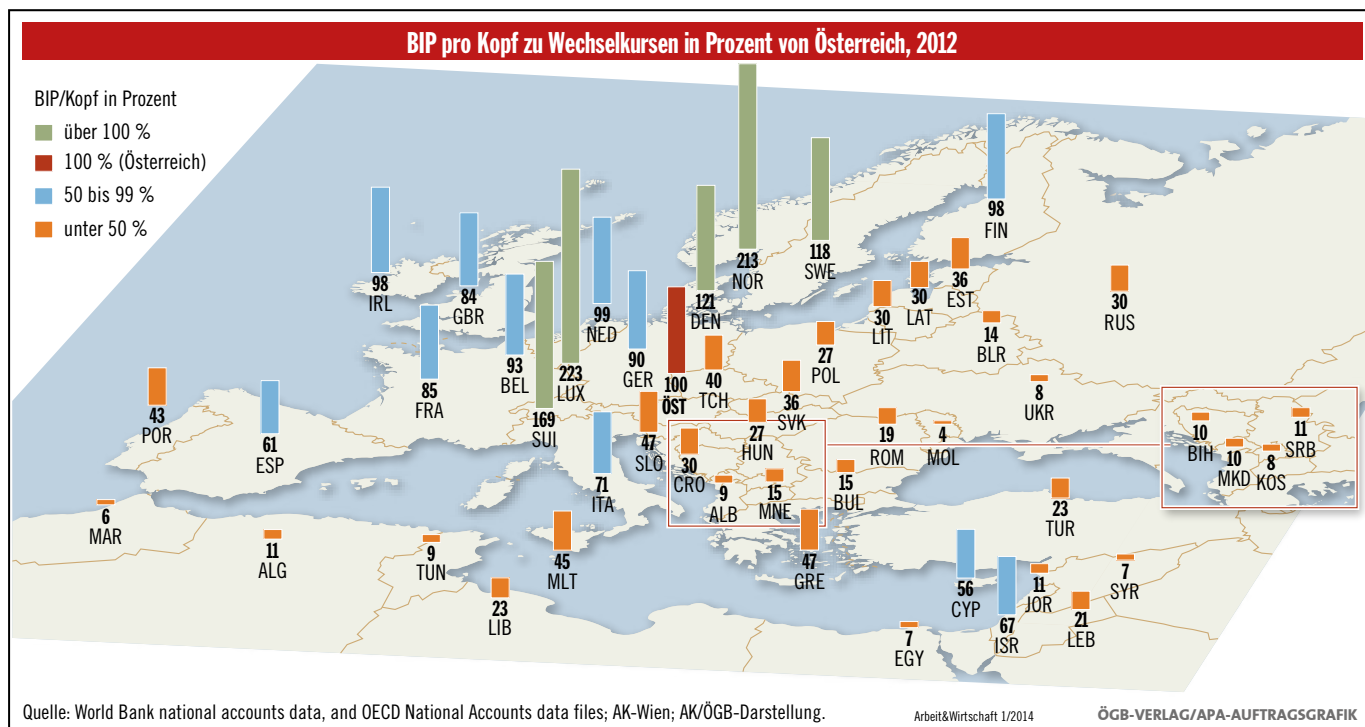
Internet:

Wiener Institut für Internationale
Wirtschaftsvergleiche:
www.wiiv.ac.at

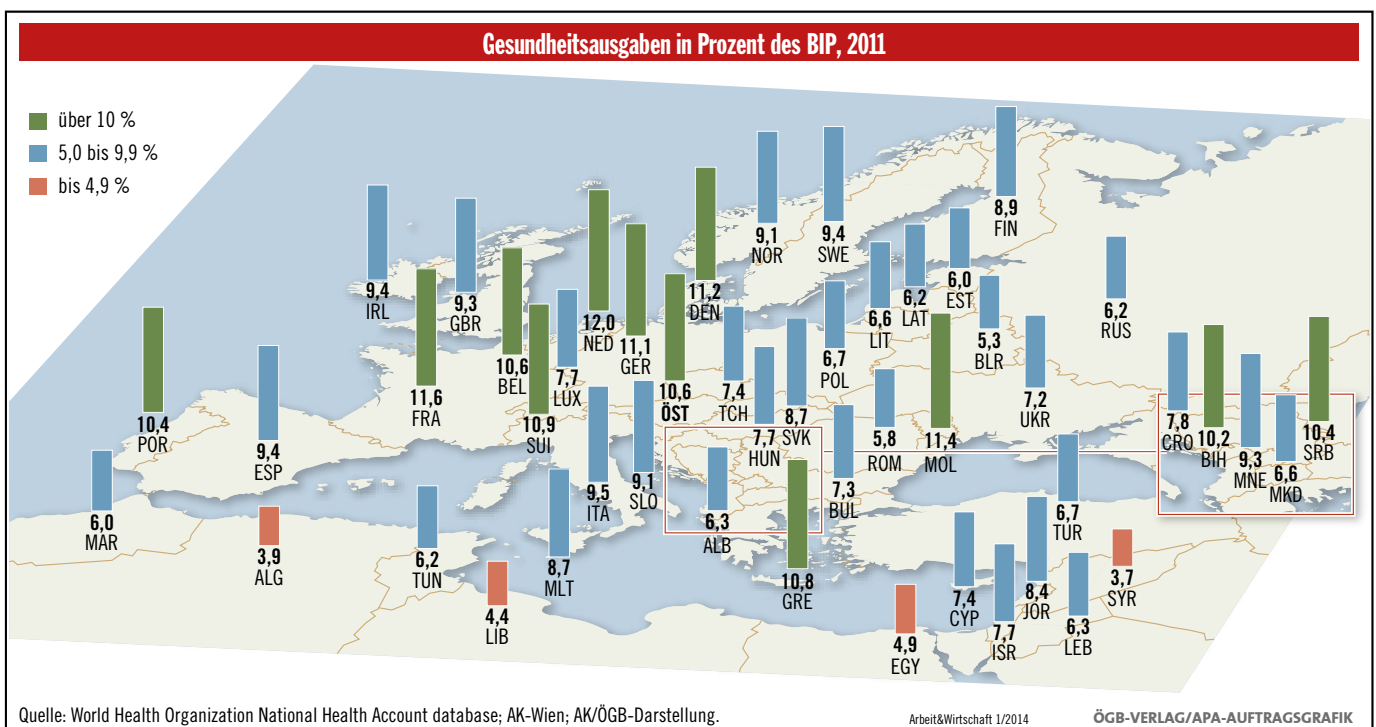
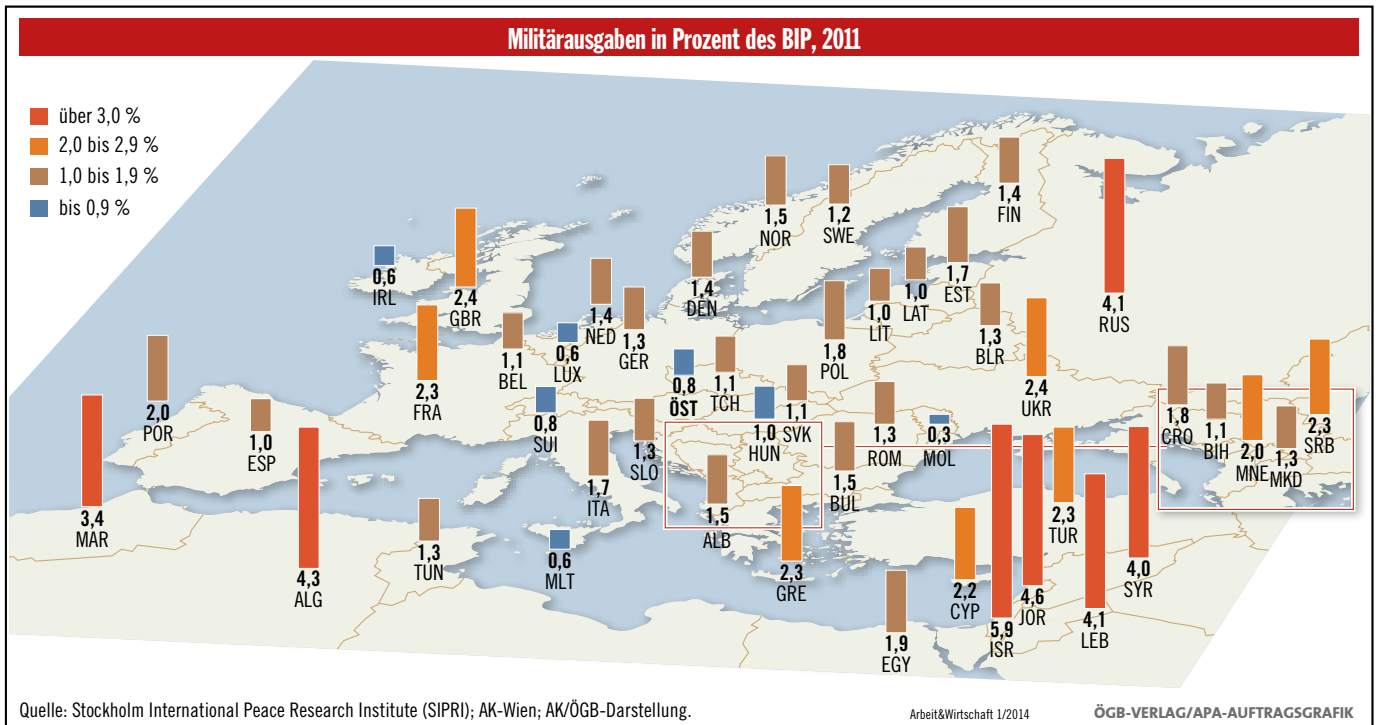
Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
steindlirene@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

Die EU-Nachbarstaaten sowie die Mittelmeerranrainerstaaten haben ein geringeres Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf. Sie sind also im Durchschnitt ärmer als Zentral-



europa. Der Anteil an unter 25-Jährigen an der Bevölkerung ist höher; sie sind also auch im Mittel jünger. Vor allem im Nahen Osten geben die Länder gemessen an der Wirtschaftsleistung deutlich mehr fürs Militär aus, wobei aber auch in der EU die Unterschiede beträchtlich sind. Und die meisten der EU-Nachbarstaaten geben ebenfalls gemessen an der schon geringeren Wirtschaftsleistung weniger für Gesundheit aus.



Bitte warten!

Es wird langsam eng im Wartezimmer der EU, doch bis sich für die Kandidaten die Tür nach Brüssel öffnet, werden noch einige Jahre vergehen.

Maja Nizamov

Freie Journalistin

Seit der Gründung der Europäischen Union im Jahr 1957 kamen 22 Staaten zu den Gründungsmitgliedern Frankreich, Italien, Deutschland, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden hinzu. Jeder europäische Staat kann eine Mitgliedschaft in der Union beantragen – unter der Voraussetzung, dass Grundsätze der Freiheit und Demokratie, die Menschenrechte sowie die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden.

Kriterien von Kopenhagen

Wird ein Beitrittsgesuch eingereicht, setzt dies eine Reihe von EU-Beurteilungsverfahren im Gang. Dabei richten die Verfahren sich nach den sogenannten Kriterien von Kopenhagen: Festgelegte politische und wirtschaftliche Voraussetzungen sowie das Acquis-Kriterium – die Fähigkeit, aus der Mitgliedschaft entstehende Verpflichtungen zu übernehmen und die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion anzunehmen – müssen erfüllt werden. Außerdem muss die EU in der Lage sein, ein zusätzliches Mitglied aufzunehmen. Erst dann erhält das ansuchende Land einen Kandidatenstatus und kann mit den Beitrittsverhandlungen beginnen. Im Zuge dessen müssen die Kandidaten die Rechtsvorschriften der EU in nationales Recht umsetzen. Die letzte Hürde stellt die Unterzeichnung des sogenannten Beitrittsvertrages von allen gegenwärtigen EU-Mitgliedsstaaten sowie durch das Kandidatenland dar, unter der Voraussetzung,

dass dieser Vertrag im Vorfeld vom EU-Parlament formal gebilligt wurde. Derzeit haben acht Länder den Status eines Beitrittskandidaten oder potenziellen Kandidaten mit Aussicht auf EU-Mitgliedschaft. Wie sieht jedoch aktuell der Status quo im Wartezimmer der EU aus?

Warten und warten lassen

In Island sind die Beitrittsverhandlungen momentan sprichwörtlich auf Eis gelegt. Grund dafür ist die im Mai 2013 neu gewählte Mitte-rechts-Regierung, die die Bevölkerung über einen EU-Beitritt abstimmen lassen möchte. Erst nach einem positiven Referendum sollen die seit 2009 laufenden Beitrittsgespräche wieder aufgenommen werden. Der nördlichste Staat Europas ist ein gebranntes Kind der Finanzkrise 2008, die die Wirtschaft des isländischen Staatshaushalt ins Wanken geraten ließ. Mehrere Banken wurden durch Verstaatlichungen vor einem Kollaps gerettet.

Obwohl die sozialdemokratische Regierung unter Jóhanna Sigurðardóttir durch eine erfolgreiche Wirtschaftssanierung und Stabilisierung des Staatshaushaltes Island wieder auf EU-Kurs bringen konnte, wandte sich der Großteil der öffentlichen Meinung gegen die EU. Sogar ein Beitritt zur Eurozone erscheint den Isländerinnen und Isländern laut aktuellen Umfragen immer weniger attraktiv. Die zusätzliche Furcht der InselbewohnerInnen vor dem Einziehen großer EU-Fangflotten in Islands Gewässer erscheint angesichts der wachsenden Skepsis fast noch als Randbemerkung.

BUCHTIPP

Ulrich Brasche:

Europäische Integration

Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte

Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2013, 591 Seiten, € 30,70
ISBN: 978-3-486-71657-3



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ein baldiger EU-Beitritt ist daher nicht absehbar.

Warten auf Erdoğan

Die Türkei ist das Sorgenkind des tschechischen EU-Erweiterungskommissars Štefan Füle – das Land am Bosphorus sitzt seit seinem Beitrittsantrag am 1. April 1987 im EU-Wartezimmer, obwohl es bereits seit 1999 den Kandidatenstatus innehat. Dass die Verhandlungen immer wieder ins Stocken geraten oder teilweise gar zum Erliegen kommen, liegt am permanenten Widerstand der Türkei, das Zusatzprotokoll von Ankara zu ratifizieren, das für den Abschluss derzeit offener Verhandlungskapitel von wesentlicher Bedeutung ist. Das Zusatzprotokoll regelt die Erweiterung der Zollunion mit der Türkei auf die im Mai 2004 beigetretenen neuen EU-Mitglieder, darunter auch Zypern. Die Türkei, die seit 1974 den nördlichen Teil der Insel besetzt hält, weigert sich, Zypern als Staat anzuerkennen. Die Ratifizierung des Zusatzabkommens würde

Nicht nur Albanien, sondern alle – potenziellen – EU-Anwärter haben noch einen langen Weg vor sich. Jedes Land hat stark zu kämpfen – hauptsächlich mit sich selbst. Das EU-Wartezimmer wird daher noch einige Jahre besetzt sein.



einer Anerkennung Zyperns gleichkommen, und die derzeitige Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan scheint diese Haltung vorläufig nicht zu ändern – auch wenn Erdoğan in letzter Zeit deutlich mildere Töne in der Zypern-Problematik anschlägt. Zudem verliert die Türkei momentan in puncto Demokratie und Rechtsstaat zunehmend an Glaubwürdigkeit. „Die Türkei ist ein wichtiger Partner für die EU, auch wenn sie derzeit weit von der Beitrittsreife entfernt ist“, sagt Oliver Röpke vom ÖGB-Europabüro in Brüssel. „Ein Beitritt würde aber auf absehbare Zeit auch die Aufnahmefähigkeit der EU sprengen. Dazu kommen massive Verletzungen von grundlegenden Gewerkschaftsrechten, die für die europäischen Gewerkschaften völlig inakzeptabel sind. Leider wurden in den letzten Jahren aber auch in einigen EU-Mitgliedsstaaten grundlegende soziale Rechte der ArbeitnehmerInnen verletzt. Die europäische Grundrechtecharta muss in jedem Land der Maßstab sein, an dem es gemessen wird, egal ob EU-Mitglied oder nicht.“

Vom ehemaligen Jugoslawien in die EU

Slowenien und Kroatien sind bereits Mitglieder – nun drängen auch die restlichen Staaten des ehemaligen Jugoslawien in die EU: Montenegro, Mazedonien und Serbien. Während Montenegro bereits 2010 Kandidatenstatus erlangte und die Verhandlungen seit 2012 im Gange sind, muss Mazedonien vorerst noch den seit 20 Jahren schwelenden Namenskonflikt mit Griechenland lösen. Athen ist es nach wie vor ein Dorn im Auge, dass Mazedonien einen ähnlichen Namen wie die nörd-

liche griechische Provinz Makedonien beansprucht, und es blockiert daher eine Aufnahme der Beitrittsverhandlungen.

Für Serbien hingegen fiel Ende Jänner 2014 der Startschuss für die Beitrittsverhandlungen. Der serbische Premier **Ivica Dačić** hofft, dass sein Land im Jahr 2020 der EU beitreten kann. Laut EU-Kommission ist der Staat jedoch noch weit davon entfernt, die EU-Standards in puncto Rechtsstaatlichkeit sowie Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen zu erfüllen. Denn Politik und organisierte Kriminalität sind weiterhin miteinander verflochten, der Kampf gegen die Korruption geht schleppend voran. Die wichtigste Bedingung der EU ist jedoch die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo, der von den Serben nach wie vor nicht offiziell anerkannt wird.

Bosnien-Herzegowina und der Kosovo haben hingegen noch keine Mitgliedschaft beantragt. Während es in Bosnien und Herzegowina noch keine einheitliche Linie der Regierung zur EU-Politik gibt, hat der Kosovo mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen: Er wird von Griechenland, Rumänien, der Slowakei, Spanien und Zypern noch nicht als eigener Staat anerkannt und muss zunächst diese Hürde überstehen, bis ein Beitrittsantrag eingereicht werden kann.

Albanien beantragte 2009 die Mitgliedschaft. Trotz Empfehlung der EU-Kommission im Oktober 2012, Albanien den Kandidatenstatus zu gewähren und die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, muss Albanien aufgrund des Widerstands einiger EU-Länder in Wartezeit verharren. Die EU lobte zwar

die Fortschritte bei der Reformierung der Justiz und der öffentlichen Verwaltung, fordert allerdings verschärfte Vorgehensweisen gegen Korruption und organisierte Kriminalität.

Soziales Europa in weiter Ferne

Nicht nur Albanien, sondern alle – potenziellen – EU-Anwärter haben noch einen langen Weg vor sich. Jedes Land hat stark zu kämpfen – hauptsächlich mit sich selbst. Das EU-Wartezimmer wird daher noch einige Jahre besetzt sein. Aber auch die Union wäre durchaus gut beraten, die Erweiterungsprozesse zu entschleunigen. „Die EU befindet sich nicht nur wirtschaftlich und sozial in einer tiefen Krise, sondern auch politisch“, sagt Röpke. „Das Niveau der sozialen Standards und Löhne ist innerhalb der EU extrem unterschiedlich. Deshalb wird es immer schwieriger, in der EU hohe soziale Mindeststandards zu vereinbaren, die für alle ArbeitnehmerInnen einen Fortschritt bedeuten. Die rasche Aufnahme neuer Kandidaten würde bei den derzeitigen Strukturen noch mehr Stillstand bedeuten, das soziale Europa rückt in immer weitere Ferne.“

Internet:

Homepage der EU-Kommission zur EU-Erweiterung:
ec.europa.eu/enlargement

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gedanken im Gedenkjahr

Das Versprechen von Thessaloniki böte den Westbalkanstaaten nach turbulenten 100 Jahren die Chance zur friedlichen Integration.

Mario Holzner

Deputy Director, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Das Gedenkjahr 1914 überschattet die Tatsache, dass für die Bevölkerung der Balkanhalbinsel der Krieg schon zwei Jahre früher begann. Die erfolgreiche **albanische Revolte von 1912** zeigte die Schwächen des **Osmanischen Reiches**; gegen Ende des selben Jahres begannen die jungen Nationalstaaten Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland sich im **Ersten Balkankrieg** die Reste der türkischen Herrschaft in Südosteuropa anzueignen. Im darauf folgenden **Zweiten Balkankrieg**, im Sommer 1913, stritten sich die Sieger um das erbeutete Mazedonien. Während man im Frühsommer 1914 angeblich in Wien schöne Tage erleben konnte, braute sich in Bosnien und Herzegowina, welches 1908 von Österreich-Ungarn annektiert worden war, jenes Gewitter zusammen, das sich am Veitstag im Attentat von Sarajevo entlud und zum Auslöser des Ersten Weltkrieges wurde.

Titos „Brüderlichkeit und Einheit“

Auf eine Periode der autoritären Integration der Westbalkanländer in das Königreich Jugoslawien folgten blutige Abrechnungen während des Zweiten Weltkrieges mit Vernichtungslagern und Todesmärschen. Nach einem weiteren Versuch, die Staaten am Westbalkan in Titos zweitem Jugoslawien unter der Devise „Brüderlichkeit und Einheit“ zusammenzuführen, kam es nach dem Tode des Diktators zu einer Reihe bewaff-

netter Konflikte im Ungeist der „ethnischen Säuberung“, die sich über die gesamten 1990er-Jahre bis hin zum vergleichsweise harmlosen albanischen Aufstand in Mazedonien 2001 zogen. Das sogenannte „Versprechen von Thessaloniki“ vom Europäischen Gipfeltreffen im Sommer 2003 eröffnete den Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union. Es wäre das erste Mal, dass sich diesen Ländern eine friedliche Form der Integration anböte.

Eine der ärmsten Gegenden Europas

Die von der Natur mit viel karger Schönheit versehene, gebirgige Balkanhalbinsel gehört seit jeher zu den ärmsten Gegenden Europas. Die oft steinigen Böden lassen eine effizient geführte Landwirtschaft nur bedingt zu und müssen dennoch breiten Bevölkerungsschichten zur Subsistenzwirtschaft reichen. Weite Landstriche sind noch immer von moderner Transportinfrastruktur und leistungsstarken Energienetzen abgeschnitten und konnten auch deshalb kaum verarbeitende Industrie anziehen; falls überhaupt, existieren meist nur Rohstoffindustrie und Lohnarbeit. Ansätze zur breitgefächerten Industrialisierung sind bislang immer an der Abhängigkeit von ausländischem Kapital gescheitert.

Historische Daten zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten zeigen, dass im Vergleich zum materiellen Wohlstandsniveau in Deutschland, das auch für diese Region als technologie- und produktivitätsfüh-

rend angenommen werden darf, letztendlich kaum ein nennenswertes wirtschaftliches Aufholen der Westbalkanländer über sechs Jahrzehnte hinweg festzustellen war. Zu Beginn der 1950er-Jahre lagen die Westbalkanländer in einer Spanne von 15 Prozent (Kosovo) bis 30 Prozent (Mazedonien) des deutschen BIP pro Kopf.

In den 1960er- und 1970er-Jahren brachte eine Phase der zunehmend auslandsfinanzierten Industrialisierung einen Aufholprozess. Ende der 1970er-Jahre hatten Mazedonien und Serbien fast die Hälfte des deutschen Wohlstandsniveaus erreicht und auch Montenegro und Bosnien und Herzegowina immerhin ein Drittel. Die zweite Ölkrise 1979 brachte durch einen starken Anstieg der Zinssätze den Aufholprozess schließlich zum Erliegen.

Die Jugoslawienkriege in den 1990ern

Das Folgejahrzehnt bedeutete für alle Länder des Westbalkans eine Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs mit radikalen politischen Folgen, die in eine allgemeine Desintegration am Anfang der 1990er-Jahre mündeten. Das Wohlstandsniveau fiel im Zuge der Jugoslawienkriege auf fünf Prozent (Bosnien und Herzegowina) bis 25 Prozent (Mazedonien) von jenem Deutschlands. Ein neuerlicher, von ausländischen Direktinvestitionen und Krediten finanzierter Aufschwung in den 2000er-Jahren führte die Westbalkanstaaten zuletzt auf ein BIP pro Kopf im Bereich von einem Viertel (Kosovo) bis zu einem Drittel (Serbien) des deutschen Niveaus. Der Trend ist aller-



Wie für so viele Länder der europäischen Peripherie, deren Produktion zu gering ist, um mit eigenen Güterexporten die benötigten Güterimporte zu erwirtschaften, sind auch für die Westbalkanländer GastarbeiterInnen einer der wichtigsten Ausfuhrartikel.



dings seit Ausbruch der jüngsten Weltwirtschaftskrise wieder negativ.

Wie für so viele Länder der europäischen Peripherie, deren Produktion zu gering ist, um mit eigenen Güterexporten die benötigten Güterimporte zu erwirtschaften, sind auch für die Westbalkanländer GastarbeiterInnen einer der wichtigsten Ausfuhrartikel. Die schon seit Jahrzehnten traditionelle Arbeitsmigration speist sich aus dem gewaltigen Heer der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Die Arbeitslosenrate liegt zurzeit bei etwa 15 Prozent (Albanien) bis 30 Prozent (Mazedonien), der Anteil der selbstständig Beschäftigten bewegt sich zwischen rund 20 Prozent (Montenegro) und 60 Prozent (Albanien). Der Anteil der Gastarbeiterüberweisungen am BIP ist enorm, zuletzt erreichte er von vier Prozent in Mazedonien bis zu 16 Prozent im Kosovo.

Die Anwerbeabkommen der 1960er

Spätestens seit den Unterzeichnungen von Anwerbeabkommen zwischen Jugoslawien und Österreich (1966) sowie Jugoslawien und Deutschland (1968) erstreckt sich der Arbeitsmarkt für die Menschen der Region über ganz Mitteleuropa und darüber hinaus. Die Möglichkeit der Migration bleibt ein wichtiges Überlaufventil, welches auch erklärt, warum es bei so hohen Arbeitslosenraten zu keinerlei größeren sozialen Auseinandersetzungen kommt. Sicher sind die Menschen auch der Konflikte müde, die in der Vergangenheit einen überwiegend nationalistischen Anstrich hatten. Das Vertrauen in die eigenen Regierungen ist in der ganzen

Region gering. Die Hoffnungen ruhen in vielerlei Hinsicht auf der EU, die laut Eurobarometer-Umfragen ein weitaus höheres Vertrauen in der Region genießt.

Am Weg nach Europa

Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die EU als institutioneller Anker dient: Jene Westbalkanstaaten, deren Fortschritt im Integrationsprozess am weitesten gediehen ist, haben in der Regel auch bessere Institutionen. So belegen beispielsweise Mazedonien und Montenegro beim Korruptionsindex von **Transparency International** im Vergleich zu den anderen Westbalkanstaaten bessere Plätze. Mazedonien war das erste Land der Region, welches 2005 den offiziellen EU-Kandidatenstatus erlangt hatte. Aufgrund des Streites mit Griechenland um den Namen Mazedonien haben die Beitrittsverhandlungen mit der EU aber bislang nicht beginnen können. Gestartet haben diese für Montenegro als erstes Westbalkanland im Jahre 2012. Noch ist das Erreichen westlicher Standards auch in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit und Mitspracherechte der BürgerInnen ein fernes Ziel. Nichtsdestoweniger sind in allen Ländern in den letzten Jahren wichtige Verbesserungen geschehen, welche ohne den Gruppenzwang des Beitrittsprozesses wohl kaum zustande gekommen wären.

Zum anderen hoffen die Menschen am Westbalkan auf Unterstützung aus den Förderfonds der europäischen Regionalpolitik. Diese sollten unter anderem helfen, die Infrastruktur zu verbessern und an die transeuropäischen

Netze anzubinden, um damit eine Industrialisierung breiter Wirtschaftsbereiche wahrscheinlicher zu machen. Eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere der verarbeitenden Industrie, ist notwendig, um die Länder sowohl von den sprunghaften Entwicklungen auf den internationalen Kapitalmärkten als auch von den beständigeren Gastarbeiterüberweisungen unabhängiger zu machen. Selbst wenn die Unterstützungen es nicht schaffen sollten, die Leistungsbilanzen der Westbalkanstaaten dauerhaft zu verbessern, können die Fördermittel auch als Kompensation für die uneingeschränkte Öffnung der lokalen Märkte für die Produkte aus dem hochindustrialisierten Kern der EU angesehen werden.

Eine faire Chance

Aus Eigeninteresse wie auch in Anbetracht der historischen Tragweite sollte, entgegen der aktuellen Erweiterungsmüdigkeit, das Versprechen von Thessaloniki durch die EU erneuert und den Westbalkanländern eine faire Chance zur Mitgliedschaft in der EU geboten werden.

Internet:

Wiener Institut für internationale
Wirtschaftsvergleiche:
www.wiiv.ac.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
holzner@wiiv.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Voll-Gas für Europa?

Die 2011 vor Zyperns Küste entdeckten Gasvorkommen sind bisher so gut wie überhaupt nicht von der EU wahrgenommen worden.

Ute Boeros

*Freischaffende Mitarbeiterin
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Zypern*

Die 2007 verabschiedeten gemeinsamen Grundlagen für die EU-Außenbeziehungen¹ gehen von der Annahme aus, dass die EU bis 2030 bis zu 70 Prozent ihres Energiebedarfs mithilfe von Importen decken muss. Bisher konzentrierte sich der Import von Gas oder Öl auf zum Teil politisch instabile Länder oder autoritär geführte Staaten, bei denen die Gefahr von Lieferausfällen und von Anschlägen auf Produktionsanlagen oder Pipelines durchaus real sind.

Die Abhängigkeit von russischem Gas wurde während der sogenannten Gaskriege Russlands mit der Ukraine im Winter 2005/2006 und Weißrussland ein Jahr später sehr deutlich. Dies lässt die EU nach neuen Energiequellen Ausschau halten.

EU-Energiepolitik

Die Energieimporte setzten sich für das Jahr 2010 wie folgt zusammen: Russland 35 Prozent, Norwegen 27 Prozent, Algerien 14 Prozent, Katar acht Prozent, Libyen und Nigeria je drei und zehn Prozent von anderen. Bei den Energieträgern steht somit die Kernenergie mit 28 Prozent immer noch an erster Stelle, gefolgt von erneuerbaren Energien (20 Prozent) und Kohle (20 Prozent) sowie Erdgas (19 Prozent).

Die Herausforderungen für die EU-Energiepolitik sind die wachsende Energienachfrage der sogenannten Schwellen-

länder sowie die Abhängigkeit von Energieimporten. Außerdem bestimmen Klimaschutz, Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit die EU-Energieaußenpolitik (EAP).

Global betrachtet könnten die USA ab 2015 aufgrund der dortigen Schellgasfunde und verbesserter Technologien zu einem Exportland für Erdgas werden. Gleichzeitig stehen der wachsenden Nachfrage aus den Schwellenländern neue Gasproduzenten in Ostafrika gegenüber. Schon heute beteiligen sich asiatische Unternehmen dort mit umfangreichen Investitionen. Kanada und Australien produzieren ebenfalls Schellgas² in großem Umfang. Der zunehmende Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Produzenten dürfte schnell zu einem Preisverfall führen.

Konzentration auf den Binnenmarkt

Der EU mangelt es hingegen im Hinblick auf ihre EAP nach wie vor an einer koordinierten Herangehensweise. Die bisherigen Reformen konzentrierten sich vor allem auf den Energiebinnenmarkt, während Länder wie z.B. Deutschland sich immer noch auf nationale Lösungen beschränken. Dem soll die 2010 verabschiedete Erdgasbinnenmarkttrichtlinie³ entgegenwirken, die auf koordinierte Gaseinkäufe und langfristige Lieferverträge abzielt. Um die Transparenz bei bilateralen Lieferverträgen zu erhöhen, wurde im September 2012 eine neue Strategie zur Verbesserung des Informationsaustausches innerhalb der EU eingeführt, die vor allem eine Konsultation mit der Kommission vorsieht.

Die Gasfunde vor Zyperns Küste befinden sich in der Nähe der beiden israelischen Gasfelder Leviathan und Tamar, wo zudem Erdöl vermutet wird. Für die Förderung des Gases und dessen Verkauf gibt es politische und wirtschaftliche Hindernisse. Die größte Hürde dürfte das Zypernproblem sein.

Der Zypernkonflikt

Die Türkei beansprucht einen beträchtlichen Teil von Zyperns „**Ausschließlicher Wirtschaftszone**“ (AWZ) und somit auch Nutzungsrechte an den dortigen Ressourcen und sieht sich als Interessensvermittlerin der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern.

Die Republik Zypern vertritt jedoch völkerrechtlich auch diese türkischen Zypriotinnen und Zyprioten. Denn offiziell ist auch der Nordteil der Insel im Jahr 2008 der EU beigetreten, wobei jedoch der **Acquis communautaire** bis zu einer Lösung des Zypernproblems im Norden ausgesetzt ist. Mögliche Einnahmen aus den Gasfunden stehen also beiden Bevölkerungsgruppen zu. Bei den Vertragsabschlüssen mit den an der zukünftigen Gasförderung beteiligten Energieunternehmen waren die türkischen Zypriotinnen und Zyprioten jedoch nicht beteiligt. Diese völkerrechtlich komplizierte Situation mag auch ein Grund dafür sein, dass sich die

¹ Berliner Erklärung vom 25. März 2007.

² Schiefergas, sogenanntes „unkonventionelles“, in Tonsteinen gespeichertes Erdgas.

³ Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt (Erdgasbinnenmarkttrichtlinie; Bestandteil des Dritten Energiebinnenmarktpaketes).

Die Energieimporte setzten sich für das Jahr 2010 wie folgt zusammen: Russland 35 Prozent, Norwegen 27 Prozent, Algerien 14 Prozent, Katar acht Prozent, Libyen und Nigeria je drei und zehn Prozent von anderen.



EU bisher zurückgehalten hat, zumal die Türkei schon ihre Marine vor der Südküste Zyperns aufkreuzen ließ.

Zum anderen sorgt die geopolitische Lage im östlichen Mittelmeer für Schwierigkeiten. Um das Erdgas kosteneffizient zu fördern, müssen alle Anrainerstaaten zusammenarbeiten.

Fördervarianten

Seit März 2013 befindet sich Zypern unter der Kontrolle der Troika bestehend aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank. Das Defizit liegt derzeit bei 6,3 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei 17,1 Prozent. Der IWF erwartet, dass die zypriotische Wirtschaft 2013 um 8,7 Prozent und 2014 um 3,9 Prozent schrumpfen wird. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Situation der Insel hegen viele Zypriotinnen und Zyprioten die Hoffnung, dass mögliche Gaseinnahmen das Land aus der wirtschaftlichen Rezession herausholen.

Bei einer Flüssigerdgas-(LNG-)Anlage rechnen sich Investitionen erst ab einem Gasvorkommen von sechs Tcf (trillion cubic feet). Die von der US-Energiefirma Noble durchgeführten Tests lassen jedoch darauf schließen, dass im untersuchten Feld lediglich ca. 3,6 bis sechs Tcf Erdgas mit einem mittleren Wert von zirka fünf Tcf vorhanden sind. Der genaue Umfang der Gasvorkommen kann mit Sicherheit jedoch erst in ein bis zwei Jahren festgestellt werden.

Bei einer LNG-Anlage müsste sich Zypern nicht an das bestehende Pipe-

line-Netz, das bereits israelisches Gas in die Türkei liefert, anschließen und könnte somit unabhängig von der Türkei das Gas vertreiben. Auf der Insel würden permanente Arbeitsplätze im technischen und logistischen Bereich geschaffen. Der bankrotte zypriotische Staat müsste sich nach privaten Investoren umsehen. Wegen der erwarteten Überkapazitäten auf dem weltweiten Gasmarkt und der damit verbundenen fallenden Gaspreise ist eine solche Investition in eine LNG-Anlage bei einer Fertigstellung frühestens 2020 zumindest zum jetzigen Zeitpunkt wirtschaftlich fragwürdig. Eine Gasverflüssigungsanlage würde sich erst rentieren, wenn sie zusammen mit anderen Anrainerstaaten betrieben würde.

Sogenannte Floating-LNG-(FLNG-) Anlagen, d. h. schwimmende Anlagen, wären eine Alternative. Sie könnten schneller gebaut werden und somit schneller Gewinne abwerfen. Langfristig würden jedoch keine Arbeitsplätze für die Zypriotinnen und Zyprioten geschaffen, obwohl für Zypern die Einnahmen schneller fließen würden. Die Strompreise, die zu den höchsten innerhalb der EU zählen, dürften drastisch sinken und somit die EndverbraucherInnen finanziell entlasten.

Lieferant für die EU

Um Gas zu exportieren, müsste sich Zypern am europäischen Markt orientieren. Das Land könnte als EU-Mitgliedsland ein geografisch naher und zuverlässiger Lieferant für die EU sein. Zudem sieht die 2015 in Kraft tretende Konven-

tion der Internationalen Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation – IMO) für den CO₂-Ausstoß eine drastische Reduktion vor. Das bedeutet mittel- bis langfristig das Aus für schwere Treibstoffe.

Chancen und Möglichkeiten

Zur Forcierung der Umstellung will Deutschland grenzüberschreitende Pilotprojekte unterstützen und LNG als Alternative zum Schweröl attraktiver machen. Hier könnte das im östlichen Mittelmeer geförderte Gas eine wichtige Rolle spielen.

Für Zypern ergäbe die langfristige Umstellung in der Schifffahrt auch die Möglichkeit, einen sicheren Bunkerhafen für die im östlichen Mittelmeer verkehrenden Schiffe zu errichten und Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes mit einer LNG-Infrastruktur im Mittelmeer zu werden. Für die EU könnte sich eine nachhaltige Energiepartnerschaft entwickeln. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch die Einigung der beiden Bevölkerungsgruppen über eine Lösung des Zypernproblems.

Internet:

Gastbeitrag zum Thema von Hugh Pope in der „Zeit“ vom 24. September 2013:
tinyurl.com/ptz3dkc

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
boeros@cytanet.com.cy
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Transatlantische Partnerschaft der Konzerne?

Das Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) birgt Gefahren.

Nikolai Soukup

Abteilung EU und Internationales, AK Wien

Für die Europäische Kommission soll es das Prestigeprojekt der Außenhandels- und Investitionspolitik der EU werden. Seit Beginn der Diskussionen um ein umfassendes transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, über das seit Juli 2013 verhandelt wird, rührt die Brüsseler Behörde die Werbetrommel: Der Abbau überflüssiger Hindernisse für Handel und Investitionen über den Atlantik werde die Wirtschaft ankurbeln und Millionen neuer Jobs schaffen. Doch trotz der wohlklingenden Versprechungen werden die Kritik an den intransparenten Verhandlungen und die geäußerten Bedenken zu den Verhandlungsinhalten nicht leiser. Im Gegenteil: Immer mehr kritische Stimmen – nicht zuletzt seitens der ArbeitnehmerInnenvertretungen – melden sich zu Wort, die im Zuge des Handelspaktes Deregulierung von wichtigen Standards und Regeln sowie privilegierten Schutz für transnationale Konzerne befürchten. Der Kampf um die Deutungshoheit hat daher längst begonnen.

Bisher drei Verhandlungsrunden

Worum geht es also bei den Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und welche Gefahren bergen die Verhandlungen? Bislang haben die VertreterInnen der EU-Kommission und der US-Regierung drei Verhandlungsrunden hinter sich gebracht. Auf dem Programm stehen die

weitreichende Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, landwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen und der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Verbesserung des Marktzugangs und des Schutzes ausländischer Investitionen. Auch der Schutz geistiger Eigentumsrechte soll mit dem Abkommen vorangetrieben werden.

Fragwürdige Wachstumsversprechen

All das soll laut einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie in einem Zeitraum von zehn Jahren zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung (BIP) in der EU von 0,5 Prozentpunkten führen – im optimistischen Szenario. Für das realistischere „weniger ambitionierte“ Szenario bleiben lediglich 0,27 Prozentpunkte übrig, was einem jährlichen BIP-Anstieg in diesem Zeitraum von nüchternen 0,027 Prozentpunkten entspricht.¹ Von einer aussagekräftigen Prognose sind diese minimalen Zahlen ebenso weit entfernt wie vom versprochenen Wirtschaftsmotor. Doch selbst diese Ergebnisse sind aufgrund der fragwürdigen Annahmen, die den verwendeten ökonomischen Modellen zugrunde liegen, mit Vorsicht zu genießen.

Im Vergleich zu den zu hinterfragenden volkswirtschaftlichen Effekten sehen die Interessen der Unternehmen ungleich handfester aus. Da die durchschnittlichen Zölle zwischen der EU und den USA in den meisten Sektoren ohnehin relativ niedrig sind, liegt der Schwerpunkt der Liberalisierungsbemühungen auf den sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. Hierbei

geht es vor allem um Unterschiede bei Regulierungen sowie Produkt- und Verfahrensstandards in den beiden Wirtschaftsräumen, die aus der Sicht der VerhandlerInnen „unnötige“ Kosten für Unternehmen erzeugen. Dies reicht etwa von unterschiedlichen Sicherheits- und Abgasnormen in der Autoproduktion und Testerfordernissen von Medikamenten über abweichende Regulierungen von Chemikalien bis hin zu Unterschieden bei Lebensmittelstandards. Auf das bevorstehende Feilschen um Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von unterschiedlichen Regeln haben sich Großunternehmen und ihre Lobbygruppen auf beiden Seiten des Atlantiks bereits mit umfangreichen Forderungen vorbereitet. Zu befürchten ist, dass wichtige Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen, Konsumentinnen und Konsumenten sowie Umwelt ins Fadenkreuz der Deregulierung fallen werden.

In vielen Bereichen könnten die in den beiden Wirtschaftsräumen vorherrschenden Regulierungsansätze kaum unterschiedlicher sein. Besonders der Lebensmittelbereich ist hochsensibel, hier waren die transatlantischen Beziehungen bereits bisher von Handelsstreitigkeiten geprägt. So sind beispielsweise in den USA – im Gegensatz zur EU – der Einsatz von Wachstumshormonen bei Rindern und der Verkauf von Gentechnik-Produkten ohne Kennzeichnung erlaubt.

¹ Theurl, Simon (2014): Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Eine kritische Orientierungshilfe zur wirtschaftlichen Folgenabschätzung des Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den USA.



In vielen Bereichen könnten die in den beiden Wirtschaftsräumen vorherrschenden Regulierungsansätze kaum unterschiedlicher sein. Besonders der Lebensmittelbereich ist hochsensibel, hier waren die transatlantischen Beziehungen bereits bisher von Handelsstreitigkeiten geprägt.

Geht es nach den Plänen der Kommission, sollen Unterschiede bei Regulierungen nicht nur bis zum Abschluss des Abkommens im Fokus der Handelspartner stehen, sondern auch darüber hinaus. So soll ein neu zu schaffender Rat zur regulatorischen Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des Abkommens laufend überprüfen, wie die Übereinstimmung von bestehenden und künftigen regulatorischen Maßnahmen zwischen der EU und den USA vorangetrieben werden kann. Dies entspricht ganz dem Motto eines „lebenden Abkommens“, das auch nach seiner Beschlussfassung kontinuierliche Verhandlungen vorsieht.

Öffentliche Interessen in Gefahr

Massive Kritik entzündet sich auch an den geplanten Bestimmungen zum Investitionsschutz, durch die ausländische Investoren Staaten klagen könnten, wenn etwa ihre erwarteten Gewinne durch politische Maßnahmen geschmälert werden.² Ende Jänner kündigte EU-Handelskommissar Karel De Gucht an, die Verhandlungen über diesen Teilbereich vorerst auszusetzen und eine dreimonatige öffentliche Konsultation zu dem Thema durchzuführen – die Kommission wird hier also vor den Wahlen zum EU-Parlament auf Zeit spielen.

Ob die VerhandlerInnen den gleichen Einsatz wie beim Abbau von Unternehmenskosten auch für die verpflichtende Einhaltung von international anerkannten Arbeitsstandards zeigen,

um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, wird sich zeigen. Handlungsbedarf gibt es genug, haben die Vereinigten Staaten doch lediglich zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert – ausständig ist etwa die Ratifizierung der ILO-Konventionen zur freien Gründung von Gewerkschaften und der Kollektivvertragsfreiheit. Dass die Ratifizierung und Einhaltung von Arbeitsstandards in Handelsabkommen einklagbar sein muss, ist eine Kernforderung der ArbeitnehmerInnenbewegung.

Druck auf die Verhandlungen ist auch nötig, um sicherzustellen, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie etwa Bildung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr, kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen und Wasserversorgung – keinesfalls vom geplanten Abkommen erfasst werden.

Geheime Verhandlungen

Angesichts der vielen Gefahren, die die Verhandlungen bereithalten, ist eine breite öffentliche Diskussion dringend notwendig. Die Verhandlungen finden jedoch derzeit hinter verschlossenen Türen statt; sowohl das Verhandlungsmandat, das der Kommission die Richtlinien für die Handelsgespräche vorgibt, als auch die relevanten Verhandlungsdokumente werden als geheim eingestuft. Solange nicht alle EU-Verhandlungsdokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, kann von einer umfassenden Einbindung der Bevölkerung keine Rede

sein. Schließlich ist auch die Einbeziehung von Interessengruppen extrem ungleich: Auf der Grundlage einer Dokumentenanfrage der NGO **Corporate Europe Observatory** wurde im September 2013 bekannt, dass 93 Prozent der von der Kommission angegebenen Treffen mit Interessengruppen zum Thema des EU-USA-Abkommens mit Vertreterinnen und Vertretern von Großkonzernen und deren Lobbys stattgefunden haben.

Nach Abschluss der Verhandlungen müssen auf EU-Seite die Mitgliedsstaaten und das EU-Parlament dem Vertragswerk zustimmen, und – wenn es Kompetenzen der Mitgliedsstaaten berührt – auch die nationalen Parlamente. Dabei können die gewählten ParlamentarierInnen jedoch keine Änderungen am Vertragstext vorschlagen, sondern lediglich das Gesamtpaket annehmen oder ablehnen. Das EU-Parlament hat bereits einmal ein Handelsabkommen abgelehnt: Zum umstrittenen Anti-Piraterie-Abkommen ACTA haben die Mandatarinnen und Mandatare 2012 die Rote Karte gezeigt.

Internet:

AK-Positionspapier zum TTIP:
tinyurl.com/mx6degy

Kritische Orientierungshilfe zur wirtschaftlichen Folgenabschätzung des TTIP:
tinyurl.com/m3mneug

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
nikolai.soukup@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

² Siehe Artikel auf S. 34.

Mehr Konzernrechte – weniger Demokratie?

Diskussion um Investitionsschutz im Vorfeld der EU-Wahlen.

Christian Bellak

*a.o. Professor an der Wirtschaftsuniversität
Wien*

Elisabeth Beer

Abteilung EU & Internationales der AK Wien

EU-Handelskommissar De Gucht hat scheinbar die Notbremse gezogen und für Ende März eine öffentliche Konsultation angekündigt. Im Kern geht es um die Frage, inwieweit es US-amerikanischen Multis mittels Investor-Staat-Streitbelegungsverfahren ermöglicht werden soll, die Regulierungskompetenz der EU sowie jene ihrer Mitgliedsstaaten zu beschränken.

Investor-Staat-Streitbelegung

Der vorläufige Verhandlungsstopp bezieht sich auf Investitionsschutzbestimmungen in dem in Verhandlung stehenden Abkommen der EU mit den USA (TTIP)¹. Diese versprechen ausländischen Investoren stabile und vorhersehbare Rahmenbedingungen und ermächtigen Multis, bei vermeintlichen Verletzungen den Gaststaat direkt vor privaten Ad-hoc-Schiedsgerichten auf Schadenersatz zu verklagen (Investor-Staat-Streitbelegung = ISDS).

Mögliche Klagegründe sind nicht nur direkte Enteignung, sondern auch Entwertung von bestehenden Eigentumstiteln unter der Annahme, dass geplante Gewinne geschmälert werden. Neue Gesetze oder sonstige Regulierungen im Gesundheits- und Umweltschutz oder in der Sozial- und Wirtschaftspolitik können als indirekte Enteignung ausgelegt werden. Deutsch-

land zum Beispiel wurde bereits zweimal vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall verklagt. Jüngst auf Entschädigungszahlungen in Höhe von 3,2 Mrd. Euro, weil kraft des nationalen Atomausstiegs Vattenfall seine zwei Atommeiler in Zehnjahresfrist stillzulegen hat.

Private Schiedsgerichte

Die für Klagen zuständigen Ad-hoc-Schiedsgerichte bauen auf sehr vage formulierten Investitionsschutzbestimmungen wie „gerechte und billige Behandlung“ oder „umfassender Schutz und Sicherheit“ auf. Diese werden in jedem Fall neu ausgelegt, wobei die Schiedsrichter nicht den nationalen Gesetzen oder dem Völkerrecht verpflichtet sind. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei von den Parteien gewählten Vertretern, meist Anwältinnen und Anwälten, zusammen. Die Schiedssprüche sind oft inkonsistent, womit das internationale Investitionsrecht zu einem Hazardspiel für verklagte Staaten wird.

Weltweit haben Multis bis heute mindestens 81 Staaten mehr als 400-mal verklagt. Die bekannten Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs, weil die meisten Schiedsgerichte sehr diskret unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeiten.

Mit der Gründung der NAFTA² 1994 wurde das „entwicklungspolitische“ Instrument ISDS ein integraler Bestandteil der nordamerikanischen Freihandelszone, um ursprünglich Investoren vor dem politischen Risiko – beispielsweise einer Enteignung in Mexiko – zu schützen. Bis 2011 haben nordamerikanische Investoren Mexiko 19-

INFO & NEWS

Fallbeispiele zu indirekter Enteignung

Ein prominenter Fall ist die Klage des amerikanischen Medienkonzerns Lauder gegen Tschechien. Lauder argumentierte, dass eine Entscheidung der tschechischen Medienregulierungsbehörde zu einem Wertverlust seiner erworbenen Lizenzen geführt habe. Das Schiedsgericht erkannte Lauder eine Entschädigungszahlung von 300 Mio. Euro zu (entspricht zirka dem jährlichen Sozialbudget).

Anlass der noch nicht entschiedenen Klage des amerikanischen Tabakmultis Philip Morris gegen Uruguay war ein Gesetz, das unter anderem Gesundheitswarnungen auf Zigarettenpackungen vorschreibt, die zumindest 80 Prozent der Vorder- und der Rückseite der Packung einnehmen müssen. Der Multi verlangt nun Entschädigung für zukünftige entgangene Gewinne, da er seine gesetzlich geschützte Marke nicht im erwarteten Umfang nutzen kann. Eine vergleichbare Klage hat Philip Morris gegen Australien angestrengt. Die Entschädigungsforderungen bewegen sich – so wird kolportiert – in Milliarden-Dollar-Höhe.

mal verklagt. Aber auch die Industrieländer, die jahrzehntlang keine Notwendigkeit gesehen haben, ihren kapitalexportierenden Unternehmen durch das ISDS-Privileg einen besonderen Schutz zu gewähren, sahen sich

¹ Siehe hierzu den Artikel „Transatlantische Partnerschaft der Konzerne?“ auf Seite 32.

² NAFTA ist das Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko.

Anlass der noch nicht entschiedenen Klage des amerikanischen Tabakmultis Philip Morris gegen Uruguay war ein Gesetz, das unter anderem Gesundheitswarnungen auf Zigarettenpackungen vorschreibt, die zumindest 80 Prozent der Vorder- und der Rückseite der Packung einnehmen müssen. Der Multi verlangt nun Entschädigung für zukünftige entgangene Gewinne, da er seine gesetzlich geschützte Marke nicht im erwarteten Umfang nutzen kann.



plötzlich Klagen gegenüber: Die überwiegende Zahl der Klagen waren gegen Kanada und die USA gerichtet (29 Fälle)! Das ISDS zwischen Industriestaaten hatte für multinationale Unternehmen eine zusätzliche Bedeutung als effektives Abwehr- und Abschreckungsinstrument gegen neue gesetzliche Maßnahmen im Gesundheits-, Umwelt- und Sozialbereich etc. erlangt.

2,5 Mio. Entschädigungsforderung

Analysiert man die bekannten Klagen US-amerikanischer Multis gegen Kanada, so kann man sich ein Bild davon machen, was die EU-Mitgliedsstaaten in einem TTIP erwarten könnten: Gegen Kanada wurden mehr als 20 Klagen mit 2,5 Mrd. Dollar Entschädigungsforderungen eingereicht. Gegenstand der Klagen waren Gesetze im öffentlichen Interesse, wie beispielsweise Verbot von Fracking (Schiefergas-Exploration), Pharma-Patentregelungen, Chemikalienverbote, Schadstoffreduktionen und Sozialprogramme für die indigenen BewohnerInnen in Bergbaugebieten. In Kanada, aber auch in den USA, hat sich eine breite Bewegung gegen Investitionsschutzstandards und insbesondere gegen das Klageprivileg von Multis formiert. Australien hat in die laufenden Verhandlungen zu einer Freihandelszone mit den NAFTA-Staaten die ISDS-Bestimmungen erst gar nicht aufgenommen.

Mit dem Privileg, den Staat unmittelbar klagen zu können, wird der nationale politische Handlungsspielraum, auch in Zukunft Regulierungen im öffentlichen Interesse zu ergreifen, emp-

findlich eingeschränkt. Bereits Klagsdrohungen verfehlen ihre Wirkung nicht. Zu befürchten ist, dass Staaten neue Gesetze im Interesse der Allgemeinheit nicht oder sehr zögerlich in Angriff nehmen, wenn sie Entschädigungszahlungen an Multis zu fürchten haben.

Mit folgenden Argumenten werden daher Investitionsschutzstandards und insbesondere die ISDS-Klausel im TTIP, aber auch in allen anderen Handels- und Investitionsabkommen der EU, abgelehnt:

Die europäischen Mitgliedsstaaten haben ein gut funktionierendes Rechtssystem, das jeder/jedem ein faires Verfahren sowie Berufung gegen Entscheidungen garantiert. Die Möglichkeit, nationale Gerichte zu umgehen und private Ad-hoc-Schiedsgerichte anzurufen, untergräbt das zentrale europäische Prinzip der demokratisch legitimierten Rechtsstaatlichkeit.

Unbestimmte Investitionsschutzformulierungen wie „faire und gerechte Behandlung“, „legitimes öffentliches Interesse“ oder „indirekte Formen der Enteignung“ werden von Multis mit dem Ziel hoher Entschädigungszahlungen genutzt. Dies eröffnet privaten Schiedsgerichten großen Interpretationsspielraum und führt zu inkonsistenter Rechtsprechung. Ein Großteil der bisherigen Konzernklagen baut allein auf der Bestimmung „faire und gerechte Behandlung“ auf.

Von den kostenaufwendigen Schiedsverfahren (oft acht Mio. Euro und mehr) profitieren auch einige große Anwaltskanzleien, aus denen meist die SchiedsrichterInnen kommen und die

Gutachten schreiben. Die Kanzleien lobbyieren gemeinsam mit den Multis auf europäischer Ebene, das intransparente System beizubehalten. BranchenkennerInnen sprechen von undurchsichtigen „Insidergeschäften“.

Wer trägt das Investitionsrisiko?

Europäische Unternehmen können keine Schadenersatzklagen wegen entgangener zukünftiger Gewinne anstrengen. Das wäre allein den US-amerikanischen Tochterfirmen in Europa vorbehalten. Zu dieser Inländerdiskriminierung kommt hinzu, dass sich das „Quasi-Anrecht“ ausländischer Investoren auf Gewinne grundsätzlich von der volkswirtschaftlichen Sicht unterscheidet, dass das Investitionsrisiko (inklusive des politischen Risikos) natürlich auch zu Verlusten führen kann!

Mit der öffentlichen Konsultation will die Kommission BürgerInnennähe und Diskussionsbereitschaft signalisieren. Auch soll eine potenziell europakritische Diskussion den EU-Wahlkampf nicht stören. Es ist aber höchst fraglich, ob die von De Gucht angekündigte Nachdenkpause dazu führen wird, dass diese Argumente auch in den Regierungen der Mitgliedsstaaten mehr Gehör finden.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
bellak@wu.ac.at
elisabeth.beer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Von Lampedusa auf die Obstplantagen Kalabriens

Das neue Gesicht der Sklaverei in Europa.

Carole Reckinger

*Politikwissenschaftlerin und Fotografin
(Luxemburg)*

Gilles Reckinger

*Univ.-Prof. für Interkulturelle
Kommunikations- und Risikoforschung
(Innsbruck)*

Diana Reiners

Ethnologin (Luxemburg)

Die Stadt Rosarno in Kalabrien liegt umgeben von einem undurchdringlichen Labyrinth aus Feldwegen zwischen eingezäunten Orangenhainen. In der Stadt stehen die Erntearbeiter – die meisten von ihnen Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara – allein oder in kleinen Gruppen an der Straße und hoffen darauf, dass ein Lieferwagen anhält und der Fahrer sie anheuert. Der Dezemberwind in der Bucht ist schneidend kalt und bis auf die wartenden Afrikaner sind die Straßen wie leergefegt. Auch wenn sie keine Arbeit finden, harren sie aus, denn sie haben keinen Ort, an dem sie sich vor der Kälte schützen können.

An guten Tagen 25 Euro

Die Gemeinde Rosarno und der Nachbarort San Ferdinando haben zwar eine Notschlafstelle in Containern und Zeltunterkünften errichtet, in der es Gemeinschaftstoiletten gibt. Aber die Kapazitäten reichen bei Weitem nicht aus. Um hier einen Platz zu bekommen, müssen die Wanderarbeiter schon mindestens einen Monat vor Beginn der Ernte eintreffen. Das aber erfordert Rücklagen, denn in der Wartezeit bis zum Saisonbeginn müssen

sie sich ohne Verdienst über Wasser halten. Hinter dem offiziellen Notlager ist auf dem schlammigen Boden ein fast ebenso großer Slum aus notdürftig mit Karton, Plastik und Müll errichteten Hütten entstanden. Die Bewohner kriechen durch ein Loch im Zaun, um Wasser zu holen und das WC zu benutzen. In der Nähe der Autobahn hat ein knappes Dutzend Flüchtlinge aus Darfur in einem Waldstück selbst ein Zeltlager errichtet. Als wir uns nähern, begrüßt uns ein junger Mann, der sich gerade vor einem zerbrochenen Spiegel rasiert hat. Abit erzählt uns in ausgezeichnetem Italienisch, dass er seit vier Jahren im Land sei. Er kam als Bootsflüchtling aus Libyen, aber nicht wie die meisten anderen über Lampedusa, sondern er wurde von der Küstenwache aus einem kleinen Boot gerettet und direkt nach Sizilien gebracht. Die Reise beschreibt er als hart. Acht Tage waren sie auf See. Von den fünfzig Leuten an Bord starben zwei unterwegs. Die Überlebenden haben Asyl bekommen.

Er lädt uns ein, ihre Siedlung zu besichtigen. Aufgebockt auf Ziegelsteinen und Autoreifen stehen kleine Igluzelte, die mit Karton zusätzlich umwickelt und verstärkt und mit vielen Schichten Plastikfolie überzogen sind, um weiter zu isolieren und abzudichten. Die Küche ist auf dem bloßen Erdboden gebaut und besteht nur aus einem alten Gaskocher. Wasser holen die Männer mit Kanistern in einer nahe gelegenen Fabrikanlage. Neben dem Feuer unter freiem Himmel stehen ein alter Hocker und ein kaputter Bürostuhl. Es sind die einzigen beiden Sitzgelegenheiten.¹ Seit 25 Tagen ist Abit in Rosarno. Bis jetzt hat er nur an fünf Tagen Arbeit gefunden. An guten Tagen kann er bis zu

INFO & NEWS

Gilles Reckinger, Diana Reiners, Carole Reckinger erforschen seit 2009 die Lebensbedingungen von Migrantinnen und Migranten in Lampedusa und Kalabrien. Siehe www.bitter-oranges.com und Gilles Reckinger: Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas, Wuppertal 2013.

25 Euro verdienen, aber er muss dem Fahrer des Lieferwagens drei Euro für die Fahrt zum Feld zahlen. Manchmal wird er nach Kisten bezahlt. Das bringt 50 Cent pro 22-Kilo-Kiste, etwa zwei Cent pro Kilo. „Oft hängen die Orangen sehr hoch, dann ist die Arbeit beschwerlich. Man darf aber keine übersehen oder eine unreife Frucht pflücken, denn dann zieht der ‚capo‘ eine ganze Kiste vom Lohn ab.“ Oft werden die Löhne am Ende des Tages unter fadenscheinigen Vorwänden auch gar nicht ausbezahlt. Während unseres Gesprächs kommen die anderen Männer nach Hause. Sie sind völlig durchnässt und halten ihre Pullover, Socken und Mützen in die Flammen des Feuers, immer gerade so lange, dass sie nicht in Brand geraten. Richtig trocken werden die Kleider nie, sagen sie uns.

Bürger und Entrechtete

Die Obst- und Gemüsewirtschaft in Südeuropa hat einen hohen Bedarf an irregulären Saisonarbeitskräften, und die Rechtlosigkeit der Illegalisierten und ihre existenz

¹ Einer der Männer bat uns, ein Handyvideo zu veröffentlichen, das er selbst gedreht hat, um auf die desaströsen Existenzbedingungen hinzuweisen. Siehe www.bitter-oranges.com.



Hinter dem offiziellen Notlager ist auf dem schlammigen Boden ein fast ebenso großer Slum aus notdürftig mit Karton, Plastik und Müll errichteten Hütten entstanden. Die Bewohner kriechen durch ein Loch im Zaun, um Wasser zu holen und das WC zu benutzen. In der Nähe der Autobahn hat ein knappes Dutzend Flüchtlinge aus Darfur in einem Waldstück selbst ein Zeltlager errichtet.

tenzielle Notlage machen sie besonders ausbeutbar. Viele haben jahrelange Migrationsgeschichten durch mehrere Länder hinter sich, weil sie um Leib und Leben fürchteten und fliehen mussten. Die Flucht nach Europa erweist sich dabei als Sackgasse. An keinem Punkt seiner Reise habe er unter solchen Bedingungen leben müssen, beschreibt Hassan. Libyen klingt in der Erzählung vieler Flüchtlinge wie ein Paradies. Dort hatten sie Arbeit und ein Dach über dem Kopf, konnten Geld nach Hause zu ihren Kindern schicken. Bis die NATO-Bomben kamen und sie keine andere Wahl hatten, als sich auf den Weg nach Italien zu machen. Von Europa geträumt haben sie nie.

Aber es gibt kein Zurück. Wer durch die restriktive Migrationspolitik der EU-Länder weder als Flüchtling anerkannt wird, noch einen Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen erhält, wird illegalisiert. In Italien erhalten abgewiesene Asylwerber zumeist einen Ausweisungsbescheid, nach dem sie binnen 15 Tagen das Land verlassen müssen. Doch ohne Papiere, Visum und Geld können sie nicht ausreisen. Den so Festgesetzten bleibt gar nichts anderes übrig, als sich auf den Plantagen oder in ähnlich prekären Verhältnissen zu verdingen. Doch auch anerkannte Flüchtlinge wie Abit trifft das gleiche Schicksal. In der Theorie haben Flüchtlinge in Italien Anspruch auf soziale Betreuung und medizinische Versorgung. Aber in der Praxis fehlen staatliche Hilfsstrukturen, und auch Flüchtlinge mit Aufenthaltsstatus sind darauf angewiesen, jegliche Arbeit anzunehmen, um zu überleben.

Der Soziologe Georg Simmel hatte

bereits 1908 darauf hingewiesen, dass die Struktur einer Gesellschaft daran zu erkennen sei, wie sie mit ihren Armen umgeht. Die Kämpfe um die soziale Frage haben nach 1945 in Europa zu einer weitreichenden Integration und Absicherung geführt, die an zwei Bedingungen gebunden war: an Lohnarbeit (und die damit verbundenen Ansprüche an das Sozialsystem) und, vorrangiger noch, die Staatsbürgerschaft bzw. einen legalen Aufenthaltsstatus. Beide Bedingungen haben sich seit den 1980er-Jahren stark verändert. Die neoliberale Erosion gesicherter Arbeitsverhältnisse führte zu einer neuen Ausbreitung von Prekarität und Armut, die die nie verschwundenen, aber zumindest materiell gedämpften Klassengegensätze wieder stärker hervortreten lässt. Die Frage der Staatsbürgerschaft zeigt eine ebenso ambivalente Rhetorik: Während im Inneren der EU die Freizügigkeit der EU-BürgerInnen erweitert wird, schotten sich die Mitgliedsstaaten zunehmend nach außen ab. So wie sich am Rande der Arbeitsgesellschaft eine Zone der Prekären ausbildet, denen die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit versagt bleibt, wird auch in der Frage des Zugangs zu den Bürgerrechten eine Zone geschaffen, in der sich die Illegalisierten ebenso wiederfinden wie die „aus humanitären Gründen“ Geduldeten: Beide Gruppen bleiben ohne Recht auf Arbeit und Existenzsicherung.

Vogelfreie und Tagelöhner

Die Migrantinnen und Migranten in Kalabrien sind im Inneren der Festung Europa gefangen, sie können ihre Mauern

nicht mehr verlassen. Doch als Nicht-BürgerInnen fallen sie in eine Kategorie, die an die Vogelfreien und Tagelöhner des Mittelalters erinnert. In der Ökonomie Europas werden sie gebraucht als willfähige Sklavinnen und Sklaven, die nicht aufbegehren können.

Die andere Seite der Medaille

Unser Entsetzen, in Europa die Verhältnisse der „Dritten Welt“ anzutreffen, zeigt, dass der europäische Kapitalismus noch eine weitere Bresche geschlagen hat. Nicht nur sind das Elend und die Diktaturen, die der europäische Kolonialismus in den Ländern des globalen Südens hinterlassen hat, Ursache für die Flucht so vieler Menschen. Innerhalb Europas reproduziert sich außerdem eine Ausbeutung, in der die schwarzen Sklaven zu Hungerlöhnen den Wohlstand der EuropäerInnen erarbeiten: das Einkommen der LandbesitzerInnen, die Gewinne des Agrargroßhandels, der Lebensmittelindustrie, des Transportsektors und des Einzelhandels, aber auch den selbstverständlichen Luxus billiger Südfrüchte für jeden Konsumenten und jede Konsumentin. Die Ausbeutung der Sklaven von Kalabrien ist keine Funktionsstörung der ökonomisierten Gesellschaft, sie ist Ausdruck des Funktionierens des Kapitalismus: die andere Seite der gleichen Medaille.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
gilles.reckinger@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Kurzgeschichte von Sabina Naber

Omers Abschied

Mende, ich kann dein Winken nicht mehr sehen. Heute gehe ich nicht mehr in dieses Lokal, ich putze nicht mehr die Aborte, um dir eine halbe Stunde nahe zu sein, verzeih mir. Ich hätte dein Winken gar nicht sehen dürfen. Es wäre besser gewesen, ich hätte nie die Gelegenheit bekommen, das Internet zu benutzen. Dann wäre bis zu meinem Tod das Bild von dir in mir gewesen, wie du Nawal und Abdel umarmst, an dich drückst, mit einem Lächeln so traurig und zuversichtlich zugleich, dass mein Herz wie eine Antilope jagte.

Ein Mann schwarzer Hautfarbe klettert unter einem Blätter-Karton-Dach hervor. Sein Blick saugt sich an der Sonne fest, die zwischen den schwarzen Silhouetten von Pinien und Korkeichen aufgeht.

Dein Winken, Mende, das ein Greifen ist, als würdest du die Blüten des Napier streicheln wollen. Dein Winken, das nichts anderes als dein Fortgehen aus dieser Welt ist, weil dich die Salven eines Gewehrs in Stücke gerissen haben.

Dem Mann rinnen Tränen die Wangen hinunter. Er beachtet sie nicht, geht vielmehr in die Hocke und lässt die hellbraune Erde durch seine Finger bröseln.

Du bist ein Star, Mende, weißt du das? Drei Millionen Aufrufe in nur 37 Stunden. Immer wieder der Mann mit dem Gewehr, der den Zipfel deiner Hose unter dem ausgebrannten Autowrack entdeckt. Der den anderen Mörder zu sich ruft. Der das Wrack umstößt. Du, wie du aufstehst, Nawal und Abdel hinter dich schiebst, so wie früher, wenn Ali unseren Sohn verprügeln wollte, weil Abdel mit dem Fahrrad durch eine Pfütze gefahren und deshalb Ali angespritzt hatte. Ja, Millionen von Menschen sehen, wie du unsere Kinder aus der Sicht bringen, mit deinem Körper beschützen willst. Was dir nicht gelingt, weil sie inzwischen viel zu groß sind. Was auch keinen Sinn hat, weil sich die Männer mit den Gewehren von dir und deinem wütenden Schreien nicht abhalten lassen. Und dann winkst du, die letzte Bewegung einer Leiche über den blutigen

BUCHTIPP	
<p>Sabina Naber: Caddielove Ein Fall für Mayer & Katz Gmeiner-Verlag, 2014, 341 Seiten, € 11,99 ISBN: 978-3-8392-1532-6</p>	
<p>Bestellung: ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132 fachbuchhandlung@oegbverlag.at</p>	

Resten von zwei wunderschönen jungen Menschen.

Feinsäuberlich faltet der Mann die Kartons seiner Behausung zusammen. Mit dem Daumen fährt er über den Schriftzug La Tentación dulce und die lachende Erdbeere darüber.

Ja, du bist ein Star, Mende. Dein Tod macht dich zu dem, was du nie sein wolltest, was du an Nawal nie verstehen konntest – die Sehnsucht unserer Tochter nach der Glitzerwelt. Ich will ihr nicht Schuld geben, unserer kleinen Tänzerin, aber ihre traurigen Augen beim Gedanken an all die Schu-

len und Theater in Europa waren Sandkörner in der Schale der Entscheidung.

Nur zwei Körner in der vollen Schale Aufbruch, durchdrungen von der Gewissheit, ich schaffe es, denn ich bin anders als die anderen, von denen man nichts mehr hört.

Keines dieser tapsigen Jungtiere, die keine Chance haben, weil einem Ali das Dorf gehört, einem Muhammad die Stadt und einem Umar das ganze Land. Nein, einem Xiabo, einem Yong-Li und einem Xi-Tao. Oder einem François und einem John und einem Heinz?

Ich bin verwirrt, ich weiß es nicht mehr. Genauso verwirrt wie diese Jungtiere, die denken, die Länder der neuen Herrscher warten nur auf sie. Wo es so reiche Leute gibt, gibt es auch Arbeit.

Mit einem Blick auf einen etwas entfernten, flackernden Punkt legt der Mann die Kartons neben die Eiche, an die seine Behausung gebaut war. Dann zertritt er die übriggebliebenen Äste und Stämme.

Ich bin Lehrer, ich kann etwas. Ich bin anders. Ja, Mende, so dachte ich, verlassen von jeglicher Demut. Nach einem schwierigen Beginn werde ich meinen Platz finden und euch holen können. Weg von den anderen, die nicht verstehen, dass wir alle an denselben Gott glauben. Dass wir auf dieselbe Art unsere Kinder zeugen, gebären, ernähren, ja, dass wir alle die gleiche Scheiße von uns geben. Und dessen bin ich mir ganz sicher, seit Muhammads Schergen mich in die ihre gedrückt haben.

Aber was ist schon ein stinkender brauner Haufen im Vergleich zur Rettung unseres Sohnes. Sie würden es genauso sehen, wenn ihre Kinder verschleppt werden sollten. Was ich ihnen nicht wünsche. Ich sehe noch immer deine Augen mit dem ungläubigen Blick vor mir, als ich das erste Mal

sagte, ich will keine Rache. Du bist der Löwe in unserem Rudel.

Der Mann geht einige Schritte zum flackernden Licht. Zwei Männer sitzen an einem Feuer. In ihrer Nähe befinden sich ähnliche Behausungen wie jene, die der Mann gerade zerstört hat.

Ich hätte dir alles schreiben sollen. Von den Dornen in den Füßen auf dem Weg zum Meer, von dem Gestank in dem kleinen Schiff, weil zu viele Angst hatten, ihre Notdurft über dem Wasser zu verrichten, von dem großen Schiff, das an uns vorbeigefahren ist, von dem Schiff mit bewaffneten Männern, von meiner Verzweiflung, als ich zwei Tage und eine Nacht zum Ufer geschwommen bin, von dem Leben als Tier, das im Müll der anderen nach Essen sucht.

Nein, ich habe dir nur von diesem Mann erzählt, der mich aufgelesen, mir Kleidung gegeben, mich über Berge und Küsten in das Land gebracht hat, wo meinesgleichen Geld verdienen kann. Und ich habe dir von der Arbeit auf den Plantagen berichtet. Wenn man auf die Berge steigt, werden sie zu einem silbernen See. Ich habe gern die schwere Arbeit in den Bergen verrichtet, denn der Silbersee hat mich an unsere Reise zum al-Bahr al-ahmar erinnert. An dich. Doch nichts erzählt habe ich von der Hitze, die so anders ist als bei uns, von den Schmerzen, weil die roten Beeren nur am Boden wachsen.

Der Mann winkt den Gestalten am Feuer zu und wendet sich wieder ab. Er reißt von einem Pinienast, der am Boden liegt, ein paar Nadeln ab, zerreibt sie zwischen den Fingern und riecht daran.

Ich habe dir nichts von den Prügeln erzählt, die mir zwei Männer in der Stadt verabreicht haben, einfach so. Nichts davon, dass plötzlich Weiße ka-

men, die meine Beeren pflückten, weil sie in ihrem Land, weit fort, wo die Sonne aufgeht, keine Arbeit mehr hatten. Wie ich zurück in den Wald musste, bald mit diesen Platzräubern gemeinsam, weil nun die Männer aus der Stadt die roten Beeren pflücken wollten.

Der Mann geht zu seiner Eiche zurück, legt sein Hemd ab, dann seine Hose. Er zieht den Gürtel aus den Schlaufen.

Meine Mende, ich hätte dir das alles schreiben sollen. Meine Scham ist nichts im Vergleich zu deinem Tod. Ich hätte zurückkehren, dich und die Kinder beschützen müssen. Ich werde jetzt zu dir gehen, Mende, und dich bitten, mir zu verzeihen.

Omer klettert auf den Baum, schlingt den Gürtel über den Ast oberhalb von ihm, steckt den Kopf durch die Schlaufe und lässt sich fallen.

Sabina Naber arbeitete nach ihrem Studium in Wien unter anderem am Theater, als Journalistin und Drehbuchautorin. Ihr mittlerweile sechster Kriminalroman mit Maria Kouba, „Die Spielmacher“, erschien 2011 bei Rotbuch/Berlin.

2013 startete sie eine zweite Serie rund um das Team Mayer & Katz mit dem Roman „Marathonduell“ (Gmeiner-Verlag, nominiert für den Leo-Perutz-Preis 2013 der Stadt Wien).

Sie gibt auch Kurzgeschichtenanthologien heraus. 2007 erhielt sie den Friedrich-Glauser-Preis für die beste Kurzgeschichte.

Sabina Naber ist auch Trainerin in den Bereichen Sprechen und Schreiben:

www.gibtlautwerdedu.at

Details siehe

www.sabinanaber.at

Europapraktikum in Irland

SOZAK-Teilnehmer Michael Huber hat sein Europapraktikum bei der irischen Gewerkschaft Mandate verbracht.

Michael Huber

Teilnehmer des 60. SOZAK-Lehrgangs

Irland ist von der Größe, der Population sowie vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad her mit Österreich vergleichbar. Das war auch ein Grund, mein Praktikum dort zu absolvieren. Es war mir vergönnt, einen Monat die irische Handelsgewerkschaft Mandate von innen zu beobachten. In Dublin angekommen, lernte ich schnell die gewerkschaftliche Vielfalt – in Irland gibt es 52 Fachgewerkschaften – kennen. Die Zusammenarbeit ist dabei nicht immer einfach. Alle irischen Gewerkschaften versammeln sich im ICTU (Irish Congress of Trade Unions) – dieser ist aber nicht wirklich mit unserem ÖGB vergleichbar, da er viel kleiner ist. In diesem Monat erfuhr ich unter anderem viel über die Unterschiede des irischen Arbeitsrechtes im Vergleich zum österreichischen. Vor allem die „Schlichtungsstellen“ haben einen sehr hohen Stellenwert. Die meisten Fälle werden von sozialpartnerschaftlich eingerichteten Stellen behandelt und entschieden bzw. geben diese Empfehlungen ab. Nur wenige Fälle landen dann in den regulären Gerichtsinstanzen.

Kein Kündigungsschutz für Betriebsrat

Größte Verwunderung löste ich aus, als ich den Kolleginnen und Kollegen unser Arbeitsverfassungsgesetz erklärte. Rechtliche Absicherung eines Betriebsrates, Mitwirkungsrechte, Kündigungsschutz, Bildungsfreistellung etc. – im irischen Arbeitsrecht ist das alles unbekannt. Ein „Shop Steward“ wird in Irland zwar auch von der Belegschaft gewählt, aber das war es schon mit

den Gemeinsamkeiten. Wenn ein Shop Steward, ein Betriebsrat, gekündigt wird, kann sich dieser nur mithilfe der Beschäftigten und der Gewerkschaft durch Androhung von Kampfmaßnahmen wehren, rechtlichen Schutz gibt es keinen! Die Wirtschaftskrise hat zu einem Umdenken in den irischen Gewerkschaften geführt. Viele staatliche Förderungen, vor allem im Bildungsbereich, wurden gestrichen. Ein Großteil der gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen wurde bis dahin durch staatliche Zuschüsse finanziert. Die Konsequenz war, dass eine Bündelung der Ressourcen unumgänglich wurde, um den Standard zu erhalten. Das Ergebnis war ein erstes gemeinsames Bildungsprogramm. Eine neue Dimension von Kooperationen war auch bei öffentlichen Aktionen sichtbar. Demonstrationen, Veranstaltungen und Kundgebungen wurden von verschiedenen Gruppierungen organisiert. Es entstand eine Zusammenarbeit, die es ohne die sehr schwierige wirtschaftliche Situation im Land vermutlich nie gegeben hätte. Einen der schwersten Rückschläge erlitten die Irinnen und Iren bei den Gehaltsverhandlungen. In regelmäßigen Abständen (meist zwei Jahre) wurde ein „Generalkollektivvertrag“ abgeschlossen. Arbeitgeber, Staat und Gewerkschaft verhandelten dabei über Lohn- und Gehaltserhöhungen. Dabei wurden allerdings keine Mindestlöhne besprochen, sondern ausschließlich eine Isterhöhung auf alle bestehenden Gehälter vereinbart. Das heißt auch, dass ein Wechsel eines langjährigen Arbeitsplatzes meist mit massiven Einkommensverlusten verbunden ist. Man könnte wieder auf Grundlage des staatlichen Mindesteinkommens beschäftigt werden. Seit Ausbruch der

Finanz- und Wirtschaftskrise fanden allerdings keine Verhandlungen mehr statt. Als Grund dafür wurde vonseiten des Staates und der Arbeitgeber die Krise vorgeschoben. Stagnation im Einkommensbereich ist die Folge. Ein Spaziergang durch Dublin zeigt, wie das Land mit der Krise zu kämpfen hat. Wo man hinsieht, findet man Baustellen ohne Bauarbeiter. Wann und ob diese Baustellen jemals fertiggestellt werden, weiß niemand. Schnell fallen auch die unzähligen Verkaufsschilder vor den Häusern auf. Villen, welche vor zehn Jahren mehrere 100.000 Euro wert waren, können heute um ein Zehntel des ursprünglichen Preises gekauft werden. Das Problem dabei: Niemand kauft sie.

Neue Maßnahmen in neuen Zeiten

Die Zeiten des keltischen Tigers sind eindeutig vorbei. Viele Irinnen und Iren schicken ihre Kinder in andere Länder, damit sie Arbeit finden. Die Perspektivenlosigkeit lässt ihnen keine Wahl. Meine Zeit bei der Gewerkschaft Mandate war mit vielen tollen Erlebnissen verbunden. Faszinierend ist, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad trotz Hindernissen zirka gleich hoch ist wie jener in Österreich. Neue Formen der Organisierung, wie das amerikanische Organizing, werden derzeit höchst erfolgreich in allen Gewerkschaften umgesetzt. Neue Zeiten erfordern neue Maßnahmen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
michael.huber@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

ZUR PERSON

Owen Roberts

Alter: 46

Wohnort: Killarney, Co. Kerry, Irland

Erlerner Beruf: Verkäufer

Firma: Tesco Ireland

Firmenstandort: Killarney

Gewerkschaft: Mandate Trade Union, www.mandate.ie**Wie ist dein Familienstand?**

Ich bin mit Margaret Cronin Roberts verheiratet. Sie hat ebenfalls Verkauf gelernt. Wir haben keine Kinder.

Seit wann bist du im Eurobetriebsrat?
Seit 2010.

Dürfen wir dich nach deinem Einkommen fragen?

Ich verdiene 2.000 Euro.

Was bedeutet dir Arbeit?

Ich muss arbeiten, um meine Rechnungen zu bezahlen.

Wie denkst du über die Wirtschaft in Irland?

Sie ist noch immer im Krankenhaus, man muss sich noch immer Sorgen machen.

Was bedeutet dir Gewerkschaft?

Sie bringt die ArbeitnehmerInnen zusammen, um die Arbeitsbedingungen zu ver-

bessern und ein sicheres Arbeitsumfeld zu gestalten.

Was bedeutet dir die Europäische Union?

Die EU bringt die Menschen zusammen, um gemeinsam eine bessere Zukunft für die arbeitenden Menschen in Europa zu schaffen.

Was ist dein Lieblingsland in Europa und warum?

Spanien, wegen dem Wein.

Was kann der Europäische Betriebsrat (EBR)?

Er ist auch eine Willenseinigung von Menschen, die das Ziel haben, dass ArbeitnehmerInnen in Europa bei allen Themen mitentscheiden können.

Wie viel Urlaub hast du und wie nützt du ihn?

Ich habe dreimal im Jahr Urlaub. Im Sommer fahre ich gerne in die Sonne und im Winter schaue ich mir gerne europäische Städte an. Ich versuche, mich über die verschiedensten Kulturen vor Ort zu informieren. Und dann muss noch ein wenig Zeit für mein Hobby, das Angeln, bleiben.

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Ich möchte – wie hoffentlich möglichst viele Gleichgesinnte – meinen ökologischen Fußabdruck reduzieren.



BUCHTIPP

SOZAK (Hg.)

Hinterm Horizont geht's weiter

ÖGB-Verlag, 2012,
304 Seiten, € 24,90
ISBN: 978-3-7035-1542-2

**Bestellung:**www.besserewelt.at

INFO & NEWS

Irland:

EinwohnerInnen: 4,581.269

Währung: Euro

BIP pro Kopf: 35.700 Euro

Human Development Index: 0,916

Aktuelle Durchschnittskosten

1 Liter Benzin: € 1,57

1 Kilo Brot: € 1,99

½ Liter Bier im Lokal: € 3,80

1 Kilo Apfel: € 2,49

1 Kinokarte: € 9,80

Faymann-Spindelegger, Forts.

*Das neue Regierungsprogramm von AK und ÖGB unter die Lupe genommen:
Gutes, weniger Gutes und einige schmerzliche Lücken.*

Florian Kräftner

ÖGB-Kommunikation

Wir haben eine nicht besonders aufregende Regierung. Geschenk. Aber das allgemeine Lamento darüber wird langsam ein bisschen öd. (...) Und irgendetwas müssen die Koalitionäre auch in der Vergangenheit richtig gemacht haben, sonst stünde das Land nicht vergleichsweise so gut da. Wir jammern auf hohem Niveau.“ (Barbara Coudenhove-Kalergi)

114 Seiten an Vorhaben

Geht es nach Medien und Stammtischen, dann hat die Neuauflage der Regierung Faymann-Spindelegger einen katastrophalen Start hingelegt. Das Koalitionsprogramm – nichts als Langeweile, Feigheit und Ideenlosigkeit. Revolutionen sind natürlich keine enthalten, das liegt in der Natur des Kompromisses zwischen zwei Parteien, die ideologisch so unterschiedlich aufgestellt sind wie SPÖ und ÖVP. Doch wenn man sich die Mühe macht, sich anzusehen, was wirklich in den 114 Seiten an Vorhaben drinsteht, wie das die Expertinnen und Experten von AK und ÖGB gemacht haben, findet man einiges, was durchaus im Interesse der ArbeitnehmerInnen ist, und so manche AK-/ÖGB-Forderung hat Eingang in die To-do-Liste der Bundesregierung gefunden.

Es wird Verbesserungen bei Arbeitsverträgen geben. Vor allem All-in-Verträge müssen künftig ausweisen, wie viel Geld für wie viele Stunden gedacht ist. Kollektivvertragliche Mindestlöhne/-gehälter können somit nicht mehr so leicht um-

gangen werden. Die sechste Urlaubswoche soll für alle ArbeiterInnen und Angestellten leichter erreichbar sein. Schrittweise wird ein Bonus-Malus-System aufgebaut: Firmen, die mehr ältere Beschäftigte auf ihren Gehaltslisten haben als im Branchendurchschnitt, werden einen Bonus bekommen, die darunter liegenden einen Malus. „Wir werden alles, was an Positivem für die Beschäftigten enthalten ist, rasch vorantreiben“, drängt ÖGB-Präsident Erich Foglar auf Tempo bei der Umsetzung.

Laut AK-Präsident Rudi Kaske gibt es Betriebe mit mehr als hundert Beschäftigten, die keine einzige Person über 55 beschäftigen: „Das ist absolut inakzeptabel. Es braucht altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheitsförderung in den Betrieben. Das von der Regierung angekündigte Bonus-Malus-Modell muss rasch realisiert werden, damit Ältere tatsächlich eine Chance auf für sie passende Arbeitsplätze haben. Die Unternehmen sind gefordert.“

Auch für die Jüngsten im Berufsleben hat sich die Regierung etwas ausgedacht, nämlich die Zukunftsgarantie: Niemand unter 18 Jahren soll mehr ohne Ausbildung sein – also jede/r entweder in einer Lehre, einer Ausbildungseinrichtung oder in der Schule. Jugendliche HilfsarbeiterInnen sollen somit der Vergangenheit angehören. Die dafür nötigen Ausbildungsplätze kosten zwar Geld, das ist aber eine gute Investition, denn wenn die betroffenen 10.000 Jugendlichen jedes Jahrgangs erst einmal ein paar Jahre mit Nichtstun verbracht haben, dann würde es erst richtig teuer, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und: Je schlechter die Aus-

bildung, desto größer das Risiko, irgendwann arbeitslos zu werden – und es lange zu bleiben.

Solche Investitionen, die heute getätigt werden müssen, morgen aber Rendite bringen, sind einige im Regierungsprogramm vorgesehen: Geld für Kinderbildungseinrichtungen, Nachmittagsbetreuung an den Schulen, Pflege und Betreuung sowie Wohnbau schaffen langfristig Arbeitsplätze und kurbeln die Konjunktur an. Beim Thema Wohnen müsste die Regierung aber mehr tun, meint Rudi Kaske: „Wohnen muss leistbar sein. Daher brauchen wir dringend eine Senkung der Wohnkosten und mehr sozialen Wohnbau, um die Menschen zu entlasten“, sagt der AK-Präsident: „Es muss mehr gebaut werden. Wir brauchen in den nächsten Jahren 50.000 neue Wohnungen pro Jahr, rund 35.000 davon gefördert.“

Wir brauchen eine Steuerreform

Bei den Steuern fällt das Urteil der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen zwiespältig aus: Einerseits hat die Regierung ÖGB-/AK-Forderungen übernommen, zum Beispiel einen niedrigeren Eingangsteuersatz oder dass Managereinkommen von mehr als 500.000 Euro im Jahr nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden können. Auch Steuervermeidungsmöglichkeiten von international operierenden Konzernen werden eingeschränkt, Stichwort Gruppenbesteuerung.

Erhöht werden Normverbrauchsabgabe, motorbezogene Versicherungssteuer, Alkohol- und Tabaksteuern. Damit werden zwar gesellschaftlich unerwünschte Verhaltensweisen besteuert, allerdings

Arbeitszeiten mit einem Anteil an aktiver Reisezeit sollen bis zu zwölf Stunden dauern dürfen. Zwölf Stunden täglich sollen auch bei Gleitzeit möglich sein, damit längere Freizeitblöcke ermöglicht werden. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit muss dabei eingehalten werden. Bei der gesetzlichen Umsetzung kommt es darauf an, Missbrauch auszuschließen, damit nicht die Normalarbeitszeit schleichend ausgeweitet wird.



müssen dadurch wieder einmal die ArbeitnehmerInnen für die Budgetkonsolidierung aufkommen. Von der immer wieder geforderten Erhöhung der Mehrwertsteuer würden sie aber viel schlimmer getroffen werden. Offen ist, wann der Eingangsteuersatz in Richtung 25 Prozent gesenkt werden soll. „Die steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen ist nach wie vor wichtig. Mir wäre es am liebsten, wenn die Steuerentlastung so schnell wie möglich kommt. Aber ich bin Realist: Wenn man nicht nur Kosmetik betreibt, wird man Zeit brauchen. Und wir brauchen eine umfassende Steuerreform“, sagt ÖGB-Präsident Foglar.

Was im Steuerkapitel des Regierungsprogramms schmerzt, sind manche Lücken: Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer sind nicht vorgesehen. Dabei wäre das nicht nur ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit; die Einnahmen daraus würden eine Steuerstrukturreform möglich machen. Kaske dazu: „Spielräume gibt es, wenn man Spielräume schafft.“

Auf die Umsetzung kommt es an

Viele der Punkte des Regierungsübereinkommens sind sehr unkonkret formuliert – es kommt darauf an, wie sie dann in Gesetzestexte gegossen werden. Foglar: „Bei der Umsetzung wird sich der ÖGB – wie schon in den Verhandlungen – für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen.“ Dass Vorsicht durchaus angebracht ist, konnte man am ersten Gesetzesentwurf sehen, der vom Finanzministerium zur Begutachtung ausgeschickt worden ist. Wie im Regierungsprogramm ausgemacht, wurden damit diverse

Steuern erhöht und Steuervermeidungsmöglichkeiten der Wirtschaft eingeschränkt. Ebenfalls vorgesehen war die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung sogenannter Golden Handshakes, mit dem Ziel, ältere Beschäftigte länger im Arbeitsleben zu belassen. Davon weiterhin ausgenommen bleiben sollten aber Sozialpläne und bis zu drei Monatsgehälter freiwillige Abfertigung. Im Gesetzesentwurf stand dann aber etwas anderes: Auch Kündigungsentschädigungen und Vergleichszahlungen sollen voll versteuert werden. Kaske: „Kommt nicht infrage.“ Foglar: „In wesentlichen Punkten inakzeptabel.“

Kündigungsentschädigungen sind nämlich mit gutem Grund steuerbegünstigt: Sie werden an ArbeitnehmerInnen gezahlt, die ohne Einhaltung der Kündigungsfristen gekündigt wurden, oder Beschäftigte, deren Arbeitgeber insolvent sind. 80 Prozent davon sind voll zu versteuern, der Rest ist steuerfrei, weil damit anteilmäßig Urlaubs- und Weihnachtsgeld abgegolten werden, also das steuerbegünstigte Jahressechstel. Würde man diese Steuerbegünstigungen abschaffen, träfe das genau diejenigen, die es sich am wenigsten leisten können: Menschen, die gerade ihren Job verloren haben. Auf Druck von ÖGB und AK hat die Regierung mittlerweile angekündigt, den Entwurf zu entschärfen.

Im Regierungsprogramm gibt es noch weitere Punkte, bei denen die Expertinnen und Experten in AK und ÖGB ein scharfes Auge auf die Umsetzung haben werden. Ein Beispiel: Arbeitszeiten mit einem Anteil an aktiver Reisezeit sollen bis zu zwölf Stunden dauern dürfen. Zwölf Stunden täglich sollen auch bei Gleitzeit

möglich sein und damit längere Freizeitblöcke ermöglicht werden. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit muss dabei eingehalten werden. Bei der gesetzlichen Umsetzung kommt es darauf an, Missbrauch auszuschließen, damit nicht die Normalarbeitszeit schleichend ausgeweitet wird.

Verhindern ist nicht immer schlecht

Manche Punkte fehlen schmerzlich im Regierungsprogramm, bei anderen kann man aus Sicht der ArbeitnehmerInnen nur froh sein, dass sie herausverhandelt wurden. Eine kleine Auswahl der Dinge, die WirtschaftsvertreterInnen gerne gehabt hätten: Anhebung des Pensionsantrittsalters, vor allem für Frauen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzungen bei der Notstandshilfe, Verschlechterungen bei der Altersteilzeit, Teilkrankenstand, allgemeiner Zwölf-Stunden-Arbeitstag, Privatisierungen. Manchmal ist es nicht das Schlechteste, als Verhinderer dazustehen.

Internet:

Regierungsprogramm:
www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=53264

ÖGB-Bewertung des Regierungsprogramms:
tinyurl.com/nc2rorp

AK-Forderungen an die Regierung:
tinyurl.com/onnxdz7

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
florian.kraeftner@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeit & Wirtschaft

... AUF DEN
BLOG GERRACHT

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum.

DIE MEISTGELESENEN BEITRÄGE DER LETZTEN 30 TAGE:

- » Mythos: „Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt“ (BEIGEWUM)
- » Das gefährliche Ungeheuer heißt Deflation – nicht Inflation (Silvia Angelo)
- » Ökonomische Ungleichheit spaltet nicht nur Gesellschaften, sondern auch die Wirtschaftswissenschaften (Matthias Schnetzer)

HABEN WIR ALLE ÜBER UNSERE VERHÄLTNISSE GELEBT?

In seinem aktuellen Buch „Mythen des Sparens“ widmet sich der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen – kurz BEIGEWUM – zum wiederholten Male wirtschaftspolitischen Dogmen. Einzelne Kapitel erschienen nun in gekürzter Form am blog.arbeit-wirtschaft.at. Darunter ein Mythos, den wir in den letzten Jahren von konservativer oder wirtschaftsliberaler Seite nicht nur einmal zu hören bekommen: „Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt!“ Unterstellt wird dabei, dass sowohl öffentliche als auch private Schulden aus einem moralischen Fehlverhalten entstehen. Die daraus resultierende Konsequenz ist so drastisch wie wohlbekannt, sie lautet: Sparen, sparen, sparen. Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten und müssen die öffentlichen Ausgaben senken, aber auch privat gilt es, „den Gürtel enger zu schnallen“.

Der BEIGEWUM stellt diesen Behauptungen eine differenzierte Argumentation, die sich auf Zahlen und Fakten stützt, entgegen. Es wird gezeigt, dass zu wenig

privates Sparen weder die Ursache noch der Auslöser der aktuellen Krise gewesen ist. Vielmehr liegen die systemischen Ursachen in wachsender Ungleichheit und mangelnder Regulierung. Der Versuch, die Krisenkosten durch Einsparungen, etwa im Sozialstaat, zu begleichen, ist daher zum Scheitern verurteilt. Denn sie können die ursächlichen Probleme nicht lösen, sondern im Gegenteil: Sie vergrößern sie.

Lesen Sie nach: tinyurl.com/mswvybf

DAS GEFÄHRLICHE UNGEHEUER HEISST DEFLATION – NICHT INFLATION

Silvia Angelo widmet sich in ihrem Beitrag der Geldpolitik. Sie widerspricht jenen, die in der Niedrigzinspolitik der EZB stets die Gefahr einer galoppierenden Inflation sehen und dabei sogar von Enteignung sprechen. Tatsächlich liegt die Gefahr aktuell nicht in der Inflation, sondern im Gegenteil. Deflation ist für das kapitalistische System systemgefährdend. Ist das Geld morgen mehr wert als heute, so ist es stets attraktiver, erst morgen statt heute zu investieren. Die Folge ist das Horten von Geld und ein realer Anstieg der Schulden.

Das mangelnde Verständnis für die Gefahren, die von Deflation ausgehen, liegt aber wohl nicht zuletzt am selektiven Gedächtnis der wirtschaftspolitischen Eliten im deutschsprachigen Raum. So fürchtet man stets die Hyperinflation der 1920er-Jahre, vergisst aber darauf, welche Rolle die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre und deren soziale Verwerfungen für das Erstarken des Faschismus gespielt haben.

Umso dramatischer, dass es nun die deutschen Ökonominen und Ökonomen sind, die ganz Europa in Geiselschaft ihrer wirtschaftspolitischen Ansichten halten. Gepredigt werden Austeritätsprogramme, Wettbewerbspakte und Lohnzurückhaltung. Diese Form einer deflationären

Politik kann und wird dramatische Folgen für die EU haben. Es wird uns jedenfalls Wohlstand kosten, kann am Ende aber auch das Ende der Währungsunion bedeuten.

Lesen Sie nach: tinyurl.com/m2u62vf

ÖKONOMISCHE UNGLEICHHEIT SPALTELT NICHT NUR GESELLSCHAFTEN, SONDERN AUCH DIE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Matthias Schnetzer gibt in seinem Beitrag der ökonomischen Ungleichheit auch eine geografische Determinante und beleuchtet die Rolle von Ungleichheit in der Ökonomie als Wissenschaft. Die dort dominierende neoliberale Denkweise sieht ökonomische Ungleichheit als notwendig an. Dies wird damit gerechtfertigt, dass Ungleichheit zu härterer Arbeit, höherer Produktivität und größeren Investitionen anspornt und so zu mehr Wachstum und Wohlstand führt. Der Autor hält dem entgegen, dass tatsächlich das Gegenteil der Fall ist.

Die zunehmende Spreizung von Einkommen führt auf der einen Seite zu mangelnder Konsumnachfrage und auf der anderen Seite zur Anhäufung von Kapital auf den Finanzmärkten. Die Folge sind mangelnde Nachfrage in der Realwirtschaft und aufgeblähte Finanzmärkte. Dabei hat eine gleichere Verteilung nicht nur ökonomisch positive Effekte, sondern wirkt sich auch positiv auf die Lebensqualität aus. Dies betrifft Gesundheit, Bildung, Sicherheit und natürlich auch die politische Stabilität in einem Land.

Lesen Sie nach: tinyurl.com/pdaazq6

Mehr dazu und weitere aktuelle, informative Beiträge unserer Expertinnen und Experten lesen Sie unter blog.arbeit-wirtschaft.at

Amir Ghoreishi
AK Europa

Oliver Röpke
ÖGB Europabüro



Nicht zuletzt

Ein starkes Team für Europa

Seit mehr als 20 Jahren sind ÖGB und AK in Brüssel mit eigenen Büros vertreten. Aber die EU, der Österreich 1995 mit maßgeblicher Unterstützung von ÖGB und AK beigetreten ist, sieht heute ganz anders aus. Der Fall der Berliner Mauer, die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder, Globalisierung und Finanzkapitalismus haben Europa von Grund auf verändert. Im heutigen Europa müssen Gewerkschaften jeden Tag aufs Neue die Rechte der ArbeitnehmerInnen verteidigen.

Diese EU ist parteiisch

Das Europa, dem Österreich beigetreten ist, hat das Grundprinzip noch respektiert, dass die EU im Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital um jeden Preis neutral bleiben muss. Dieses Prinzip wurde aber, vor allem im Zuge der Krisenbewältigung, nach und nach über Bord geworfen. Die **Dienstleistungsrichtlinie** war der erste unverhohlene Frontalangriff der EU auf die Gewerkschaften, und sogar der Europäische Gerichtshof schreckte in einer Reihe von Urteilen nicht davor zurück, das in der Grundrechtecharta der EU verankerte Streikrecht infrage zu stellen. Den Gewerkschaften war damit bewusst geworden, dass diese EU parteiisch geworden war. Diese Ereignisse hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeit der Brüsseler

Büros von ÖGB und AK, in vielen Fragen standen der ÖGB und die AK an vorderster Front in Abwehrkämpfen.

ÖGB und AK haben die neue Realität in Europa akzeptiert. Auch sie sind, so wie unzählige andere Akteure, gezwungen, aktiv Mehrheiten für ihre politischen Vorhaben zu organisieren. Noch dazu unter denkbar ungünstigen politischen Mehrheitsverhältnissen: Seit über 30 Jahren werden alle wichtigen politischen Institutionen der EU von neoliberalen Parteien beherrscht. Kein Wunder, dass ArbeitnehmerInneninteressen auf der Tagesordnung ganz unten stehen – und hier haben ÖGB und AK in Brüssel wichtige Aufgaben.

Jahr für Jahr entstehen in Brüssel Hunderte, für den Normalbürger unverständliche Gesetzestexte. Eine der unverzichtbaren Aufgaben von ÖGB und AK besteht darin, die Spreu vom Weizen zu trennen und ständig auf der Hut zu sein, damit nichts übersehen wird, von dem sich letztlich herausstellt, dass es den Interessen der ArbeitnehmerInnen sowie der Konsumentinnen und Konsumenten schadet. Hier hat die Wirtschaft beträchtliche Vorteile, da sie über erheblich mehr Mittel verfügt und auf bestens organisierte europäische Branchenverbände mit hochbezahlten Lobbyistinnen und Lobbyisten zurückgreift. Der noch immer nicht ausreichend geregelte Lobbydschungel in Brüssel ist aus Sicht von ÖGB und AK ein weiteres sehr ernst zu

nehmendes Problem, das sie strukturell benachteiligt. Deshalb ist es aus Sicht von ÖGB und AK eine strategische Priorität, sich im Verbund mit NGOs und anderen nachhaltig für faires und transparentes Lobbying einzusetzen.

Einzigartige Stärke

Bei allen unleugbaren Herausforderungen muss aber eine einzigartige Stärke von ÖGB und AK, um die sie in der europäischen Gewerkschaftsbewegung von vielen beneidet werden, positiv hervorgehoben werden. Zusätzlich zu den Expertinnen und Experten in den Gewerkschaften kann die österreichische, und mit ihr auch die europäische Gewerkschaftsbewegung auch auf die umfassende und weithin anerkannte fachliche Expertise der Kolleginnen und Kollegen aus den Arbeiterkammern zurückgreifen. Fundiertes, handlungsrelevantes Wissen aus Gewerkschaftssicht, das alle arbeitnehmerrelevanten Politikbereiche abdeckt. Dazu kommt, dass Gewerkschaften und Arbeiterkammern vor einigen Jahren einen umfassenden Modernisierungsprozess angestoßen haben.

Die AK-Expertise wird heute nicht nur für die nationale, sondern auch für die europäische politische Debatte genutzt. Ein Beleg dafür, dass die strategische Bedeutung der Europapolitik von der österreichischen Gewerkschaftsbewegung erkannt und gelebt wird.

Acquis communautaire: französisch, sprich: aki kom-münoteer; Besitzstand der Gemeinschaft (gemeinschaftlicher Besitzstand), auch: Community Acquis oder EU-Acquis; amtliche Bezeichnung für die Gesamtheit des gültigen EU-Rechts. Er umfasst alle Rechtsakte, die für die EU-Mitgliedsstaaten verbindlich sind und muss von allen Staaten, die neu der EU beitreten möchten, komplett übernommen werden. Zum EU-Acquis gehören unter anderem: die Gründungsverträge (Primärrecht), Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse der EU-Organen, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes sowie von der EU abgeschlossene völkerrechtliche Verträge. Der von den drei EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übernommene Teil des EU-Rechts wird als EWR-Acquis bezeichnet. (Seite 30)

Albanische Revolte von 1912: 1910 war im Kosovo ein bewaffneter Aufstand gegen die osmanische Herrschaft ausgebrochen, der sich im Laufe des folgenden Jahres nach Nordalbanien ausdehnte. Schon zu Beginn des Ersten Balkankrieges hatten die Truppen des Balkanbundes einen großen Teil Albaniens besetzt und wollten die albanischen Siedlungsgebiete auf ihre bereits bestehenden Staaten Serbien, Montenegro etc. aufteilen. So erklärte die albanische Nationalbewegung im November 1912 die Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich und die Gründung der Republik Albanien. Im Zuge der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Balkankrieg 1913 wurde Albanien von den Großmächten anerkannt. (Seite 28)

Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ): auch 200-Meilen Zone; Gebiet jenseits einer Küste, in dem gemäß dem UN-Seerechtsübereinkommen 1982 der jeweilige Staat in begrenztem Umfang souveräne Rechte (Fischfang, Errichtung von Windkraftanlagen etc.) und Hoheitsbefugnisse wahrnehmen kann. (Seite 30)

Balkankriege: Als Reaktion auf die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn 1908 formierten sich mit der Unterstützung Russlands Serbien und Bulgarien zum Balkanbund, dem sich später Griechenland und Montenegro anschlossen. Der Balkanbund erklärte im Oktober 1912 dem Osmanischen Reich den Krieg, um dessen Vormachtstreben zu beenden. Im Mai 1913 kam es zum Waffenstillstand, mit deutlichen Gebietsverlusten der Osmanen. Die jahrhundertlange Herrschaft der Osmanen auf dem Balkan war damit beendet. Zweiter Balkankrieg: Nach der Waffenruhe mit den Osmanen im Mai 1913 kam es zu Gebietsstreitigkeiten zwischen den Balkanstaaten. Bulgarien verlangte von Serbien Teile Mazedoniens, die Serben störte, dass Albanien ihnen den Zugang zur Adria versperrte. Ohne offizielle Kriegserklärung griff Ende Juni 1913 Bulgarien sowohl Serbien als auch Griechenland an. Letztendlich führte Bulgarien einen kurzen Krieg gegen Serbien, Griechenland, Rumänien und das Osmanische Reich. Im August 1913 musste Bulgarien im Friedensvertrag von Bukarest fast alle im Ersten Balkankrieg eroberten Gebiete wieder abtreten. Die Balkankriege waren von einem hohen Maß ethnisch begründeter Gewalt auch an ZivilistInnen begründet, und sie waren Wegbereiter für den Eintritt der südosteuropäischen Staaten in den Ersten Weltkrieg. Das Osmanische Reich trat ebenso wie das auf

dem Balkan isolierte Bulgarien an der Seite der Mittel-mächte in den Krieg ein. Beide strebten eine Revision der neu gezogenen Grenzen an. (Seite 28)

Corporate Europe Observatory (CEO): NGO mit Sitzen in Amsterdam und Brüssel, die die Auswirkungen von Konzern-Lobbying auf die EU-Politik aufzeigen möchte. <http://corporateeurope.org> (Seite 33)

Dačić, Ivica: serbischer Politiker, geb. 1966, seit 2006 Vorsitzender der Sozialistischen Partei, seit Juli 2012 Ministerpräsident. Ihm werden Kontakte zur Drogenmafia nachgesagt. Die EU forderte kürzlich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen, dass Serbien die Beziehungen zum Kosovo „rechtlich verbindlich“ normalisieren müsse. (Seite 27)

De Gucht, Karel: liberaler flämisch-belgischer Politiker, geb. 1954, 2004 bis 2009 Außenminister, seit 2010 EU-Kommissar für Handel, Befürworter des internationalen Handelsvertrages ACTA und Chef-Unterhändler für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. (Seite 33)

Dienstleistungsrichtlinie: Ursprünglich 2004 vom EU-Kommissar Frits Bolkestein entworfene Richtlinie, um „archaische, übertrieben aufwändige Vorschriften“, welche die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit behindern, so rasch wie möglich abzuschaffen. Proteste vor allem gegen das Herkunftslandprinzip (es gelten immer die Vorschriften des Landes, wo das Unternehmen seinen Sitz hat, egal in welchem EU-Staat gearbeitet wird), das Sozialdumping und ein nach unten Regulieren von Umweltbestimmungen, Konsumentenschutz etc. bedeutet hätte, führten zu einer Entschärfung der Richtlinie. Unter anderem wurden Daseinsvorsorgeleistungen wie Kinder- und Altenbetreuung, das Gesundheitswesen etc. von der Richtlinie ausgenommen. (Seite 45)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): 1957 etabliertes beratendes EU-Organ, das sich als Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft versteht. Die 353 Mitglieder aus den 28 EU-Staaten, die entweder der Gruppe Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder verschiedene Interessen angehören, vertreten eine breite Palette an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen in ihren Mitgliedstaaten. Die Mandatare werden jeweils für fünf Jahre ernannt. (Seite 10)

EUSDR: Die 2011 durch den Europäischen Rat angenommene Europäische Strategie für den Donauraum soll – unter anderem mit Hilfe eines entsprechenden Aktionsplans – bis 2020 den dort lebenden 115 Mio. Menschen mehr Lebensqualität und wirtschaftliche Möglichkeiten, eine bessere Umwelt sowie mehr Möglichkeiten zum kulturellen Austausch bieten. (Seite 8)

GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik): Diese Form der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1993 etabliert. (Seite 12)

Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM): 1953 als Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes außeruniversitäres Forschungsinstitut auf Vereinsbasis mit Sitz in Wien. Es wird aus Mitteln des

Bundeskanzleramts, der österreichischen Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung, für Unterricht, Kunst und Kultur, für europäische und internationale Angelegenheiten, für Wirtschaft und Arbeit sowie seitens einzelner Bundesländer, Städte, der Wirtschaftskammer Österreich, der Industriellenvereinigung, der Österreichischen Nationalbank und privater Förderer unterstützt. (Seite 8)

Osmanisches Reich: Reich der Dynastie der Osmanen, das von ca. 1300 bis zum Ersten Weltkrieg die entscheidende Macht in Kleinasien, Nordafrika, auf dem Balkan, im Nahen Osten und auf der Krim war. Nachdem das Reich in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg untergegangen war, wurde 1923 als Nachfolgestaat die Türkei gegründet. (Seite 28)

Ponta, Victor: sozialdemokratischer rumänischer Politiker, geb. 1972, seit Mai 2012 Ministerpräsident von Rumänien (Seite 18)

Propylenglykol: auch 1,2-Propandiol; farblose, klare und fast geruchlose, stark hygroskopische (Feuchtigkeit bindende), ölige Flüssigkeit, die in Lösungsmitteln und Hygieneartikeln als Feuchthaltemittel und Weichmacher eingesetzt wird. Es wird auch als Trägerstoff und Trägerlösungsmittel für Farbstoffe, Antioxidationsmittel, Emulgatoren und Enzyme verwendet. Als Lebensmittelzusatzstoff trägt es die Bezeichnung E 1520. (Seite 18)

Sigurðardóttir, Jóhanna: isländische Politikerin, geb. 1942, 1987–1994 Sozialministerin, 2009 bis 2013 Premierministerin. Die ehemalige Gewerkschaftsfunktionärin verließ 1993 die Sozialdemokratische Partei und war Mitbegründerin der Nationalen Bewegung. Im Jahr 2000 fusionierten die beiden Parteien zur sozialdemokratischen Allianz, 2007 bis 2009 war Sigurðardóttir erneut Sozialministerin. (Seite 26)

Tito: jugoslawischer Politiker (1892–1980), eigentlich: Josip Broz, sein Pseudonym nahm er 1934 an, als er als Mitglied des Politbüros der KP in den Untergrund ging. Im Zweiten Weltkrieg führte Tito die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer an. Von Kriegsende 1945 bis zu seinem Tod war Tito Staatsoberhaupt Jugoslawiens. (Seite 28)

Transparency International: weltweit agierende, 1993 gegründete NGO zur Bekämpfung der Korruption mit zwei Hauptsitzen in Berlin. Heute hat TI mehr als 90 nationale Niederlassungen (Chapter) weltweit, seit 2006 auch in Österreich. (Seite 29)

Vertrag von Thessaloniki: auch: Agenda von Thessaloniki; 2003 von der EU und den westlichen Balkanstaaten im Rahmen eines Gipfeltreffens in Thessaloniki erarbeitete Agenda über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der zukünftigen Mitgliedsstaaten. (Seite 9)

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv): 1973 gegründetes unabhängiges Forschungsinstitut, dessen Forschungen sich vor allem mit den Regionen Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Türkei und China beschäftigen. (Seite 22)

Verlag des Österreichischen
 Gewerkschaftsbundes GmbH
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien
 Telefon: +43 1 405 49 98-132
 Fax: +43 1 405 49 98-136
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

SOZIALER ADERLASS IN EUROPA –

ARBEIT UND SOZIALE SICHERUNG UNTER DRUCK



Reihe: Sozialpolitik in Diskussion Bd. 13

Ursula Filipič, Elisabeth Beer

2013 || 100 Seiten || EUR 10,-

ISBN: 978-3-7035-1626-9

Dokumentation der gleichnamigen Tagung vom 3. Dezember 2012 in der Arbeiterkammer Wien

Der Finanzkrise und ihrer Bewältigung wird in der öffentlichen Debatte viel Platz eingeräumt. In letzter Zeit mehren sich die Stimmen, die vor den negativen Konsequenzen der bisherigen Anti-Krisen-Politik der EU warnen.

Dessen ungeachtet setzen die nationalen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung jedoch zum einen auf massive Kürzungen zu Lasten breiter Bevölkerungsschichten und zum anderen auf schwerwiegende – und kaum mehr revidierbare – Eingriffe in die Arbeitsbeziehungen. Diese stehen oft in keinem direkten Zusammenhang mit der angepeilten Budgetkonsolidierung.

Der vorliegende Band zeigt auf, dass im Gefolge der Krise ein weitreichender Umbau von nationalen Sozial- und Beschäftigungssystemen erfolgt, der im Wesentlichen auf einen – oft sehr rapiden – Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten hinausläuft.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

WIR WOLLEN BROT UND ROSEN!

BEZAHLTER PAPA-MONAT FÜR ALLE!

GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE!

KOLLEKTIVVERTRAGLICHER MINDESTLOHN VON 1.500 EURO PRO MONAT!

ARBEIT NEU BEWERTEN – GLEICHWERTIGE ARBEIT, GLEICHER LOHN!

AUSBAU VON GANZTÄGIGEN KINDERBILDUNGSEINRICHTUNGEN!

Foto: Christina Bergmann/EVK Arnsberg

8. MÄRZ 2014: INTERNATIONALER FRAUENTAG

OGB FRAUEN

www.oegb.at/frauen

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPOSTAMT 1230 WIEN